

Regionalplan Bodensee- Oberschwaben

Teilregionalplan Energie 2025 (Entwurf zum Satzungsbeschluss)

Kapitel 4.2 des Regionalplans
sowie Änderungen an anderen Plankapiteln (1.1, 3.1, 3.2, 3.3)

Behandlung der Anregungen aus dem 2. Beteiligungsverfahren

gem. § 9 Abs. 2 u. 3 ROG i.V.m. § 12 Abs. 2, 3, 4 u. 5 LplG

Synoptische Darstellung der Anregungen der Träger öffentlicher
Belange und der Öffentlichkeit sowie der Abwägungsergebnisse
gemäß den Beratungen im Planungsausschuss am 17.09.2025 und in
der Verbandsversammlung am 26.09.2025

September 2025

ANLAGEN ZUR SYNOPSE der 2. Offenlage

Hinweis:

Vorranggebiete Windenergie die gegenüber dem Anhörungsentwurf zur zweiten Offenlage reduziert wurden, werden in der Synopse, inkl. Anlagen mit der ID und der Bezeichnung des Anhörungsentwurfs zur zweiten Offenlage genannt. Im Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie sowie des Umweltberichts ist bei diesen reduzierten Vorranggebieten zur eindeutigen Kennzeichnung sowohl die ID als auch die Bezeichnung folgendermaßen angepasst worden.

ID / Bezeichnung Anhörungsentwurf 2. Offenlage und Synopse, inkl. Anlagen zur 2. Offenlage	ID / Bezeichnung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie und Umweltbericht
WEA-436-010 Altdorfer Wald-Süd	WEA-436-010_1 Altdorfer Wald-Süd_1
WEA-437-020 Inneringen-Nordost	WEA-437-020_1 Inneringen-Nordost_1

Gliederung Anlagen zur Synopse

Punktuell überarbeitete Anlagen zur Synopse 1. Offenlage	
Nr.	Anlage
A	Allgemeine Anregungen zum Teilregionalplan Energie und zum Planungsverfahren
B1	Vorranggebiete Windenergie - nicht gebietsbezogene und allgemeine Anregungen
B2	Vorranggebiete Windenergie - Grundwasserschutz und Vorranggebiete zur Sicherung von Wasservorkommen
B3	Vorranggebiete Windenergie - Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz
B4	Vorranggebiete Windenergie - häufige Anregungen zu einzelnen Vorranggebieten und teilträumliche Anregungen
C1	Vorbehaltsgebiete Photovoltaik - nicht gebietsbezogene und allgemeine Anregungen
C2	Vorbehaltsgebiete Photovoltaik - Begründung der Änderungen an der Flächenkulisse der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik und teilträumliche Anregungen

Anlagen zur Synopse 2. Offenlage	
Nr.	Anlage
D	Allgemeine Anregungen zum Teilregionalplan Energie, zu gesetzlichen Grundlagen und zum Planungsverfahren
E.1	Vorranggebiete Windenergie - nicht gebietsbezogene und allgemeine Anregungen
E.2	Windleistungsdichte
E.3	Vorranggebiete Windenergie - häufige Anregungen zu einzelnen Vorranggebieten und teilträumliche Anregungen
F	Häufige Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik im Raum Leibertingen

**Anlage D: Allgemeine Anregungen zum Teilregionalplan Energie, zu gesetzlichen Grundlagen
und zum Planungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Umgang mit Massenstellungnahmen / Keine Rückmeldung zur Stellungnahme aus der 1. Offenlage	5
Demokratische Defizite und intransparente Beteiligung / Betroffene Kommunen und Bürger wurden zu spät, unzureichend und überwiegend formal beteiligt Ein solches Verfahren widerspricht dem Beteiligungsanspruch der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB sowie den Grundsätzen von Transparenz, Verhältnismäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit Echte Mitsprache für Betroffene – keine rein formalen Anhörungen wie diese, zumal im Vorfeld bereits nur technokratisch abgewickelt	5
Verstoß gegen Gesetze und andere rechtliche Vorgaben.....	7
Hinweis auf neuen Koalitionsvertrag 2025 und künftige gesetzliche Änderungen, Forderung diese Änderungen abzuwarten und bis dahin Flächenausweisungen auszusetzen	7
Verstoß gegen Art. 6 Abs. 4 GG: Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.....	7
Fehlende Voraussetzungen gemäß § 35 BauGB / entgegenstehende öffentliche Belange.....	8
Gem. § 35 Baugesetzbuch (BauGB) sind Windkraftanlagen nur im Außenbereich zulässig, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen, wie z.B. erhebliche Beeinträchtigung der natürlichen Eigenart der Landschaft (§ 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB), mögliche Gefährdung der Wasserwirtschaft infolge potenzieller PFAS-Kontamination (§ 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB).....	8
Fehlende Alternativenprüfung, Alternativenprüfungen und Standortvergleiche wurden nicht nachvollziehbar offengelegt	8
Naturschutzfachliche Gutachten sind veraltet oder fehlen ganz, keine (erneute) Umweltprüfung und Prüfung von Artenschutz und Natura 2000 nach Änderung der Flächenkulisse zur 2. Offenlage.....	9
Anforderungen an Gutachten, Daten und Hinweise zu Artvorkommen bei VRG Windenergie und VBG Photovoltaik.....	10

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Umgang mit Massenstellungnahmen / Keine Rückmeldung zur Stellungnahme aus der 1. Offenlage</p>	<p>Gem. des zum Zeitpunkt der 1. Offenlage gültigen Landesplanungsgesetzes vom 10. Juli 2003 (GBl. 2003, S. 385), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 7. Februar 2023 (GBl. 2023 Nr. 2 S. 26) kann gem. § 12 Abs. 4 bei Stellungnahmen von mehr als 50 Personen mit im Wesentlichen gleichen Inhalt die Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der fristgerecht übermittelten Stellungnahmen dadurch ersetzt werden, dass Einsicht in das Ergebnis beim Regionalverband, einem Stadtkreis oder einem Landkreis der Region während der Sprechzeiten ermöglicht und darauf durch öffentliche Bekanntmachung hingewiesen wird.</p> <p>Wir weisen zudem darauf hin, dass mit der Neufassung des Landesplanungsgesetzes vom 18. März 2025 (GBl. Nr. 22) die Pflicht zur Benachrichtigung gänzlich entfällt.</p>
<p>Demokratische Defizite und intransparente Beteiligung / Betroffene Kommunen und Bürger wurden zu spät, unzureichend und überwiegend formal beteiligt</p> <p>Ein solches Verfahren widerspricht dem Beteiligungsanspruch der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB sowie den Grundsätzen von Transparenz, Verhältnismäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit</p> <p>Echte Mitsprache für Betroffene – keine rein formalen Anhörungen wie diese, zumal im Vorfeld bereits nur technokratisch abgewickelt</p>	<p>Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Regionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Kommunen als Träger öffentlicher Belange sowie die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Fristen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen ergeben sich aus § 9 Abs. 2 und 3 ROG i.V.m. § 12 Abs. 2, 3, 4 und 5 LplG.</p> <p>Bei der Beteiligung zur 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie ging der Regionalverband zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden im Staatsanzeiger, in regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar.</p> <p>Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat der Regionalverband weitere Informationsangebote umgesetzt, darunter Informationsangebote auf der Website www.rvbo-energie.de. Zudem hat der Regionalverband im Juli 2023 eine hybride Veranstaltung zum Teilregionalplan Energie für die gesamte Region und im Januar 2024 zur Anhörung des ersten Offenlageentwurfs in allen drei Landkreisen Informationsveranstaltungen durchgeführt.</p> <p>Auch kommunale Belange sind bereits frühzeitig im Planungskonzept berücksichtigt worden, indem kommunale Planungen wie die Darstellungen im Flächennutzungsplan als Ausschluss- und</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Konfliktkriterien im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie aufgegriffen wurden.</p> <p>Vor Beginn der formellen Anhörungsverfahren wurden bereits informelle Flächenkulissen mit den VVGs, GVVs und Einheitsgemeinden der Region abgestimmt. Im Sinne des Gegenstromprinzips erfolgte somit bereits im Vorfeld des förmlichen Anhörungsverfahrens eine Auseinandersetzung mit den Belangen der kommunalen Planungsebene, die im Anschluss aufgearbeitet und in die Flächenkulissen eingearbeitet wurden.</p> <p>Die kommunale Planungsebene sowie die Öffentlichkeit wurden in den förmlichen Beteiligungsverfahren gem. der gesetzlichen Vorgaben beteiligt und die vorgebrachten Anregungen und Bedenken wurden sorgfältig geprüft, sachgerecht abgewogen und haben z.T. auch zu Anpassungen der Gebietskulissen geführt.</p> <p>Durch die im Zuge der Prüfung und Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus der 1. Anhörung erforderlichen Anpassungen an den Flächenkulissen sowie den Plansätzen und der Begründung entstand das Erfordernis für ein zweites Beteiligungsverfahren. Der Beschluss des Entwurfs des Teilregionalplans Energie zur 2. Anhörung erfolgte am 7. Februar 2025 durch die Versammlung des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben. Das 2. Beteiligungsverfahren zum Teilregionalplan Energie gem. § 9 Abs. 2 und 3 ROG bzw. § 12 Abs. 2, 3, 4 und 5 LPlG BW fand vom 9. April bis 9. Mai 2025 für die Öffentlichkeit und vom 9. April bis 10. Juni 2025 für die Träger öffentlicher Belange statt. Wir verweisen hierzu auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 2. Offenlage (inkl. Anlagen).</p> <p>Alle im Rahmen der 1. und 2. Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden gemäß den rechtlichen Vorgaben sorgfältig geprüft und abgewogen.</p> <p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Bürgerbefragungen und Bürgerentscheide sind vom Gesetzgeber auf regionaler Ebene nicht vorgesehen.</p> <p>Die Meinungsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger wurde im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gewährleistet, indem verschiedene Formate zur Information und Mitwirkung angeboten wurden.</p> <p>Es ist jedoch zu betonen, dass die Regionalplanung an gesetzliche Vorgaben sowie fachliche und raumordnerische Kriterien gebunden ist. Die Möglichkeit zur Meinungsäußerung ist ein essenzieller Bestandteil des Verfahrens, bedeutet jedoch nicht, dass jede vorgebrachte Position uneingeschränkt übernommen werden kann. Die Abwägung erfolgt unter Berücksichtigung aller</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der rechtlichen und fachlichen Erfordernisse, um eine sachgerechte und ausgewogene Planungsentscheidung zu gewährleisten.
Verstoß gegen Gesetze und andere rechtliche Vorgaben	Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.
Hinweis auf neuen Koalitionsvertrag 2025 und künftige gesetzliche Änderungen, Forderung diese Änderungen abzuwarten und bis dahin Flächenausweisungen auszusetzen	Kenntnisnahme – Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben, in diesem Fall an § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (Verkündet als Artikel 1 des Gesetzes zum Erlass eines Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz und zur Verankerung des Klimabelangs in weiteren Rechtsvorschriften vom 7. Februar 2023 (GBl. S. 26).) Es ist aus Sicht des RVBO nicht sachgerecht, auf Basis einer etwaigen künftigen Gesetzesänderung von den derzeit geltenden rechtlichen Grundlagen abzuweichen.
Verstoß gegen Art. 6 Abs. 4 GG: Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.	<p>Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Aus Art. 6 Abs. 4 GG lässt sich kein weitergehender Schutzabstand ableiten. Die berücksichtigten Planungskriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend.</p> <p>Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergie- und Photovoltaikanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Vor diesem Hintergrund liegt kein Verstoß gegen Art. 6 Abs. 4 GG vor.</p> <p>Es wird zudem auf die Abwägung zu Art. 2 GG in der Anlage A zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Fehlende Voraussetzungen gemäß § 35 BauGB / entgegenstehende öffentliche Belange</p> <p>Gem. § 35 Baugesetzbuch (BauGB) sind Windkraftanlagen nur im Außenbereich zulässig, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen, wie z.B. erhebliche Beeinträchtigung der natürlichen Eigenart der Landschaft (§ 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB), mögliche Gefährdung der Wasserwirtschaft infolge potenzieller PFAS-Kontamination (§ 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB)</p>	<p>Öffentliche und private Belange wurden gemäß ihrem Gewicht und entsprechend den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG in die Abwägungsentscheidungen einbezogen, wobei nach § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 der Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt.</p> <p>Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl der Vorranggebiete für die Windenergienutzung fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 EEG 2023 dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets war die Windenergienutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten ein höheres Gewicht als die Windenergienutzung. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete für die Windenergienutzung festgelegt werden sollen, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Windenergienutzung gegenüber den anderen Belangen. Im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie sowie durch die Strategische Umweltprüfung und die naturschutzfachlichen Prüfungen wird sichergestellt, dass der Errichtung von Windkraftanlagen in den Vorranggebieten Windenergie keine öffentlichen Belange entgegenstehen, die auf der regionalen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Bezüglich Eigenart der Landschaft wird auf die Ausführungen zu Landschaftsbild in der Anlage B.4 zur Synopse zur 1. Offenlage Teilregionalplan Energie verwiesen. Bezüglich PFAS wird auf die Anlage B.1 zur Synopse zur 1. Offenlage Teilregionalplan Energie verwiesen.</p>
<p>Fehlende Alternativenprüfung, Alternativenprüfungen und Standortvergleiche wurden nicht nachvollziehbar offengelegt</p>	<p>Die Auswahl der Vorranggebiete für Windenergie und der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte anhand eines nachvollziehbaren Planungskonzepts in mehreren Planungsschritten (Flächenauswahlprozess). Die Vorgehensweise ist in der Begründung transparent dokumentiert. Es sei darauf hingewiesen, dass im Rahmen der zudem durchgeführten Umweltprüfung (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung auf Ebene der Regionalplanung, artenschutzrechtliche Prüfung) Flächenalternativen geprüft wurden (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie). Ziel dieser Alternativenprüfung ist eine primär auf die Umweltwirkungen zielende Planoptimierung während der Planungsphase, die in die raumordnerische Entscheidung für die eine oder andere Alternative einfließt, diese aber nicht determiniert. Die Alternativenprüfung ist somit ein Teil der gesamtplanerischen Abwägung.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Die Festlegung der zu prüfenden Alternativen erfolgte im Rahmen des Flächenauswahlprozesses. In die dort ermittelten Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien sind Kriterien aus der Umweltprüfung ebenfalls eingeflossen. Damit wird sichergestellt, dass sich die Alternativenprüfung auf die Prüfung „vernünftiger Alternativen“ (Art. 5 Abs. 1 SUP-RL) beschränkt, d.h. in der Regel auf Alternativen, die das Erreichen des Planungsziels erlauben (Anlage 1 Nr. 2d LplG) und die aus planerischer Sicht Aussicht auf Realisierung haben.</p> <p>Die Flächen, die im Rahmen der Alternativenprüfung sowie der gesamtplanerischen Abwägung nicht als Vorranggebiet Windenergie oder als Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festgelegt wurden (nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgte Flächen) sowie die Gründe für deren Nicht-Festlegung als Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet sind in den Gebietssteckbriefen (Anlagen 1 und 2 des Umweltberichts) dargestellt. Somit hat der Regionalverband Alternativen geprüft und nachvollziehbar offengelegt.</p> <p>Wir weisen zudem darauf hin, dass die strategische Umweltprüfung auch für die nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen zum 2. Offenlageentwurf aktualisiert wurde (s. Kapitel 1.3 Umweltbericht). Eine Prüfung weiterer Alternativen im 2. Offenlageentwurf ist weder rechtlich erforderlich noch geboten.</p>
<p>Naturschutzfachliche Gutachten sind veraltet oder fehlen ganz, keine (erneute) Umweltprüfung und Prüfung von Artenschutz und Natura 2000 nach Änderung der Flächenkulisse zur 2. Offenlage</p>	<p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurde die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert. Dabei wurden die möglichen erheblichen Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter frühzeitig ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Ergebnisse der strategischen Umweltprüfung sowie der naturschutzfachlichen Prüfungen fanden Berücksichtigung im planerischen Abwägungsprozess. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sowie die planerische Abwägung sind zudem für jedes Vorrang- und Vorbehaltsgebiet in den Steckbriefen (s. Anlagen 1 und 2 zum Umweltbericht) nachvollziehbar dokumentiert.</p> <p>Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Gebieten für die Nutzung der Windenergie und Freiflächenphotovoltaik wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien aufgrund des normierten überragenden öffentlichen Interesses an deren Ausbau ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Wir weisen zudem darauf hin, dass der Umweltbericht, inkl. Artenschutzrechtlicher Prüfung und Natura 2000-Vorabprüfung zum Teilregionalplan Energie zum 2. Offenlageentwurf aktualisiert wurde. Im Zuge dessen wurden die vertiefte Umweltprüfung sowie die naturschutzfachlichen Prüfungen für die angepasste Flächenkulisse sowie die nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen erneut durchgeführt. Hierbei wurden neue Datengrundlagen (bspw. die finalen Daten zur Flurbilanz 2022, aktuelle Biotopkartierung Bodenseekreis, Archäologische Bodendenkmale) und Hinweise bzw. neue Datengrundlagen aus der ersten Anhörung (bspw. zu Artvorkommen) eingearbeitet. Des Weiteren sind Anpassungen an der Bewertung der Wirkfaktoren erfolgt (s. Kapitel 1.3 Umweltbericht).</p> <p>Der Regionalverband ist bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie auf regionsweit verfügbare Daten ausreichender Qualität angewiesen. Er kann keine Kartierungen etc. durchführen. Die Aktualisierung von Daten aus dem Natur- und Artenschutz wie die Aktualisierung der Biotopkartierung und Landschaftspläne ist nicht Gegenstand der Anhörung.</p> <p>Im Scoping-Papier (Anlage zum Umweltbericht) heißt es: „Zur Beurteilung der erheblichen Auswirkungen der regionalplanerischen Festlegungen im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung werden v.a. regionsweit einheitlich vorliegende Geodaten herangezogen. Nur in Einzelfällen werden in der vertieften Umweltprüfung zusätzliche, nicht regionsweit verfügbare Datengrundlagen verwendet.“</p> <p>Die Tatsache, dass einzelne Biotopkartierungen, Landschaftspläne etc. schon älter sind, steht damit der Festlegung von VRG Windenergie nicht entgegen. Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts richtet sich nach dem zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Hinsichtlich der strategischen Umweltprüfung auf Regionalplanebene wird zudem auf die Anlage zur Synopse der 1. Offenlage, insb. Teil B3, verwiesen.</p>
Anforderungen an Gutachten, Daten und Hinweise zu Artvorkommen bei VRG Windenergie und VBG Photovoltaik	<p>Bei Daten zu Arthinweisen müssen folgende Anforderungen an die Daten erfüllt sein:</p> <p>Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Brutvorkommen von Vögeln, Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere, von Fledermäusen oder Lebensstätten sonstiger geschützter Arten sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Brutvorkommen oder Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Brutzeitnachweise ohne Brutverdacht, Überflüge von Vogelarten bzw. reine Detektornachweise von Fledermäusen oder Sichtungen von geschützten Arten sind nicht relevant.</p> <p>Es wird zudem darauf hingewiesen, dass auch bei belastbaren Nachweisen von Arten nicht alle Artvorkommen eine Änderung der Flächenkulisse auf Ebene der Regionalplanung erforderlich machen.</p> <p>Bezüglich der Vorranggebiete Windenergie verweisen wir zudem auf die Ausführungen in Anlage B3 der Synopse zur 1. Offenlage.</p> <p>Hinsichtlich der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik wird zum Umgang mit Hinweisen relevanter Arten außerdem auf Kapitel 8.2.2 des Umweltberichts, Entwurf zum Satzungsbeschluss, verwiesen.</p> <p>Für die im Teilregionalplan Energie festgelegten Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik liegen keine auf der Planebene erkennbaren Hinweise vor, dass Artenschutzbelange durch die Vorranggebietsfestlegungen – nach jetzigem Stand – in besonders erheblichen Maß beeinträchtigt werden können.</p> <p>Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>

Anlage E.1: Vorranggebiete Windenergie - nicht gebietsbezogene und allgemeine Anregungen

Inhaltsverzeichnis

Schutzgut Mensch: Gesundheitsgefahr durch elektromagnetische Felder (EMF)	5
Beispiel Außerbetriebnahme WEA Schurwald Baiereck	6
Zuverlässigkeit und Überwachung der Abschaltautomatik	6
Hinweis auf Flickereffekte	6
Hinweis darauf, dass Regionen, die ihr Wasserschutzgebiet durch WEA beeinträchtigen, langfristig wirtschaftliche Nachteile erleiden – sollte beachtet werden bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie	7
Vorwurf, der Teilregionalplan Energie halte sich nicht an Erkenntnisse aus der Forschung	7
Behauptung, der Umweltbericht sei nicht an aktuelle Gebietskulisse der VRG Windenergie der 2. Offenlage angepasst worden	7
Kritik an alten Datenbeständen zum Umweltbericht aus 2021	8

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Schutzgut Mensch: Gesundheitsgefahr durch elektromagnetische Felder (EMF)	<p>Die Aufstellung des Teilregionalplans Energie begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW).</p> <p>Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für Ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen.</p> <p>Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang in der Abwägung haben.</p> <p>Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist.</p> <p>Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Strategische Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Auch die im Planungskonzept des Teilregionalplans Energie (s. Begründung) berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend.</p> <p>Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
Beispiel Außerbetriebnahme WEA Schurwald Baiereck	Hinsichtlich der Berücksichtigung von Schallimmissionen wird auf die Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie, Teil B1, verwiesen. Gerade der Fall Baiereck zeigt, dass die Prüfung der Schallimmissionen und der Einhaltung der Grenzwerte auf Projektebene sinnvoll und wirksam ist.
Zuverlässigkeit und Überwachung der Abschaltautomatik	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Bau und Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
Hinweis auf Flickereffekte	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Bau und Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Hinweis darauf, dass Regionen, die ihr Wasserschutzgebiet durch WEA beeinträchtigen, langfristig wirtschaftliche Nachteile erleiden – sollte beachtet werden bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie	<p>Auf Ebene der Regionalplanung werden Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festgelegt, nicht die Standorte selbst. Bei allen im Teilregionalplan Energie festgelegten Vorranggebieten Windenergie sind erhebliche Beeinträchtigungen der Grundwasservorkommen auf regionalplanerischer Ebene nicht zu besorgen. Der Belang des Grundwasserschutzes wurde im Planungsverfahren, in der Strategischen Umweltprüfung und in der Abwägung bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie berücksichtigt. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Wir verweisen zudem auf die Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie, insbesondere Teil B2.</p>
Vorwurf, der Teilregionalplan Energie halte sich nicht an Erkenntnisse aus der Forschung	<p>Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Der Regionalverband hält sich bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie an die rechtlichen Vorgaben und legt der Planung die aktuell gültigen Planungsgrundlagen und Erkenntnisse zugrunde.</p> <p>Es wäre fernliegend, einzelne Studien, die (noch) nicht allgemein wissenschaftlich anerkannt sind, bereits im Vorhinein zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die oben beschriebene Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen.</p>
Behauptung, der Umweltbericht sei nicht an aktuelle Gebietskulisse der VRG Windenergie der 2. Offenlage angepasst worden	<p>Wir weisen darauf hin, dass der Umweltbericht, inkl. Artenschutzrechtlicher Prüfung und Natura 2000-Vorabprüfung zum Teilregionalplan Energie zum 2. Offenlageentwurf aktualisiert wurde (s. auch die Erläuterungen zu „Natura 2000 nach Änderung der Flächenkulisse“ in der Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage)</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Kritik an alten Datenbeständen zum Umweltbericht aus 2021	<p>Wir weisen darauf hin, dass der Umweltbericht, inkl. Artenschutzrechtlicher Prüfung und Natura 2000-Vorabprüfung zum Teilregionalplan Energie zum 2. Offenlageentwurf aktualisiert wurde. Im Zuge dessen wurden die vertiefte Umweltprüfung sowie die naturschutzfachlichen Prüfungen für die angepasste Flächenkulisse sowie die nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen erneut durchgeführt. Hierbei wurden neue Datengrundlagen (bspw. die finalen Daten zur Flurbilanz 2022, aktuelle Biotopkartierung Bodenseekreis, Archäologische Bodendenkmale) und Hinweise bzw. neue Datengrundlagen aus der ersten Anhörung (bspw. zu Artvorkommen) eingearbeitet. Des Weiteren sind Anpassungen an der Bewertung der Wirkfaktoren erfolgt (s. Kapitel 1.3 Umweltbericht).</p> <p>Der Regionalverband ist bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie auf regionsweit verfügbare Daten ausreichender Qualität angewiesen. Er kann keine Kartierungen etc. durchführen. Die Aktualisierung von Daten ist nicht Gegenstand der Anhörung.</p> <p>Im Scoping-Papier (Anlage zum Umweltbericht) heißt es: „Zur Beurteilung der erheblichen Auswirkungen der regionalplanerischen Festlegungen im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung werden v.a. regionsweit einheitlich vorliegende Geodaten herangezogen. Nur in Einzelfällen werden in der vertieften Umweltprüfung zusätzliche, nicht regionsweit verfügbare Datengrundlagen verwendet.“</p> <p>Die Tatsache, dass einzelne Datengrundlagen schon älter sind, steht damit der Festlegung von VRG Windenergie nicht entgegen. Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts richtet sich nach dem zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>

Anlage E.2: Windleistungsdichte

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Zu geringe Windleistungsdichte für die Festlegung als Vorranggebiet Windenergie	<p>Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktrichtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Bei der Region Bodensee-Oberschwaben handelt es sich um eine gemäß Windatlas eher windschwache Region. Dennoch ist die gekappte Windleistungsdichte in vielen Teilen der Region Bodensee-Oberschwaben grundsätzlich ausreichend für die Windenergienutzung. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen).</p> <p>Gem. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurden Flächen größer 240 W/m^2 in 160 m Höhe mittlere gekappte Windleistungsdichte als sehr gut geeignet (E1), Flächen größer 215 W/m^2 in 160 m Höhe als gut geeignet (E2) und Flächen größer 190 W/m^2 in 160 m Höhe als tendenziell geeignet (E3) bewertet.</p> <p>In den Suchläufen des Flächenauswahlprozesses (s. Begründung zu PS 4.2.1 des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) wurden hinsichtlich der Windleistungsdichte zunächst nur Flächen größer 215 W/m^2 in 160 m Höhe betrachtet. Da nach diesen Suchläufen nicht ausreichend viele Gebiete für die Erfüllung des Landesflächenziels ermittelt werden konnten, wurden in einem weiteren Suchlauf auch Flächen mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von $190\text{-}215 \text{ W/m}^2$ in 160 m Höhe einbezogen.</p> <p>Flächen kleiner 190 W/m^2 in 160 m Höhe wurden im Planungsprozess lediglich vereinzelt als Vorranggebiet festgelegt, insbesondere wenn durch Vor-Ort-Messungen eine ausreichende Windhöufigkeit nachgewiesen wurde (z.B. WEA-437-025) oder es sich um bestehende bzw. genehmigte Windenergieanlagen (z.B. WEA-436-036) oder um konkrete raumverträgliche Vorplanungen zur Errichtung von Windenergieanlagen gemäß Kriterienkatalog handelt (z.B. WEA-436-021_2). Darüber hinaus sind in Einzelfällen auch Konzentrationszonen genehmigter Flächennutzungspläne betroffen (z.B. WEA-437-011) sowie Teilflächen als Verbindungselement innerhalb größerer Vorranggebiete, wenn keine erheblichen Konflikte vorliegen (z.B. WEA-437-014). Aufgrund der durch die Vor-Ort-Messungen nachgewiesenen lokalen Unschärfe des Windatlasses und der nur geringfügigen Unterschreitung des Schwellenwertes von 190 W/m^2 in den benannten Einzelfällen erscheint diese Vorgehensweise gerechtfertigt. Es wird zu diesen</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Sonderfällen auf die Spalte „Hinweise“ in Tab. B 3 der Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Die Begründungen für alle Teilflächen kleiner 190 W/m² in 160 m Höhe sind ebenfalls in der Spalte „Hinweise“ in Tab. B 3 der Begründung benannt.</p> <p>Alle festgelegten Vorranggebiete Windenergie des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie entsprechen dem Planungskonzept. Es wird auf die Begründung zu PS 4.2.1 und den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie inkl. Erläuterung zu „1. Windatlas Baden-Württemberg 2019“ (s. Anlage zur Begründung) des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p> <p>Bezüglich weiterer Kritikpunkte zu Windatlas Baden-Württemberg und Windleitungsdichte wird auf die Anlage zur Synopse „Teil B.1“ zur 1. Anhörung verwiesen.</p>

**Anlage E.3: Vorranggebiete Windenergie – häufige Anregungen zu einzelnen Vorranggebieten
und teilräumliche Anregungen**

Inhaltsverzeichnis

WEA-425-002 Hochbühl5

Vorranggebiete Windenergie im südlichen Altdorfer Wald:

WEA-436-004 Altdorfer Wald - Erbisreuter Wald

WEA-436-009 Altdorfer Wald – Grunder Wald

WEA-436-010 Altdorfer Wald - Süd 11

Vorranggebiete Windenergie im Raum Bad Waldsee:

WEA-436-007 Osterhofen

WEA-436-018 Osterholz

WEA-436-019 Urbach

WEA-436-021_1 Aulendorf-Ost-1 17

WEA-436-011 Ratzenried-Ost 33

WEA-436-013 In den Mösern / Enkenhofener Wald 39

WEA-436-022 Fleischwangen-Nord..... 53

WEA-437-025 Wald 57

Vorranggebiete Windenergie im Raum Gammertingen, Hettingen, Bingen:

WEA-437-026 Kettenacker-Ost

WEA-437-020 Inneringen Nordost

WEA-437-014 Bingen-Nord 61

WEA-425-002 Hochbühl

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Aktuelles Gutachten zu Fledermausvorkommen am Hochbühl vom Büro 365° freiraum + umwelt</p> <p>Vorkommen von Sonderstatusarten (Mopsfledermaus, Großer Abendsegler, Große Bartfledermaus)</p>	<p>Das Gutachten der Gemeinde Owingen wurde in die Abwägung eingestellt und in Zusammenarbeit mit der höheren Naturschutzbehörde geprüft. Damit geht auch eine Überprüfung der artenschutzrechtlichen Bewertung einher. Eine Neubewertung erfolgt jedoch nicht. Bereits zur Erstellung der 2. Offenlage war das Vorhandensein der Molassekeller mit Fledermausquartieren, u.a. für Sonderstatusarten, bekannt.</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatusarten (Vögel, Fledermäuse) außerhalb der Schwerpunktorkommen Kategorie A wurden im Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag und in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zu den Vorranggebieten für Windenergienutzung eingeflossen. Zum Teil erfolgten Anpassungen bei Abgrenzungen der Vorranggebiete nach der 1. Offenlage und im Entwurf zum Satzungsbeschluss (s. Anlage zur Synopse Teil B.4 zur 1. Offenlage). Die Bewertung inkl. erforderlicher Vorsorgeabstände erfolgte dabei im Einzelfall. Für Details s. Ausführungen zur Artenschutzprüfung im Umweltbericht sowie Kriterienkatalog (Anlage der Begründung) zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie.</p> <p>Die Prüfung durch die höhere Naturschutzbehörde ergab ausreichende Abstände zu den bekannten Winterquartieren in den Molassekellern. Das Gutachten von 365° wurde in die Abwägung eingestellt. Quartiere wurden hierin nicht erfasst, allerdings gibt es Hinweise für potenzielle dauerhafte Vorkommen. In der Abwägung wurde dies mit dem entsprechend schweren Gewicht berücksichtigt. Dies erfolgte in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden. Eine Reduktion oder Streichung des Vorranggebietes Windenergie war aber infolge dieser Prüfung nicht erforderlich.</p> <p>Eine erhebliche Beeinträchtigung kann bei kollisionsgefährdeten Fledermausarten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden. Die oberste Naturschutzbehörde hat daher den für die Genehmigung zuständigen Behörden empfohlen, die Schutzmaßnahmen „Abschaltung“ (s. §45b, Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsverfahren vorzusehen. (s. LUBW, Fachbeitrag,</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>2022) D.h. über die Beachtung des Fachbeitrags hinaus sind auf Regionalplanebene nicht die Kollisionsgefährdung von Fledermäusen, sondern nur potenzielle Lebensstättenverluste, zu prüfen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen. Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Neben den o.g. Winterquartieren liegen keine entsprechenden belastbaren Nachweise zu dauerhaften Lebensstätten von Sonderstatusarten Fledermäusen für das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie vor, welche eine Reduktion oder Streichung des Vorranggebietes Windenergie zur Folge haben müssten.</p> <p>Den für die Genehmigung zuständigen Behörden wird empfohlen, die Schutzmaßnahme „Abschaltung“ (siehe § 45b Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsvorhaben vorzusehen.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen in den Anlagen zur Synopse, insbesondere die Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz und Anlage B4 der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie den Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Forderung nach vertieften Untersuchungen zu / (Risiko-)Bewertungen von Fledermausvorkommen, inkl. Quartiere, Jagdhabitat, Flugkorridore etc., Berücksichtigung / Ausschluss artenschutzrechtlich relevanter Flächen, bzw. von Flächen mit Vorkommen von Sonderstatusarten (z.B. Mopsfledermaus)</p>	<p>Die vertiefte Umweltprüfung sowie die naturschutzrechtlichen Prüfungen erfolgen auf Basis einer stringenten Methodik, welche im Umweltbericht inkl. der Wirkfaktorentabellen und den Anlagen genau dargelegt sind und welche die Konflikte zwischen den Vorranggebieten Windenergie und Umweltbelangen darlegt und bewertet. Diese Methodik wurde bei allen Vorranggebieten Windenergie inkl. der nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgten Flächen einheitlich angewendet. Die Strategische Umweltprüfung, die artenschutzrechtliche Prüfung und die Natura-2000-Vorabprüfung erfüllen die gesetzlichen Anforderungen, u.a. bezüglich § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG, § 7 Abs. 2 ROG und § 2 EEG und es erfolgte eine für die regionale Planungsebene ausreichende Prüfung von entgegenstehenden Belangen und ausreichende Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Umweltprüfung. Auf den Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie wird verwiesen.</p> <p>Im Umweltbericht wird zudem in Kap. 8 erläutert, warum eine Festlegung als Vorranggebiet Windenergie auch dann erfolgen kann, wenn als Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung herauskommt, dass "Artenschutzbelange in erheblichen Maß beeinträchtigt sind". Es wird auf Kap. 8 des Umweltberichts verwiesen.</p> <p>Zusätzliche belastbare Informationen auf Vorkommen von Sonderstatus-Arten (Vögel, Fledermäuse) außerhalb der Schwerpunktorkommen Kategorie A wurden im Verfahren gemäß den Hinweisen im Fachbeitrag und in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden berücksichtigt. Diese zusätzlichen Konflikte mit dem Artenschutz sind in materieller Hinsicht in die Abwägung zum Vorranggebiet für Windenergienutzung eingeflossen. Zum Teil erfolgten Anpassungen bei Abgrenzungen der Vorranggebiete Windenergie. Die Bewertung inkl. erforderlicher Vorsorgeabstände erfolgte dabei im Einzelfall.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zusätzlich wird auf die vorangegangene Abwägung zum Gutachten des Büros 365° freiraum + umwelt verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf die Ausführungen in den Anlagen zur Synopse, insbesondere der Anlage B.3 Anregungen zum Bereich Landschaft, Natur- und Artenschutz der 1. Offenlage verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Weiterhin wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem ist auch der Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) zu beachten.</p>
<p>Betroffenheit von Wasserschutzgebieten, geplanten Wasserschutzgebieten, Quell(schutz)gebieten, Wasserschutzwald, Grundwasservorkommen, Grundwasserneubildungs- und Wassereinzugsgebieten, Beeinträchtigung der natürlichen Grundwasserneubildung, der Trink- und Brauchwasserversorgung, von Quellen und des großen Grundwasserspeichers im Billafinger und im Nesselwanger Tal sowie der Wasserspeisung des Heinz-Sielmann-Weiher, Hinweis auf Agroforstprojekt</p>	<p>Belange des Schutzgutes Wasser, inkl. der Belange Sicherung von Grundwasservorkommen und Trinkwasserversorgung sind im Planungskonzept über die Wasserschutzgebiete und Vorrang- sowie Vorbehaltsgebiete zur Sicherung von Wasservorkommen sowie in der Strategischen Umweltprüfung auf Ebene der Regionalplanung ausreichend berücksichtigt. Das Vorranggebiet Windenergie liegt z.T. in einem WSG der Zone III, in einem geplanten WSG der Zone III und in einem Vorbehaltsgebiet für die Sicherung von Wasservorkommen (Regionalplan 2023) sowie teilweise in einem „sonstigen Wasserschutzwald“. Weitere Wasserschutzgebiete befinden sich im Umfeld sowie ein Vorranggebiet für die Sicherung von Wasservorkommen (Regionalplan 2023) im Billafinger Tal. Der „Sonstige Wasserschutzwald“ beinhaltet gem. FVA (https://www.fva-bw.de/daten-tools/geodaten/waldfunktionenkartierung) Waldflächen in Wasserschutzgebieten, Quellschutzgebieten und Überschwemmungsgebieten und ist damit hierüber bereits im Planungskonzept berücksichtigt. Bezüglich des Umgangs mit Wasserschutzgebieten der Zone II und III, angrenzenden Wasserschutzgebieten, Vorrang- und Vorbehaltsgebieten zur Sicherung von Wasservorkommen, Quell(schutz)gebieten sowie von Gebieten mit hoher Grundwasserneubildung oder Gewässereinzugsgebiete bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wird auf die Anlage B.2 zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen. Das Erfordernis, die Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergie deshalb zu ändern, ergibt sich dadurch nicht. Ein Teil der aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen (z.B. Quellen, Agroforstprojekt, Verringerung der Grundwasserneubildung, Wasserspeisung Heinz-Sielmann-Weiher) sind zudem nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Dies gilt auch für hydrogeologische Gutachten, Haftungsfragen sowie mögliche Gefahrensituationen und Havarien. Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse Teil B.2, B.1 und B4 der 1. Offenlage verwiesen.
Zu geringe Vorsorgeabstände zu Naturschutzgebieten, Wasserschutzgebieten der Zone I und Fließgewässern I. Ordnung	Ohne Kenntnis, ob die genannten schädlichen Umwelteinwirkungen (z.B. durch abgebrochene und weggeschleuderte Teile) Bestand haben können, ist es fernliegend größere Abstände zu berücksichtigen.
Hinweis auf Alleinstellungsmerkmal der Landschaft des westlichen Bodenseegebiets aufgrund geringer Vorbelastung	Es wird auf die Abwägung zu den Themen „Keine VRG Windenergie in der Nähe zum Bodensee-ufer / in der 1. Reihe zum Bodensee-ufer / direkt am Bodensee-becken, Forderung nach Festlegung eines Ausschlussgebiets für WEA in der Nähe des Bodensees und Beeinträchtigung von Tourismus und Erholung, Landschaftsbild, Kultur- und Naturlandschaft Bodensee-ufer/-becken, visuelle Dominanz des Hochbühls, Aussichtspunkte, Beeinträchtigung Ziele der Heinz-Sielmann-Stiftung in Bezug auf Erholung, Fernwirkung der WEA“ in der Anlage zur Synopse Teil B.4 zur 1. Offenlage verwiesen.
Kritik an fehlender Prüfung alternativer Standorte für Vorranggebiete Windenergie	S. Anlage D „Gesetzliche Grundlagen und Planungsverfahren“ zur Synopse zur 2. Offenlage des Teilregionalplan Energie

Vorranggebiete Windenergie im südlichen Altdorfer Wald:
WEA-436-004 Altdorfer Wald - Erbisreuter Wald
WEA-436-009 Altdorfer Wald – Grunder Wald
WEA-436-010 Altdorfer Wald - Süd¹

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Neubewertung von Dauer- und Infraschallbelastung erforderlich (neue Erfahrungswerte)	Es wird auf die Anlage zur Synopse 1. Offenlage Teil B.1 verweisen. Die Abwägung gilt weiterhin.
Forderung, Siedlungsabstände nochmals zu prüfen und ggf. Vorranggebiete Windenergie zu reduzieren	Die Abstände wurden nochmals geprüft. Es wird darauf hingewiesen, dass im Teilregionalplan Energie Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festgelegt werden (also Gebiete), jedoch nicht die Standorte und Anlagentypen der Windenergieanlagen selbst. Bei der Festlegung der Kriterien zu Vorsorgeabständen zu Siedlungen sowie zu wohngenutzten Gebäuden im Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie wurden die gesetzlichen Vorgaben (insb. § 249 Abs. 10 BauGB zur optisch bedrängenden Wirkung sowie Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm)) berücksichtigt. Bei der Festlegung des genannten Vorranggebiets wurden die gem. Kriterienkatalog erforderlichen Abstände eingehalten, die Vorsorgeabstände werden daher nicht erhöht. Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie verwiesen (s. Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie). Es wird zu diesem Thema zudem auf die Anlage zur Synopse 1. Offenlage (Teil B 1) verwiesen.
Sicherheit – Neubewertung militärischer Belange erforderlich, Altdorfer Wald wird als Übungsraum für Bundeswehr benötigt	Es wird auf die Anlage zur Synopse 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen (Kritik daran, dass militärische Belange nicht ausreichend berücksichtigt worden seien bei der Festlegung des VRG Windenergie). Die Abwägung gilt weiterhin.

¹ Neue Bezeichnung im Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss: WEA-436-010_1 Altdorfer Wald-Süd_1

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Hinweise auf Konflikte mit Rettungshubschrauber / Rettungsflugverkehr	<p>Für das Thema "Gefährdungspotential für den Luftverkehr" u.a. wurden die zuständigen Fachbehörden, wie die Landesluftfahrtbehörde (RP Stuttgart, Referat Luftfahrt 46.2 Sachgebiet 2), die Deutsche Luftsicherung (DFS) und das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) im Rahmen dieses Verfahrens beteiligt und haben zu den Vorranggebieten WEA-436-004, WEA-436-009 und WEA-43-010 keine Bedenken geäußert. Auf regionalplanerischer Ebene werden nur Flächen für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen, jedoch nicht die konkreten Windenergieanlagenstandorte und die entsprechenden Anlagentypen. Daher sind die angesprochenen Aspekte (u.a. Beeinträchtigung des An- und Abflugverfahrens) in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage</p>
Hinweise auf Konflikte mit zivilem Luftverkehr, z.B. Lage in der Einflugschneise des Flughafens Friedrichshafen und § 18a Luftverkehrsgesetz	<p>Auf regionalplanerischer Ebene werden nur Flächen für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen, jedoch nicht die konkreten Windenergieanlagenstandorte und die entsprechenden Anlagentypen. Daher sind die angesprochenen Aspekte (u.a. Beeinträchtigung des An- und Abflugverfahrens) in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagebezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das zuständige Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) und die Landesluftfahrtbehörde, RP Stuttgart, Referat Luftfahrt 46.2 Sachgebiet 2, wurden im Rahmen dieses Verfahrens beteiligt und haben keine grundsätzlichen Bedenken geäußert.</p>
Behauptung, geschützte Biotopse seien nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt, Forderung Reduktion VRG Windenergie aufgrund der Betroffenheit geschützter Biotopse (z.B. Toteislöcher)	<p>Gesetzlich geschützte Biotopse und Waldbiotopse größer gleich 2 ha wurden im Planungskonzept als sehr erheblicher Konflikt (K1) berücksichtigt. In den VRG Windenergie befinden sich daher keine gesetzlich geschützten Biotopse und Waldbiotopse größer gleich 2 ha. Ebenso wurden gesetzlich geschützte Biotopse inkl. Waldbiotopse > 0,5ha in der Umweltprüfung berücksichtigt. Bei gesetzlich geschützten Biotopse inkl. Waldbiotopen < 2 ha und bei VRG Windenergie angrenzend zu gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen gilt: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das Erfordernis, die Abgrenzung des VRG Windenergie wegen Betroffenheit von gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen zu reduzieren, besteht daher nicht.
Behauptung, Wildtierkorridor sei nicht berücksichtigt, Verweis auf aktuelle Fachberichte, Forderung, VRG Windenergie deswegen zu reduzieren	Es wird auf die Anlage zur Synopse 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Die Abwägung gilt weiterhin.
Konflikte VRG Windenergie mit Umsetzung der EU-Wiederherstellungsverordnung	Es wird auf die Anlage zur Synopse 1. Offenlage Teil B.3 verwiesen. Die Abwägung gilt weiterhin.
Hinweis darauf, dass WEA das Mikroklima beeinflussen und dies im Wald negative ökologische Folgen nach sich ziehen kann	Es wird auf die Anlage zur Synopse 1. Offenlage Teil B.1 zu mikroklimatischen Auswirkungen von WEA und zu Auswirkungen von WEA im Wald verwiesen. Die Abwägung gilt weiterhin.
Widerspruch VRG Windenergie gegen EU-Richtlinie 2023/2413	Ein Widerspruch mit der genannten EU-Richtlinie ist nicht erkennbar. Bezüglich der geplanten Ausweisung von „Beschleunigungsgebieten“ liegen dem RVBO noch keine konkreten Vorgaben vor. Falls sich nach Eintreten der Rechtskraft des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 das Erfordernis für Änderungen im Rahmen der Regionalplanung ergibt, wird der Regionalverband zum gegebenen Zeitpunkt den rechtlichen Erfordernissen nachkommen und seine Planung anpassen.
Naturschutzgebiet / Bannwald / FFH-Gebiet Füreemoos nicht berücksichtigt (1270, 1271)	Das VRG Windenergie WEA-436-010 liegt in 200 m Entfernung zum Naturschutzgebiet und Bannwald Füreemoos. Die Aussage, das Füreemoos sei nicht berücksichtigt worden, trifft somit nicht zu. Der Abstand zum Füreemoos ist ausreichend, um auf Ebene der Regionalplanung erhebliche

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Beeinträchtigungen prognostisch auszuschließen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Es wird zudem auf die Abwägung der BE ID 1124 (Stellungnahme Landratsamt Ravensburg) in der Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>
<p>Betroffenheit von windenergiesensiblen Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden</p>	<p>Für die artenschutzfachliche Prüfung liegt der Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW, 2022 mit Änderungen und Ergänzungen 2023) als Planungshilfe für die Regionalplanung zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie vor. Darin sind Schwerpunktorkommen (Kategorie A und B) für gesetzlich geschützte, windenergiesensible Vogel- und Fledermausarten abgegrenzt. Schwerpunkträume haben eine hohe Stetigkeit und dieses methodische Vorgehen erleichtert es, den Artenschutz auf der vorgelagerten Ebene mit hinreichender Genauigkeit zu beachten, so dass auf den festgelegten Flächen regelmäßig keine unüberwindbaren Hindernisse mehr entgegenstehen werden.</p> <p>Der Fachbeitrag der LUBW trägt also dazu bei dass im Rahmen der Umwelt- und naturschutzfachlichen Prüfungen zum Teilregionalplan Energie Artenschutzbelange auch außerhalb von Schutzgebieten adäquat berücksichtigt werden können. Zudem kann so der Schutz von Populationen auf planerischer Ebene berücksichtigt werden, der wiederum eine Voraussetzung für das Erteilen einer Ausnahme auf nach-gelagerter Ebene darstellt (§ 45 Abs. 7 BNatSchG).</p> <p>Im Falle des Altdorfer Waldes wurden auch diejenigen Flächen geprüft, die bisher nicht im Fachbeitrag klassifiziert wurden. Es wurden keine Arten mit Brutorkommen oder Quartieren im Rahmen der Kartiierungsergebnisse des Vorhabenträgers gefunden, für die an dieser Stelle eine Schutzzone A klassifiziert worden wäre.</p> <p>In einigen klassifizierten Bereichen gemäß Fachbeitrag wurden Arten des Fachbeitrags kartiert. Diese Vorkommen wurden gemäß Fachbeitrag abgewogen, haben aber nicht zu einer Reduktion der Vorranggebiete Windenergie WEA-436-004, 009 und 010 geführt..</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Eine erhebliche Beeinträchtigung kann bei kollisionsgefährdeten Arten durch die bereits in der Praxis etablierten Schutzmaßnahmen der saisonalen sowie situativen Abschaltung von Windenergieanlagen in der Regel bis unterhalb des Signifikanzniveaus gesenkt werden. Die oberste Naturschutzbehörde hat daher den für die Genehmigung zuständigen Behörden empfohlen, die Schutzmaßnahmen „Abschaltung“ (s. §45b, Abs. 6 BNatSchG) prioritär für die kollisionsgefährdeten Fledermausarten im Rahmen von Genehmigungsverfahren vorzusehen. (s. LUBW, Fachbeitrag, 2022) D.h. über die Beachtung des Fachbeitrags hinaus sind auf Regionalplanebene nicht die Kollisionsgefährdung von Fledermäusen, sondern nur potenzielle Lebensstättenverluste, zu prüfen.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlage zur Synopse B.3 und B.4 zur 1. Offenlage verwiesen.</p>
Betroffenheit von Fledermausarten, die Anhang-IV-Arten der FFH-Richtlinie darstellen oder vom Aussterben bedroht sind und keine Sonderstatusarten darstellen und für die keine Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden	<p>Vorkommen von Fledermausarten, die im Teilregionalplan Energie Berücksichtigung finden müssen und für die keine Schwerpunktorkommen im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie abgegrenzt wurden und die keine Sonderstatusarten darstellen, liegen in den Vorranggebieten Windenergie 436-004, 009 und 010 nicht vor. Es wird auf die Abwägungen der BE IDs 913 und 914 (Stellungnahme Landesnaturschutzverband) zur 2. Offenlage verwiesen.</p>
Betroffenheit von Sonderstatusarten Fledermäuse	<p>Teilweise Berücksichtigung - Das VRG Windenergie WEA-436-010 wurde im Entwurf zum Satzungsbeschluss aufgrund der Betroffenheit einer Sonderstatusart Fledermaus nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie außerhalb von Schwerpunktorkommen A nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie leicht in seiner Abgrenzung reduziert. Es wird auf die Planunterlagen zum Satzungsbeschluss verwiesen sowie auf die Abwägung der BE ID 850 (Landratsamt Ravensburg) zur 2. Offenlage.</p>
Betroffenheit von Vogelarten (windkraftsensibel, Sonderstatusarten, weitere Arten)	<p>Es wird auf die Anlage zur Synopse 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Die Abwägung gilt weiterhin.</p>
WEA im Röschenwald zeigen, dass die Abholzung größer ist als erwartet	<p>Kenntnisnahme</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Forderung Rücknahme / Verkleinerung VRG Windenergie wegen Betroffenheit des Landschaftsbilds	Es wird auf die Anlage zur Synopse 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Die Abwägung gilt weiterhin.
Forderung Rücknahme / Verkleinerung VRG Windenergie wegen Fachgutachten von HHP Raumentwicklung, Rottenburg zum Landschaftsschutzgebiet „Waldburger Rücken und Wolfegger Hügelland“	Es wird auf die Anlage zur Synopse 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Die Abwägung gilt weiterhin.
Verweis auf Landschaftsschutzgebiet „Jungmoränenlandschaft zwischen Amtzell und Vogt“	Landschaftsschutzgebiete sind im Planungskonzept (erheblicher Konflikt K2) sowie in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt (s. Begründung zu PS 4.2.1 sowie Kriterienkatalog und Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht Entwurf Teilregionalplan Energie). Das VRG Windenergie liegt nicht in einem Landschaftsschutzgebiet. Gem. § 26 Abs. 3 BNatSchG sind WEA in VRG Windenergie innerhalb von Landschaftsschutzgebieten nicht verboten. Im genannten VRG Windenergie liegen keine Überlagerungen mit bestehenden Landschaftsschutzgebieten vor. Das Erfordernis, die Abgrenzung des VRG Windenergie deshalb zu ändern, besteht nicht.

Vorranggebiete Windenergie im Raum Bad Waldsee:

WEA-436-007 Osterhofen

WEA-436-018 Osterholz

WEA-436-019 Urbach

WEA-436-021_1 Aulendorf-Ost-1

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Forderung nach Windmessungen und Erstellung Windgutachten vor der Festlegung als Vorranggebiet Windenergie (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	<p>Der Windatlas Baden-Württemberg stützt sich auf punktuelle Daten und extrapoliert diese durch Simulationen flächendeckend auf das gesamte Landesgebiet. Es handelt sich damit um Simulationsergebnisse, die von den Rechenmethoden, Grundlagendaten und insbesondere der Kalibrierung an Messpunkten abhängen. Deswegen kann es sein, dass sich die Daten des Windatlases von den Ergebnissen konkreter Windmessungen vor Ort unterscheiden. Dennoch ist davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Fortschreibung des Teilregionalplans Energie dar.</p> <p>Tatsächliche Windmessungen werden in der Regel erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks vorgenommen, wenn die konkreten Anlagenstandorte bekannt sind. Projektierer nehmen zur Absicherung wirtschaftlicher Risiken in aller Regel immer konkrete Windmessungen – üblicherweise über den Zeitraum eines Kalenderjahres – vor. Damit liegen dann konkrete Messdaten vor, die exakter sind als dies allein über die Übernahme der Inhalte aus dem Windatlas leistbar wäre.</p> <p>Der RVBO stützt sich entsprechend der Empfehlungen des Landes auf den Windatlas und wird keine eigenen Windmessungen durchführen.</p>
Überlastung / Umzingelung aufgrund angrenzender geplanter Vorranggebiete Windenergie in der Region Donau-Iller (VRG WEA-436-007)	<p>Das Vorranggebiet Windenergie wurde nach der 1. Offenlage aufgrund der teilträumlich hohen Belastung in seiner Abgrenzung reduziert. Diesbezüglich wird auf die Abwägung in der Anlage zur Synopse Teil B.4 zur 1. Offenlage verwiesen. Mit der Abgrenzung im 2. Offenlageentwurf</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Teilregionalplan Energie liegt nach dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie keine Überlastung bzw. Umzingelung vor.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben stimmt sich bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik mit den Nachbarregionen ab. Dabei ist zu beachten, dass die Planungsstände und die der Planung zugrunde liegende Konzeption von Region zu Region aufgrund unterschiedlicher zeitlicher und räumlicher Voraussetzungen variiert und dies die Erstellung von vergleichbaren grenzüberschreitenden Karten erschwert. Trotzdem streben die benachbarten Regionalverbände bei grenzüberschreitenden Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik eine Harmonisierung der jeweiligen Planungen an. Relevant sind dabei vor allem die gebietlichen Festlegungen in Form von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten, weniger die im Planungsprozess ermittelten Suchräume. Die Abstimmung mit den Nachbarregionen hatte auch die Aspekte "Überlastung und Umzingelung" zum Gegenstand.</p> <p>Im vorliegenden Fall wurde die Überlastung / Umzingelung auch in Bezug auf die Nachbarregion und die dortigen Planungen bezüglich Vorranggebieten Windenergie nochmals geprüft. Im Ergebnis ist keine Reduktion des in der Anregung genannten Vorranggebiets Windenergie in der Region Bodensee-Oberschwaben erforderlich.</p>
Verstoß gegen das interkommunale Abstimmungsgebot nach § 2 Abs. 2 ROG (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	<p>§ 2 Abs. 2 ROG beinhaltet keine Vorgaben zu einem interkommunalen Abstimmungsgebot. Der Regionalverband geht davon aus, dass § 2 Abs. 2 BauGB gemeint ist. § 2 Abs. 2 BauGB bezieht sich jedoch auf die Bauleitplanung und nicht auf die Regionalplanung. Insofern ist dieses im BauGB verankerte interkommunale Abstimmungsgebot auch nicht bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie zu berücksichtigen. Falls das interkommunale Abstimmungsgebot gem. § 7 Abs. 2 Satz 3 ROG gemeint war, wird auf die nachfolgende Abwägung in dieser Anlage zur Synopse verwiesen.</p>
Verstoß gegen das interregionale Abstimmungsgebot nach § 7 Abs. 2 Satz 3 ROG (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	<p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben stimmt sich bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik mit den Nachbarregionen ab. Dabei ist zu beachten, dass die Planungsstände und die der Planung zugrunde liegende Konzeption von Region zu Region aufgrund unterschiedlicher zeitlicher und räumlicher Voraussetzungen variiert. Trotzdem streben die benachbarten Regionalverbände bei grenzüberschreitenden Vorranggebieten</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik eine Harmonisierung der jeweiligen Planungen an.</p> <p>In der Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie wird an mehreren Stellen bereits die interregionale Abstimmung dargelegt bzw. die Berücksichtigung der Windenergieplanungen angrenzender Regionalverbände beschrieben.</p> <p>Bei den erhöhten Siedlungsvorsorgeabstände bei starker lokaler Belastung von Siedlungen durch Vorranggebiete Windenergie (Orientierungswerte/Einzelfallbetrachtung) (s. Tab. B 2 der Begründung) werden gem. Fußnote 6 auch angrenzende Vorranggebiete in benachbarten Regionen in die Größe des Vorranggebiets einberechnet und somit bei den erhöhten Siedlungsabständen berücksichtigt.</p> <p>Gem. Begründung erfolgten zudem in verschiedenen Planungsphasen Abstimmungsgespräche mit den benachbarten Regionalverbänden im Hinblick auf die Harmonisierung der Planungen.</p> <p>Es wird hierzu auf die Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband hat die benachbarten Regionalverbände auch förmlich im Rahmen der Behördenbeteiligungen an der Aufstellung des Teilregionalplans Energie beteiligt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Hierzu wird auf die Stellungnahmen des genannten benachbarten Regionalverbands (II.401 (RV Donau-Iller)) und die entsprechende Abwägung der 1. und 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Insofern ist der Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie gem. § 7 Abs. 2 Satz 3 ROG mit benachbarten Planungsräumen abgestimmt.</p>
Überlastung / Umzingelung aufgrund 20 Windenergieanlagen in Hanglage, Einschränkung freier Weitblicke (VRG WEA-436-007)	<p>Eine Überlastung oder Umzingelung nach dem Planungskonzept des Regionalverbands zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie liegt im vorliegenden Fall nicht vor. Es wird darauf hingewiesen, dass der RVBO nur Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer WEA plant, nicht die Standorte der WEA selbst. Nach Auffassung des Regionalverbands bietet das VRG WEA-436-007 keinen Platz für 20 WEA modernen Typs. Die Auswirkungen der Hanglage auf die Wirkungen von WEA sind auf nachgelagerter Ebene abzuhandeln (Vorhabenzulassungsverfahren, i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung)</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Forderung, Vorranggebiet Windenergie noch weiter von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden abzurücken (inkl. Kindergarten), Bsp. Windenergieanlage Baiereck (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass im Teilregionalplan Energie Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festgelegt werden (also Gebiete), jedoch nicht die Standorte und Anlagentypen der Windenergieanlagen selbst. Bei der Festlegung der Kriterien zu Vorsorgeabständen zu Siedlungen sowie zu wohngenutzten Gebäuden im Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie wurden die gesetzlichen Vorgaben (insb. § 249 Abs. 10 BauGB zur optisch bedrängenden Wirkung sowie Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm)) berücksichtigt. Bei der Festlegung des genannten Vorranggebiets wurden die gem. Kriterienkatalog erforderlichen Abstände eingehalten, die Vorsorgeabstände werden daher nicht erhöht. Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie verwiesen (s. Anlage zur Begründung des Anhörungsentwurfs zum Teilregionalplan Energie). Es wird zu diesem Thema zudem auf die Anlage zur Synopse (Teil B 1) verwiesen.</p> <p>Bezüglich dem Beispiel Baiereck wird auf die Anlage zur Synopse zu nicht gebietsbezogenen Anregungen (Teil E.1) zur 2. Offenlage verwiesen.</p>
Forderung, bei Vorsorgeabständen zu Wohngebäuden und Siedlungen alle Menschen gleich zu behandeln (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	<p>Eine Gleichbehandlung von Siedlungen und wohngenutzten Gebäuden bei Emissionsabständen ist von rechtlicher Seite her nicht vorgesehen. Es wird auf die Ausführungen zu den Kriterien im Bereich Siedlung im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie in der Anlage zur Begründung zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie verwiesen. Der RVBO hält sich bei seiner Planung an die rechtlichen Vorgaben. Der RVBO hat in besonders von Vorranggebieten Windenergie belasteten Teilräumen zum Teil erhöhte Siedlungsvorsorgeabstände zugrunde gelegt, s. Begründung zu PS 4.2.1 zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Vorranggebiet Windenergie behindert Weiterentwicklung benachbarter Siedlungen (Wohngebiete) und Ortsteile, auch Hinweis auf notwendige Siedlungserweiterung (z.B. Wohngebiet Bachäcker 2 Erweiterung) bzw. Errichtung von Parkierungs-, Grün- und Stellflächen im Bereich des Kindergartens und der Gemeindehalle sowie nördlich von Haisterkirch und Konflikte zwischen Siedlungserweiterung und Hofstelle St. Georgshof (VRG WEA-436-007)</p>	<p>Im Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie werden Bauflächen/-gebiete im Flächennutzungsplan bzw. im Flächennutzungsplanverfahren befindliche Bauflächen/-gebiete mit Vorsorgeabständen als Ausschluss- und Konfliktkriterien festgelegt. Im Flächennutzungsplan ist gem. § 5 Abs. 1 BauGB für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen der Gemeinde in den Grundzügen darzustellen. Insofern berücksichtigt der Regionalverband in seinem Planungskonzept die beabsichtigte künftige Entwicklung der Gemeinden. Informelle Planungen zu Entwicklungsflächen können gem. Kriterienkatalog keine Berücksichtigung finden.</p> <p>Ein Erfordernis, das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie zur Ermöglichung einer künftigen Siedlungsentwicklung in den in der Anregung genannten Ortschaften weiter zu reduzieren, besteht aus Sicht des Regionalverbands nicht. Aufgrund des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (überragendes öffentliches Interesse erneuerbarer Energien, Gewichtungsvorrang) wird in diesem Einzelfall der Belang des Ausbaus der Windenergie höher gewichtet als der Belang einer künftigen Außenentwicklung der in der Anregung genannten Ortschaften in Richtung des in der Anregung genannten Vorranggebiets.</p> <p>Wir geben zudem folgende Hinweise:</p> <p>Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes garantiert den Gemeinden, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.</p> <p>Die Aufgaben und Kompetenzen der Regionalplanung sind im Bundesraumordnungsgesetz und dem Landesplanungsgesetz geregelt. Die Aufstellung des Teilregionalplans begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg).</p> <p>Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen.</p> <p>Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die dafür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Vorliegen einer optisch bedrängenden Wirkung aus Hangsituation, Auswirkungen von Lärm / Schall auf Hanglagen, Höhenrelief Tallage, besondere Topographie durch Endmoränen (nur VRG WEA-436-007 Osterhofen)</p>	<p>Hinsichtlich der genannten Hanglagen wird darauf hingewiesen, dass seit dem 01.02.2023 § 249 Abs. 10 BauGB gilt, wonach der öffentliche Belang einer optisch bedrängenden Wirkung einem Windenergievorhaben in der Regel nicht entgegensteht, wenn der Abstand von der Mitte des Mastfußes der Windenergieanlage bis zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Gesamthöhe (2H) der Windenergieanlage entspricht. Diese Regelung verringert den bislang in der Rechtsprechung anerkannten Abstandswert von 3 H auf 2 H, denn nunmehr führt bereits das Einhalten der zweifachen Gesamthöhe als Abstandswert „in der Regel“ dazu, dass sich die Windenergieanlage nicht als optisch bedrängend darstellt. Bei der Bemessung der Vorsorgeabstände zu wohngenutzten Gebäuden kam eine Gesamthöhe der Windenergieanlagen von 300 m zur Anwendung. Dies entspricht einem Vorsorgeabstand von 600 Meter um wohngenutzte Gebäude. Beim in der Anregung genannten Vorranggebiet wird die 2H-Regelung (entspricht 600 m Vorsorgeabstand zu wohngenutzten Gebäuden) eingehalten. Eine abschließende Beurteilung bspw. von atypischen Einzelfällen kann jedoch erst erfolgen, wenn die konkreten Standorte und Anlagentypen der Windenergieanlagen bekannt sind. Diese Aspekte gehen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Damit ist mit den bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie angewandten Siedlungsabständen und Abständen zu wohngenutzten Gebäuden (s. Kriterienkatalog Festlegung Vorranggebiete Windenergie, Anlage zur Begründung des Teilregionalplans Energie, bspw. 600 m Abstand zu wohngenutzten Gebäuden) der Belang einer optisch bedrängenden Wirkung angemessen berücksichtigt. Dies trifft auch auf das genannte Vorranggebiet in der Abgrenzung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu. Es wird zudem auf die Abwägung zum Thema "Vorsorgeabstände zu Siedlungen und wohngenutzten Gebäuden" verwiesen.</p> <p>Die aufgeworfenen Fragen zu den Auswirkungen von Schall auf die Hanglagen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen sowie Fragen zu den verwendeten Baustoffen und Betriebsmitteln werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
Konflikte VRG Windenergie mit Mooren / Moorböden, insb. Weites Ried und Wurza-cher Ried, Mauchenmühle, Forderung wei-tere Niedermoorflächen des Weiten Rieds / Mühlhauser Rieds aus VRG Windenergie zu entfernen, Missachtung des Potenzials für die Wiedervernässung, Gefahr für Moor als CO2-Speicher, ungeeignete Bodenverhält-nisse (nur VRG WEA-436-007 Osterhofen)	<p>Hoch- und Niedermoores größer gleich 2 ha wurden im Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt. Hochmoore sind als sehr erheblicher Konflikt (K1) eingestuft, sonstige Niedermoores als Konflikt (K3). Neu eingeführt im 2. Offenlageentwurf wurde das Kriterium „Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit“ größer gleich 2 ha als sehr erheblicher Konflikt (K1).</p> <p>Der Regionalverband berücksichtigt Hochmoore und Niedermoores mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit als sehr erheblichen Konflikt (K1) aufgrund ihrer erheblichen landschaftsökologischen Bedeutung und ihres Beitrags zur Erhaltung gefährdeter Arten. Sie stellen einen aus naturschutzfachlicher Sicht wichtigen Lebensraum für die gefährdeten Arten dar und sind bedeutende Ökosysteme sowie zentrale Flächen des Biotopverbundsystems. Sie dienen zugleich als CO₂-Speicherung und damit dem aktiven Klimaschutz. Zudem verhindern intakte Moore die Freisetzung von CO₂. Diese Erwägungen rechtfertigen es im Rahmen der Abwägung, Hochmoore und Niedermoores mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit größer gleich 2 ha von Windenergie freizuhalten.</p> <p>Zudem wurden im 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie in ausgewählten Einzelfällen Teilflächen von Vorranggebieten Windenergie wegen unmittelbarer Nähe zu genehmigten bzw. bereits umgesetzten Wiedervernässungsmaßnahmen verkleinert. In der Regel lagen dabei Kumulationen mit anderen natur- und artenschutzfachlichen Konflikten vor. Im Falle des in der Anregung genannten Vorranggebiets handelt es sich jedoch nicht um einen Niedermoorboden mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit und lediglich um eine potenzielle Wiedervernässungsfläche.</p> <p>Das Vorranggebiet WEA-436-007 Osterhofen wurde im Bereich des Weiten Rieds / Mühlhauser Rieds auf Grund von Belangen des Natur- und Artenschutzes (bestehende Kompensationsflächen) im 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie verkleinert. Jedoch ist eine weitere Reduzierung von Flächen, die sich im Bereich von oder in der Nähe zu etwaigen künftigen Wiedervernässungsflächen befinden, nicht geboten. Bei diesen überwiegt das Interesse an der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie.</p> <p>Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen zu Eingriffen durch Bauarbeiten oder der Eignung des Bodens für die Errichtung von WEA sind nicht Gegenstand des laufenden</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Bau und Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.
Konflikte VRG Windenergie mit Wurzacher Ried (Ökologie, Artenvielfalt, Biodiversität Moorschutz, Naturschutzgebiet, Natura 2000, Europadiplom) (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	Dem naturschutzrechtlichen Belang der Schutzwürdigkeit des Wurzacher Rieds wird ausreichend Rechnung getragen. Das Wurzacher Ried ist vielfältig naturschutzrechtlich geschützt, u.a. als Naturschutzgebiet, Vogelschutzgebiet, FFH-Gebiet und Biotop. Zudem wurde dem Wurzacher Ried das Europadiplom der Kategorie A verliehen. All diesen Aspekten sowie dem Moorschutz hat der RVBO mit seiner Planung ausreichend Rechnung getragen. Es wird auf die obigen Ausführungen zum Moorschutz, das Planungskonzept (Textteil zum Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf) sowie auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) verwiesen.
Konflikte mit Naturschutzgebiet Mauchensmühle	Es wird auf die Ausführungen zu „Konflikte VRG Windenergie mit angrenzenden Naturschutzgebieten“ in der Anlage zur Synopse B.4 zur 1. Offenlage verwiesen.
Konflikte mit Hochmoor Wurzacher Ried aufgrund von Mikroplastik-Erosionen (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	Es wird auf die Anlage zur Synopse 1. Offenlage Teil B.1 verwiesen.

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Konflikte mit Hochmoor Wurzacher Ried als Wasserspeicher, Beeinträchtigung des Wasserhaushalts von Mooren durch die Errichtung von Windenergieanlagen (Entwässerung, Drainagen und Bodenabsenkung) (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	Belange des Moorschutzes sowie Belange des Grundwassers wurden im Verfahren angemessen berücksichtigt sowohl bei der Festlegung der potenziellen VRG Windenergie (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von VRG Windenergie, Anlage zur Begründung Teilregionalplan Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss) als auch in der Umweltprüfung (Prüfung Schutzgut Wasser). Im genannten Vorranggebiet stehen diese Belange der Windenergienutzung nicht entgegen. Es wird aufs Planungskonzept und auf den Umweltbericht verwiesen.
Nicht-Berücksichtigung oder zu geringe Berücksichtigung der Belange der Bundeswehr und der Landesverteidigung (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	Der Regionalverband hat sich bei der Erstellung des Teilregionalplans Energie mit der Bundeswehr abgestimmt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Es wird auf den Kriterienkatalog, die Erläuterung der Kriterien sowie die Abwägung der Stellungnahme der Bundeswehr (s. Synopse zur 1. Anhörung, Az. II.580) verwiesen. Auch bei der Festlegung des genannten VRG Windenergie sind militärische Belange ausreichend berücksichtigt worden. Auch im Rahmen der zum Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie hat die Bundeswehr bezüglich des in der Anregung genannten Vorranggebiets Windenergie keine Bedenken vorgebracht, die eine Streichung oder Reduktion des Vorranggebiets Windenergie erforderlich machen würden.
Konflikte mit landwirtschaftlichen Anbauflächen	Es wird auf die Ausführungen zu Vorranggebieten Windenergie und Landwirtschaft in der Anlage B.1 zur 1. Offenlage verwiesen.
Anwohner:innen mit Cochlea-Implantat oder Innenohrschädigung sowie andere gesundheitliche Gefahren von Windenergieanlagen – Forderung nach größeren Siedlungsabständen (VRG WEA-436-007 Osterhofen und VRG WEA-436-019 Urbach), Forderung nach Gutachten	Zum Thema Berücksichtigung höherer Abstandswerte im Hinblick auf Menschen mit gesundheitlichen Vorbelastungen: Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Bau und Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Bau-, anlagen- und betriebsbedingte Auswirkungen von Windenergieanlagen sind auf der Zulassungsebene standort- und anlagenbezogen zu prüfen und ggf. im Rahmen der Genehmigung zu regeln. Die pauschalen Vorsorgeabständen zu Siedlungen im vorliegenden Teilregionalplan Energie berücksichtigen die einzuhaltenden Lärmimmissionen sowie die optisch bedrängende Wirkung nach § 249 Abs. 10 BauGB

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>(s. Kriterienkatalog Festlegung Vorranggebiete Windenergie, Anlage zur Begründung des Teilregionalplans Energie).</p> <p>Die tatsächliche Einhaltung von Grenzwerten wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass zu berücksichtigende Grenzwerte eingehalten werden. Es ist zudem fernliegend, Effekte, die nicht wissenschaftlich belegt sind, wie der in der Anregung genannte Effekt, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen.</p> <p>Der RVBO wird aus den o.g. Gründen keine Studien zu spezifischen gesundheitlichen Wirkungen von WEA erstellen.</p> <p>Zudem wird auf die Anlage zur Synopse 1. Offenlage, Teil B.1, verwiesen.</p>
Gefahr durch Druckwellen von Rotorblättern von Windenergieanlagen für die Gesundheit (Studien noch nicht abschließend bestätigt) (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	<p>Es ist fernliegend, mögliche Gefahren von Windenergieanlagen, die nicht ausreichend wissenschaftlich belegt sind, bereits im Vorhinein in der Abwägung als Ausschluss- oder Konfliktkriterium zu berücksichtigen. Zudem ist es aus Sicht des Regionalverbands nicht sinnvoll, an die Abwägung Maßstäbe anzulegen, die möglicherweise zur Unterschreitung des Flächenziels führen, denn dann würde die Steuerungswirkung des Regionalplans entfallen und dem Anliegen würde aufgrund der Rechtsfolgen des § 249 Abs. 7 BauGB evtl. gar keine Rechnung mehr getragen werden.</p>
Forderung, die Planung gemeinsam mit anderen Akteuren wie Bürger:innen, Anwohner:innen zu machen (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	<p>Bezüglich Fragen zur Beteiligung und Information von Bürgerinnen und Bürgern wird auf die Ausführungen in der Anlage zur Synopse Teil A zur 1. Offenlage verwiesen. Der RVBO hat alle rechtlichen Vorgaben zur Information und Beteiligung eingehalten und zudem in einer Vielzahl an Veranstaltungen informell über die Planungen informiert. Der RVBO hält sich bei seiner Planung an die rechtlichen Vorgaben. Allerdings plant der RVBO ausschließlich Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst. Die Standortplanung findet in nachgelagerten Verfahren statt, für die der RVBO nicht zuständig ist.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Neuplanung des Windparks bei Osterhofen darf eine nördliche Umfahrung des Sportzentrums von der Hittelkoferstrasse (Kreisstrasse K7933) beginnend zur L 300 im Westen zu einem späteren Zeitpunkt nicht unmöglich machen, Verkehrskonzept für Haistergau erforderlich (nur VRG WEA-436-007 Osterhofen)</p>	<p>Die Erstellung eines kommunalen Verkehrskonzepts und die Planung von Trassen für Ortsumgehungen ist nicht Gegenstand des Verfahrens.</p> <p>Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst. Dem Regionalverband ist keine aktuelle Planung für eine nördliche Umfahrung von Haisterkirch bekannt, die bzgl. der Ausweisung des VRG Osterhofen berücksichtigt werden könnte. Sollte mittelfristig/langfristig eine Straßenplanung diesbezüglich stattfinden, ist diese auf der nachgelagerten Planungsebene (z.B. im eigentlichen Genehmigungsverfahren) zu berücksichtigen</p>
<p>Wanderwege müssen erhalten bleiben (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zu Erholung / Landschaftsbild in der Anlage zur Synopse Teil B.4 zur 1. Offenlage verwiesen. Ansonsten: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>
<p>Hinweise zur künftigen Erschließung des Windparks und zu Verkehrsregelungen (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>
<p>Hinweise auf Leitungen im Vorranggebiet Windenergie, die im Rahmen der Planung nicht berücksichtigt wurden sowie auf Grundwassermesspegel (nur VRG WEA-436-007 Osterhofen)</p>	<p>Im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und den zugehörigen Erläuterungen in der Anlage zur Begründung Teilregionalplan Energie ist erläutert, welche Leitungen im Rahmen der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie berücksichtigt wurden. Für alle anderen Leitungen sowie Grundwassermesspegel gilt: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage
Vorranggebiet Windenergie widerspricht dem Prinzip der gerechten Lastenverteilung, Hinweis auf soziale Spannungen, Gefährdung des sozialen Friedens (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	Es wird auf die Ausführungen zur Abwägung der Forderung nach gerechter Verteilung in der Anlage zur Synopse B.1 zur 1. Offenlage verwiesen.
Forderung nach sofortiger Aussetzung der Flächenausweisung des VRG Windenergie (nur VRG WEA-436-007 Osterhofen)	Die Anregung wird nicht berücksichtigt. Die Gründe dafür finden sich in der vorliegenden Anlage zur Synopse zum Entwurf zum Satzungsbeschluss sowie der Anlage zur Synopse 1. Offenlage (Teile B.1, B.2, B.3 und B.4). Eine sofortige Aussetzung der Flächenausweisung ist nicht geboten, da als Ergebnis der regionalplanerischen Abwägung der Belang der Windenergienutzung im genannten Vorranggebiet Windenergie gegenüber den andern in den Stellungnahmen genannten Belangen überwiegt. Es wird zudem auf § 2 EEG hingewiesen (Abwägungsvorrang für erneuerbare Energien).
Forderung nach Einbeziehung unabhängiger wissenschaftlicher Gremien in die Entscheidungsfindung bei der Festlegung von VRG Windenergie (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)	Der RVBO stützt sich bei seiner Planung auf ein umfangreiches und durchdachtes Planungskonzept, welches sich auf nachvollziehbare Grundlagen stützt (z.B. rechtliche Vorgaben, Hinweise von Fachbehörden, Gutachten). Eine Einbeziehung wissenschaftlicher Gremien in die Entscheidungsfindung ist rechtlich nicht vorgegeben und erfolgt daher auch nicht. Der RVBO hält sich bei seiner Planung an die rechtlichen Vorgaben.

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Geplante Anlagenzahl an WEA übersteigt lokalen Strombedarf, Kritik an übermäßiger Konzentration an VRG Windenergie durch VRG WEA-436-007 Osterhofen, zu viele VRG Windenergie in Bad Waldsee insgesamt (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)</p>	<p>Verweis auf § 20 KlimaG BW: Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“</p> <p>Die Flächenziele gemäß §§ 20 KlimaG BW für Gebiete für Windenergieanlagen gelten für die Ebene der Regionen, nicht für die Gemeinden oder die Landkreise.</p> <p>Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete Windenergie erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf des Teilregionalplans sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich vor allem an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Konfliktkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Anlage zur Begründung erläutert. Alle Vorranggebiete verfügen über eine für den wirtschaftlichen Betrieb von Windenergieanlagen ausreichende Windleistungsdichte, soweit dies auf Ebene der Regionalplanung beurteilt werden kann (vgl. dazu Planungskonzept in der Begründung zu PS 4.2.1).</p> <p>Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete waren die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Umfassung (Umzingelung bzw. lokale Überlastung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend.</p> <p>Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen.</p> <p>Die schrittweise Anwendung von Ausschluss- Konflikt- und Eignungskriterien, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration und der Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umzingelung / Umfassung) führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete Windenergie geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete Windenergie nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvor-rang).</p> <p>Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region.</p> <p>Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der Tatsache, dass Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten Windenergie großräumig freizuhalten.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept zur Festlegung von VRG Windenergie in der Begründung zu PS 4.2.1, auf die Kriterienkataloge in der Anlage zur Begründung und auf den Umweltbericht zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplan Energie verwiesen. Darüberhinausgehende Forderungen betreffen nicht die regionale Planungsebene.</p> <p>Daher kann es sein, dass die in einem Vorranggebiet Windenergie mögliche Leistung von WEA den lokalen Strombedarf übersteigt. Dies hat aber keine Auswirkungen auf die Festlegung der VRG Windenergie. Zudem ist für die Transformation des Energiesystems eine Elektrifizierung vieler Bereiche erforderlich, die derzeit ihre Primärenergie aus fossilen Brennstoffen beziehen (Heizen Verkehr z.B.) und es müssen energieintensive Industrien ebenfalls elektrifiziert werden, d.h. der Vergleich mit dem aktuellen lokalen Strombedarf führt ins Leere.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Hinweise auf Wasserschutzgebiete, Zuflüsse, Quellen in und im Umfeld zum VRG Windenergie (nur VRG WEA-436-007 Osterhofen)	Der Belang des Grundwasserschutzes wurde bei der Abwägung ausreichend berücksichtigt. Es wird auf die Anlagen B.2 und B.4 zur Synopse 1. Offenlage verwiesen.
Hinweise auf Fundstellen vormoorlichen Quellkleis im Weiten Ried und damit hydrologische Stauschichten, Hinweise auf Risiken in diesen Stauschichten bei Errichtung von WEA, Forderung nach Ausschluss oder engen Restriktionen sowie Einzelfall-Bodenprüfungen (nur VRG WEA-436-007 Osterhofen)	Die aufgeworfenen Fragen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen sowie Fragen zu den verwendeten Baustoffen und Betriebsmitteln werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
Forderung nach einer Strategischen Umweltprüfung, die die kumulativen Auswirkungen aller geplanten Anlagen gemeinsam betrachtet, Kritik daran, dass durch Aufsplittung in Einzelvorhaben keine UVP stattfindet (nur VRG WEA-436-007 Osterhofen)	Zur Kritik an der fehlenden UVP: Dieser Aspekt ist nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Der RVBO hat den rechtlichen Vorgaben entsprechend eine Strategische Umweltprüfung durchgeführt (SUP). Er plant aber Gebiete, keine Standorte für WEA. Zur Prüfung der kumulativen Auswirkungen der geplanten WEA: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Forderung nach Neubearbeitung des Teilregionalplans Energie für Bad Waldsee unter Berücksichtigung ökologischer Risiken, versicherungsrechtlicher</p> <p>Absicherungen und finanzieller Rückstellungen für Rückbauverpflichtungen (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)</p>	<p>Die Festlegung der Vorranggebiete Windenergie in und um Bad Waldsee entspricht dem Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und erfüllt die Vorgaben von § 20 KlimaG BW. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sowie der naturschutzfachlichen Prüfungen zeigen ebenfalls, dass keine Umweltbelange der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie erheblich entgegenstehen. Die Vereinbarkeit mit Belangen der Ökologie ist auf regionalplanerischer Ebene ausreichend in der Abwägung berücksichtigt worden. Versicherungsrechtliche Absicherungen, finanzielle Rückstellungen und Rückbauverpflichtungen sind nicht Gegenstand des Verfahrens.</p>
<p>Die Planungen werden als gravierender Eingriff in das Vertrauen in eine ausgewogene gemeinwohlorientierte Raumplanung betrachtet. Die befürchteten Auswirkungen durch die Vielzahl an Windenergieanlagen werden zunehmend als reale Bedrohung für das unmittelbare Lebensumfeld wahrgenommen (alle in dieser Anlage behandelten VRG Windenergie)</p>	<p>Die gesetzlichen Vorgaben gem. Raumordnungsgesetz wurden bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie angewendet bzw. durch die schrittweise Anwendung von Ausschluss- Konflikt- und Eignungskriterien, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration und der Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umzingelung / Umfassung) etc. berücksichtigt.</p> <p>Die Flächenkulisse der 2. Anhörung entspricht dem o.g. Planungskonzept und es liegt gem. der im Planungskonzept dargelegten Kriterien keine Überlastung bzw. Umzingelung in diesem Bereich vor.</p> <p>Es wird auf das Planungskonzept inkl. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Begründung u. Anlage zur Begründung, Entwurf zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie) sowie auf die vorangegangenen Abwägungen verwiesen.</p>

WEA-436-011 Ratzenried-Ost

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Zu geringe Windleistungsdichte für die Festlegung als Vorranggebiet Windenergie (Schwachwindgegend), Hinweis auf eigene Berechnungen mit Daten des Deutschen Wetterdienstes	Zur Behauptung, das Gebiet hätte eine zu geringe Windleistungsdichte: Es wird auf die entsprechenden Ausführungen zum genannten Vorranggebiet Windenergie in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Diese Abwägung gilt weiterhin. Der RVBO verwendet gemäß den Empfehlungen des Landes den Windatlas der LUBW als Grundlage und nicht von einzelnen Personen errechnete Werte.
Gefährdung von Feuchtflächen, Mooren / umliegenden Moorflächen	Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden. Die Anregung bezieht sich u.a. auf ein Kriterium des Kriterienkatalogs zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie, welches im 2. Offenlageentwurf neu eingeführt wurde (Kriterium „Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit“). Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung erfolgt. Allerdings werden in der vorliegenden Anregung keine neuen erkennbaren Belange, die auf der regionalen Planungsebene von Bedeutung sind, vorgebracht. Auch hinsichtlich der Änderungen ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf) verwiesen. Nachrichtlich wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.
Hinweis auf Konflikte VRG Windenergie mit geplanter Wiedervernässung im Bereich des ehem. Klingler Weihers	Es liegt nur eine geringfügige Überlagerung des VRG Windenergie mit der Wiedervernässung, die ggf. künftig erfolgen wird, vor. Zudem handelt es sich nicht um eine genehmigte Wiedervernässungsmaßnahme. Die Anregung wird daher nicht berücksichtigt.

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Kritik an Missachtung des Potenzials für die Wiedervernässung von Mooren, Forderung der Berücksichtigung der Wiedervernässung mit den ökologischen Folgen, Forderung einer erneuten Umweltprüfung hierzu, Verweis auf Studien zur Belastung von Mooren durch WEA</p>	<p>Moorböden wurden im Planungsprozess berücksichtigt. Hoch- und Niedermoores größer gleich 2 ha wurden im Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt. Hochmoore sind als sehr erheblicher Konflikt (K1) eingestuft, sonstige Niedermoores als Konflikt (K3). Im 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie neu eingeführt wurde das Kriterium „Niedermoor mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit“ als sehr erheblicher Konflikt (K1).</p> <p>Zudem wurden im 2. Offenlageentwurf zum Teilregionalplan Energie in ausgewählten Einzelfällen Teilflächen von Vorranggebieten Windenergie wegen unmittelbarer Nähe zu genehmigten bzw. bereits umgesetzten Wiedervernässungsmaßnahmen verkleinert. In der Regel lagen dabei Kumulationen mit anderen natur- und artenschutzfachlichen Konflikten vor. Im Falle des in der Anregung genannten Vorranggebiets ist jedoch eine Wiedervernässung weder erfolgt noch genehmigt. In diesem Fall überwiegt das Interesse an der Festlegung als VRG Windenergie gegenüber der Vermeidung möglicher künftiger negativer Auswirkungen auf eine mögliche künftige Wiedervernässung.</p> <p>Zu Moorböden < 2 ha: Im Kriterienkatalog werden viele Kriterien für Vorranggebiete Windenergie ab einer Größenordnung von ≥ 2 ha betrachtet. Dies liegt daran, dass auf regionalplanerischer Ebene nur Gebiete festgelegt werden, keine Standorte für Windenergieanlagen. Beeinträchtigungen kleinerer Flächen können i.d.R. durch die Standortwahl vermieden werden. Dies ist im nachgelagerten Genehmigungsverfahren zu klären. Zudem sind Flächen mit einer Größe < 2 ha aufgrund des Maßstabs der Raumnutzungskarte (1:50.000) kaum darstellbar bzw. liegen im Bereich der Planunschärfe. Flächen ab einer Größe von $\geq 0,5$ ha wurden in der Umweltprüfung berücksichtigt (s. Umweltbericht), inkl. Minimierungsmaßnahmen für nachgelagerte Genehmigungsverfahren.</p> <p>Bezüglich Vorsorgeabständen zu Mooren bzw. möglichen künftigen Vorhaben der Wiedervernässung: Der Regionalverband berücksichtigt Hochmoore und Niedermoores mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit als sehr erheblichen Konflikt (K1) aufgrund ihrer erheblichen landschaftsökologischen Bedeutung und ihres Beitrags zur Erhaltung gefährdeter Arten. Sie stellen einen aus naturschutzfachlicher Sicht wichtigen Lebensraum für die gefährdeten Arten dar und sind bedeutende Ökosysteme sowie zentrale Flächen des Biotopverbundsystems. Sie dienen zugleich als Co2-Speicherung und damit dem aktiven Klimaschutz. Diese Erwägungen rechtfertigen es im Rahmen der Abwägung, Hochmoore und Niedermoores mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit größer gleich 2 ha von Windenergie freizuhalten. Jedoch ist eine solche Rechtfertigung für Flächen, die sich in</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>der Nähe zu etwaigen künftigen Wiedervernässungsflächen befinden, nicht gegeben. Bei diesen überwiegt das Interesse an der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie.</p> <p>Zu mikroklimatischen Auswirkungen von WEA: Der sog. Wake-Effekt (Nachlauf-Effekt, Wirbelschleppen-Effekt) ist durch mehrere Studien hinsichtlich seiner durch die Reduktion der Windgeschwindigkeiten verursachten leistungsmindernden Wirkung für im Windschatten eines Windparks liegende Windenergieanlagen belegt. Gem. Drucksache 17/2899 des Landtags Baden-Württemberg vom 14.07.2022 sind diese Effekte nach Aussagen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern jedoch lokal begrenzt und lösen sich in entsprechendem Abstand von der Windenergieanlage wieder auf. Ein großräumiger Effekt mit Auswirkungen auf die Windenergienutzung allgemein oder großräumige Beeinflussungen des Windaufkommens etc. ist gem. o.g. Drucksache nicht zu befürchten.</p> <p>Eine großräumige oder sogar globale Beeinflussung des Klimas (z.B. Dürren, Temperaturanstieg) oder des Wetters (z.B. Zunahme des Starkregens) durch Windenergieanlagen ist gem. der aktuellen Studienlage nicht zu besorgen.</p> <p>Verschiedene Studien zeigen, dass der Wake-Effekt durch die Verwirbelung und Durchmischung der Luftschichten nachts zu einer leichten Erwärmung der oberflächennahen Luftschichten im Windschatten von Windenergieanlagen führen kann. Eine Dokumentation der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2022 (WD 8 - 3000 - 083/20) wertet mehrere Studien zu mikroklimatischen Effekten von Windenergieanlagen aus. Die Untersuchungen zeigen, dass der Wake-Effekt nachts potenziell Auswirkungen auf die lokalen bodennahen Lufttemperaturen und die Bodenfeuchtigkeit haben kann. Das Ausmaß und die Wirkungen sind gering und hängen stark von verschiedenen Faktoren (z.B. Gelände, Ausgestaltung und Anordnung der Windenergieanlagen) ab. Gem. Drucksache 17/3142 des Landtags Baden-Württemberg vom 25.08.2022 befürchtet die Landesregierung weder relevante negative Auswirkungen auf das Mikroklima noch eine Austrocknung der lokalen Landschaft in der Nähe von Windparks.</p> <p>Mögliche negative Auswirkungen sind lediglich für gegenüber Veränderungen der abiotischen Faktoren, insbesondere des Wasser- und Temperaturhaushalts stark empfindlichen Lebensräumen, wie z.B. Hochmoore, möglich, sind aber derzeit zu wenig erforscht. Im Sinne des Vorsorgeprinzips gibt es die Möglichkeit, auf der nachgelagerten Ebene im Zuge des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) von</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Windenergieanlagen im möglichen Einflussbereich des Wake-Effekts ein Monitoring für Hochmoore festzulegen. Das Erfordernis ist abhängig von der Anzahl und Höhe der Windenergieanlagen, der Topografie sowie dem aktuellen Stand der Wissenschaft: Die Festlegung eines Monitorings ist Aufgabe der Genehmigungsbehörden.</p> <p>Insgesamt ist eine Reduktion der Vorranggebiete Windenergie aufgrund möglicher Wirkungen durch den Wake-Effekt (über die oben genannten Vorsorgeabstände zu Hochmooren hinaus) daher weder fachlich geboten noch erforderlich. Die weitere Berücksichtigung dieser Belange auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissions-schutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage</p>
Hinweise auf Konflikte mit Tier- und Pflanzenarten, die nicht windkraftsensibel sind nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie und keine Sonderstatusarten nach Fachbeitrag Artenschutz darstellen (z.B. Insekten, Reptilien und Amphibien, Pflanzen, Biber, Silberreiher, Singvögel)	<p>Es wird auf die Anlage zur Synopse B.3 zur 1. Offenlage verwiesen.</p>
Hinweise auf windenergiesensible Vogel- und Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden	<p>Es wird auf die Anlage zur Synopse B.4 und B.3 zur 1. Offenlage verwiesen.</p>
Gefahr für Quellen und Schwammfunktion des Waldes sowie Grunddienstbarkeiten an Wasserrechten	<p>Es wird auf die Anlage zur Synopse B.4 und B.2 zur 1. Offenlage verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Konflikt VRG Windenergie mit Naturdenkmal	<p>Naturdenkmale sind im Planungskonzept berücksichtigt (s. Planungskonzept in der Begründung zu PS 4.2.1 sowie Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie sowie Erläuterung zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht Entwurf Teilregionalplan Energie).</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass gemäß unserer aktuellen Fachdaten zum Naturschutz (LUBW) im und im Umfeld des in der Anregung genannten Vorranggebietes kein Naturdenkmal dargestellt ist.</p> <p>Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p>

WEA-436-013 In den Mösern / Enkenhofener Wald

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Annahme, RVBO plane WEA-Standorte	Es wird darauf hingewiesen, dass im Teilregionalplan Energie Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festgelegt werden (also Gebiete), jedoch nicht die Standorte und Anlagentypen der Windenergieanlagen selbst.
Kritik, dass eines der geplanten WEA nicht im Vorranggebiet geplant wird	Da im Teilregionalplan Energie Vorranggebiete Windenergie festgelegt werden und keine Standorte, ist die Planung konkreter Windenergieanlagen nicht Gegenstand der Anhörung. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass die Festlegungen des Regionalplans eine gewisse räumliche Unschärfe besitzen, da der Maßstab der verbindlichen Raumnutzungskarte 1:50.000 beträgt (s. Erläuterungen zum Teilregionalplan Energie, Textteil 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie).
Zu geringe Windleistungsdichte für die Festlegung als Vorranggebiet Windenergie (Schwachwindgegend), Wind zu stürmisch und böig, kein gleichbleibender Wind, Hinweis auf eigene Berechnungen mit Daten des Deutschen Wetterdienstes	<p>Zur Behauptung, das Gebiet hätte eine zu geringe Windleistungsdichte: Es wird auf die entsprechenden Ausführungen zum genannten Vorranggebiet Windenergie in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.</p> <p>Der RVBO verwendet gemäß den Empfehlungen des Landes den Windatlas der LUBW als Grundlage und nicht von einzelnen Personen errechnete Werte.</p> <p>Zur Aussage, der Wind sei zu stürmisch und zu böig und es sei kein gleichbleibender Wind: Wesentliches Eignungskriterium bei der Festlegung der Vorranggebiete Windenergie ist die Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019. Zudem wurden Turbulenzen als Konfliktkriterium berücksichtigt (s. Kriterienkatalog in der Anlage zur Begründung 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie). Die weitere Berücksichtigung des Sachverhalts richtet sich nach dem zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) gültigen Sach- und Rechtslage.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Zu geringe Vorsorgeabstände zu bspw. Siedlungen (u.a. Winterazhofen, Winnis, Allmisried, Moosacker (Leutkirch), Neubaugebiete ‚Friesenhofener Straße‘ und Taufach Quartier‘ (Isny)), Kindergarten, wohngenutzten Gebäuden/Einzelgehöften und zum Campingplatz am Badsee bzw. zum Badsee und damit zu hohe Lärmbelästigung	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass im Teilregionalplan Energie Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen festgelegt werden (also Gebiete), jedoch nicht die Standorte und Anlagentypen der Windenergieanlagen selbst.</p> <p>Die Abstände wurden nochmals geprüft. Bei der Festlegung der Kriterien zu Vorsorgeabständen zu Siedlungen sowie zu wohngenutzten Gebäuden im Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie wurden die gesetzlichen Vorgaben (insb. § 249 Abs. 10 BauGB zur optisch bedrängenden Wirkung sowie Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm)) berücksichtigt. Bei der Festlegung des genannten Vorranggebiets wurden die gem. Kriterienkatalog erforderlichen Abstände eingehalten.</p> <p>Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie verwiesen (s. Anlage zur Begründung des Anhörungsentwurfs zum Teilregionalplan Energie). Es wird zu diesem Thema zudem auf die Anlage zur Synopse der 1. Anhörung (Teil B 4, B 1) verwiesen.</p>
Vorliegen einer optisch bedrängenden Wirkung , 600 m Abstand zu wohngenutzten Einzelgebäuden zu gering	<p>Es wird auf die entsprechenden Ausführungen zum genannten Vorranggebiet Windenergie in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.</p>
Mehrheit der Bevölkerung vor Ort gegen den Bau von WEA	<p>Kenntnisnahme. Der Teilregionalplan Energie dient der Umsetzung eines regionalen Teilflächenziels gemäß § 20 KlimaG i.V.m. § WindBG. Die Frage, ob die Mehrheit der lokalen Bevölkerung die Vorranggebiete Windenergie begrüßt oder ablehnt, ist kein abwägungsrelevanter Belang.</p>
Konflikte VRG Windenergie mit Naturschutzgebieten	<p>Es wird auf die entsprechenden Ausführungen zum genannten Vorranggebiet Windenergie in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.</p>
Konflikte mit Natur- und Artenschutz, Beeinträchtigung eines sensiblen Ökosystems, Verlust von Lebensräumen	<p>Der Belang des Schutzes von Ökosystemen und der Belang des Natur- und Artenschutzes wurde im Planungsprozess, in der strategischen Umweltprüfung und in den naturschutzfachlichen Prüfungen berücksichtigt (z.B. über die Berücksichtigung arten- und naturschutzfachlicher Kriterien,</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Natura 2000, Biotopverbund u.v.m.). Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen. Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) verwiesen. Im vorliegenden Fall liegen nach Kenntnis des Regionalverbands keine natur- oder artenschutzfachlichen Belange vor, welche der Festlegung des Vorranggebiets Windenergie erheblich entgegen stehen würden. Der geringfügigen Erweiterung des Vorranggebiets Windenergie im 2. Offenlageentwurf stehen keine Belange des Arten- und Naturschutzes unvereinbar entgegen. In der Abwägung wird an dieser Stelle der Nutzung der Windenergie gegenüber anderen Belangen der Vorrang eingeräumt.</p>
<p>Kritik an direkter Nähe zu Vorranggebiet für Naturschutz u. Landschaftspflege</p>	<p>Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege sind als Konfliktkriterium im Planungskonzept berücksichtigt (differenziert nach Kernflächen und -räumen sowie nach Verbundflächen) (s. Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, Anlage zur Begründung 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie). Zudem sind sie in der Strategischen Umweltprüfung berücksichtigt (s. Umweltbericht zur 2. Offenlage). Da Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege aber recht großräumig auf der regionalen Maßstabsebene abgegrenzt sind und auch Verbundflächen enthalten, die in großen Teilen derzeit keine hochwertige naturschutzfachliche Ausstattung aufweisen, ist es aus Sicht des RVBO nicht erforderlich, zu Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege Vorsorgeabstände als Konfliktkriterium oder in der Strategischen Umweltprüfung zu berücksichtigen. Eine direkte Nähe eines Vorranggebiets Windenergie zu einem Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege ist damit möglich.</p>
<p>Forderung einer erneuten Prüfung, da das Gebiet ebenso schutzwürdig ist, wie das Gebiet „Beurener Berg“, das aus der Planung herausgenommen wurde</p>	<p>Der Sachverhalt wurde erneut geprüft. Im Gegensatz zu dem VRG WEA-436-031 „Beurener Berg“ wird das VRG WEA 436-013 „In den Mösern/Enkenhofener Wald“ gemäß der Abgrenzung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie in der Kulisse der Vorranggebiete Windenergie belassen. Dies geschieht aus den folgenden Gründen: 1. Die Lage zwischen den Moorkomplexen ist eher randlich ausgeprägt. 2. Keine Lage im Schwerpunkt vorkommen B nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie 3. Bekannte nachgewiesene Brutvorkommen von</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Sonderstatusarten liegen vom VRG WEA-436-013 weiter entfernt als vom VRG WEA-436-031. Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Naturschutzbehörden eine Planung in eine mögliche Ausnahmelage als unüberwindbar ansehen; im Gegenteil ist davon auszugehen, dass der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (hier signifikant erhöhtes Tötungsrisiko durch Kollision) mittels Auflagen zur Abschaltung verhindert werden kann. Hinsichtlich einer möglichen, aber nicht nachgewiesenen Betroffenheit der Fledermausarten wird auf die Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Ziffer 3 BNatSchG) und auf den Störungstatbestand (§ 44 Abs. 1 Ziffer 2 BNatSchG) abgestellt. Auf Grund der nicht zweifelsfrei nachgewiesenen Quartiere gibt es aber keinen eindeutigen Anlass zu der Annahme einer solchen Betroffenheit. 4. Die Fläche des VRG WEA-436-013 ist größer als die des VRG WEA-436-031. Dadurch ergeben sich mehr Spielräume und mehr Minimierungsmöglichkeiten im Zuge der Standortwahl der Windenergieanlagen. 5. Dem Aspekt der Kumulation arten- und naturschutzfachlicher Konflikte wird durch den Entfall des viel kleineren VRG WEA-436-031 Beurener Berg bereits Rechnung getragen. Im Falle des VRG WEA-436-013 wird in der regionalplanerischen Abwägung dem Ausbau der Windenergie gem. § 2 EEG der Vorrang gegenüber den anderen o.g. Belangen eingeräumt.</p>
<p>Konflikte VRG Windenergie mit angrenzenden FFH-Gebieten, Lage umgeben von Natura-2000-Gebieten</p>	<p>Es wird auf die entsprechenden Ausführungen zum genannten Vorranggebiet Windenergie in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen („Hinweis auf Konflikte VRG Windenergie mit Belangen des Natura-2000-Gebietsschutzes (FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete), VRG Windenergie deshalb nicht festlegen, Verträglichkeitsprüfung hätte durchgeführt werden müssen“) Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.</p>
<p>Kritik aufgrund zentraler Lage im Schutzgebietskomplex „Feuchtgebietekomplex nördlich von Isny“</p>	<p>Moorböden wurden im Planungsprozess berücksichtigt. Der Regionalverband berücksichtigt Hochmoore und Niedermoore mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit als sehr erheblichen Konflikt (K1) aufgrund ihrer erheblichen landschaftsökologischen Bedeutung und ihres Beitrags zur Erhaltung gefährdeter Arten. Sie stellen einen aus naturschutzfachlicher Sicht wichtigen Lebensraum für die gefährdeten Arten dar und sind bedeutende Ökosysteme sowie zentrale Flächen des Biotopverbundsystems. Sie dienen zugleich als Co2-Speicherung und damit dem aktiven Klimaschutz. Diese Erwägungen rechtfertigen es im Rahmen der Abwägung, Hochmoore und Niedermoore mit hoher</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>naturschutzfachlicher Wertigkeit von Windenergie freizuhalten. Jedoch ist eine solche Rechtfertigung für VRG Windenergie im Umfeld von Mooren nicht gegeben. Bei diesen überwiegt regelmäßig das Interesse an der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie. Es wird zudem auf die Ausführungen zu einem möglichen Monitoring im Umweltbericht verwiesen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Auch Schutzgebiete wurden im Planungskonzept und im Umweltbericht berücksichtigt. Die Nähe zu Schutzgebieten steht der Festlegung als Vorranggebiet Windenergie nach dem Planungskonzept und den Ergebnissen der Umweltprüfung sowie der naturschutzfachlichen Prüfungen des Regionalverbands nicht entgegen.</p>
Taufach Fetzachmoos nimmt seit 30 Jahren innerhalb der PLENUM-Modellregion Isny/Leutkirch eine zentrale Bedeutung für den Naturschutz in Baden-Württemberg ein	<p>Dem in der Anregung genannten Naturschutzprojekt PLENUM wird insbesondere durch die Berücksichtigung von FFH- und Vogelschutzgebieten im Kriterienkatalog sowie in der Natura-2000-Vorabprüfung ausreichend Rechnung getragen.</p>
Konflikte VRG Windenergie mit Dichtezentrum des Rotmilans im Umfeld	<p>Es wird auf die entsprechenden Ausführungen zum genannten Vorranggebiet Windenergie in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen („<i>Konflikte VRG Windenergie mit windenergiesensiblen Vogelarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktorkommen ausgewiesen wurden (Auflistung der Vogelarten s. Teil B.3 Anlage zur Synopse)</i>“) Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Konflikte VRG Windenergie mit windenergiesensiblen Vogelarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden (Wiedehopf, Wespenbussard, weitere)	<p>Es wird auf die entsprechenden Ausführungen zum genannten Vorranggebiet Windenergie in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen („<i>Konflikte VRG Windenergie mit windenergiesensiblen Vogelarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktorkommen ausgewiesen wurden (Auflistung der Vogelarten s. Teil B.3 Anlage zur Synopse)</i>“) Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.</p>
Konflikte VRG Windenergie mit windenergiesensiblen Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Schwerpunktorkommen abgegrenzt wurden	<p>Es wird auf die entsprechenden Ausführungen zum genannten Vorranggebiet Windenergie in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen („<i>Konflikte VRG Windenergie mit windenergiesensiblen Fledermausarten, für die im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie Schwerpunktorkommen ausgewiesen wurden</i>“) Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.</p>
Konflikte VRG Windenergie mit Vorkommen Sonderstatusarten Fledermäuse (Mopsfledermaus, Großer Abendsegler)	<p>Es wird auf die entsprechenden Ausführungen zum genannten Vorranggebiet Windenergie in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.</p> <p>In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden des Landes Baden-Württemberg müssen dauerhafte Lebensstätten von Fledermäusen folgenden Kriterien genügen: Es müssen aktuelle oder dauerhaft bekannte, fachgutachterlich nachgewiesene und hinreichend qualitätsgesicherte Lebensstätten, wie Wochenstuben, Winter- oder Paarungsquartiere von Fledermäusen sein. Als hinreichend aktuell werden Daten eingestuft, die in der Regel nicht älter als fünf Jahre sind. Der Nachweis muss anerkannten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Eine reine Beobachtung oder Vermutung von Lebensstätten kann nicht als Beleg gewertet werden. Die Daten müssen punktgenau bzw. räumlich eng abgegrenzt sein. Planungsrelevant im Zuge des Teilregionalplans Energie sind insbesondere Lebensstätten von Fledermäusen, die den Sonderstatusarten, lt. Fachbeitrag der LUBW (2022), zugeordnet werden können.</p> <p>Im in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie liegen keine Nachweise von Sonderstatusarten Fledermäuse vor, die diesen Kriterien genügen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Konflikte VRG Windenergie mit Sonderstatusarten Vögeln (Kranich, Schwarzstorch), Hinweise auf vom Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung nicht berücksichtigte windenergiesensible Vogelarten (z.B. Uhu)	<p>Die im Anhörungsverfahren eingegangenen Unterlagen wurden in Hinblick auf die Relevanz für die regionale Planungsebene geprüft. Hinweise auf Sonderstatusarten Vögel, welche auf der regionalen Planungsebene Berücksichtigung finden müssten (Anforderungen an Gutachten s. Teil B.3 Anlage zur Synopse), liegen im oder im Umfeld des VRG Windenergie nicht vor. Die Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Beim Uhu und bei der Rohrweihe besteht grundsätzlich eine Prognose einer Ausnahmelage (S. 22/23 Fachbeitrag Artenschutz) und die im Verfahren eingebrachten Nachweise zu Vorkommen des Uhus und der Rohrweihe entsprechen nicht den qualitativen Anforderungen auf der regionalen Planungsebene. Für nicht windenergiesensible Arten ergeben sich die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung ist auch bei Berücksichtigung der Vorkommen gegeben.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen zur artenschutzrechtlichen Prüfung im Umweltbericht zur 2. Offenlage sowie die Anlage 3 zum Umweltbericht verwiesen.</p>
Konflikte VRG Windenergie mit Tier- und Pflanzenarten, die nicht windkraftsensibel sind nach Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie und keine Sonderstatusarten nach Fachbeitrag Artenschutz darstellen	<p>Es wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.3 verwiesen. Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.</p>
Konflikte, da Badsee und Ursee Rastplatz für Zugvögel sind, Konflikte mit Zugvögeln	<p>Bezüglich des Themas Vogelzug und Zugkonzentrationskorridore sowie Rastgebiete werden im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW, 2022) entscheidende Hinweise gegeben. Der Fachbeitrag betrachtet bei den nach den bestehenden Landeshinweisen und</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) windenergiesensiblen Vogelarten ausschließlich den Brutzeitaspekt. Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln u. a. mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen sowie Zugkonzentrationskorridore von Vögeln wurden vom Fachbeitrag nicht umfasst. Ein Zugkonzentrationskorridor ist anzunehmen, wenn über mehrere Jahre bestätigte Verdichtungsräume des Vogelzuges vorliegen oder ein nachvollziehbar begründeter Verdacht auf einen Verdichtungsraum besteht. Betrachtungsrelevant sind regional oder überregional bedeutende Zugkonzentrationskorridore, bei denen Windenergieanlagen zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungs- oder Verletzungsrisikos oder zu einer erheblichen Scheuchwirkung führen können. Die Naturschutzbehörden haben den Planungsträgern in einigen Fällen Daten zu Rast- und Überwinterungsgebieten von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen oder Zugkonzentrationskorridoren zur Verfügung gestellt. Diese Daten wurden zusätzlich zum Fachbeitrag in die Planungen eingestellt (s. Umweltbericht). Die Relevanz dieser Informationen wurden vom Planungsträger in Abstimmung mit den Fachbehörden geprüft. Im Falle des in der Anregung genannten Vorranggebiets wurde dem Regionalverband kein Zugkonzentrationskorridor oder Rastgebiet, der den im Fachbeitrag Artenschutz erläuterten Kriterien entspricht, gemeldet. Im BNatSchG wird nicht der Umgang mit der betriebsbedingten Kollisionsgefährdung von Ansammlungen bzw. während der Zeiten des Vogelzuges geregelt. § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG findet keine Anwendung für die Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungs- und Verletzungsrisikos bei Betroffenheit von Ansammlungen (insbesondere Kolonien, bedeutende Brut- und Rastgebiete sowie Schlafplatzansammlungen) von kollisionsgefährdeten oder störungsempfindlichen Brut- und Rastvogelarten sowie bei Betroffenheit des Vogelzuges.</p> <p>Es wird auf die Ausführungen zur artenschutzrechtlichen Prüfung im Umweltbericht zur 2. Offenlage sowie die Anlage 3 zum Umweltbericht verwiesen.</p>
Konflikte VRG Windenergie mit (Wald-)biotopen, Behauptung, Erweiterung des Vorranggebiets Windenergie würde sich mit Waldbiotop überlappen, VRG Windenergie grenzt an Waldbiotope an, Forderung nach einer Rotorlänge Abstand zu Waldbiotopen.	<p>Gesetzlich geschützte Biotope und Waldbiotope ≥ 2 ha wurden im Planungskonzept als sehr erheblicher Konflikt (K1) berücksichtigt. In den VRG Windenergie befinden sich daher keine kartierten gesetzlich geschützten Biotope und Waldbiotope größer gleich 2 ha. Ebenso wurden gesetzlich geschützte Biotope inkl. Waldbiotope $> 0,5$ha in der Umweltprüfung berücksichtigt. Bei gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen < 2 ha und bei VRG Windenergie angrenzend zu gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen sowie gesetzlich geschützten Biotopen, die bislang nicht kartiert sind, sowie bei Biotopen angrenzend an Vorranggebiete Windenergie gilt: Die tatsächlichen</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Ein Rotor-Out-Abstand zu Waldbiotopen wird daher ebenfalls nicht umgesetzt. Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer WEA, nicht die Standorte selbst.</p> <p>Zur Überlagerung des VRG Windenergie mit Waldbiotopen: Dieser Sachverhalt wurde zur 2. Offenlage nochmals geprüft und mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Die Überlagerung des VRG Windenergie mit dem Waldbiotop ist kleiner als 0,5 ha und liegt damit in der planerischen Unschärfe. Im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie wurden Waldbiotope ab einer Größe von 2 ha betrachtet, in der Strategischen Umweltprüfung ab 0,5 ha. Zur Begründung wird auf die Planunterlagen (Erläuterung Kriterien Anlage zur Begründung, Umweltbericht zur 2. Offenlage) verwiesen. Eine Änderung der Abgrenzung des VRG Windenergie ist daher nicht erforderlich.</p>
VRG Windenergie nicht festlegen wegen Zerstörung eines zusammenhängenden Waldgebiets, Beeinträchtigung der bestehenden Waldstruktur	<p>Aufgrund der Verteilung der Ausschluss- und Konfliktkriterien sowie des Eignungskriteriums Windleistungsdichte (s. Planungskonzept zur Festlegung VRG Windenergie, Begründung zu PS 4.2.1 und Kriterienkatalog Anlage zur Begründung 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie) liegen für VRG Windenergie geeignete Flächen in der Region häufig im Wald (s. auch Anlage zur Synopse Teil B.1 zur 1. Offenlage). Dabei erfolgt auch eine Überlagerung großer Waldflächen mit VRG Windenergie. Von einer Zerstörung der betroffenen Wälder durch die Errichtung von WEA kann jedoch nach dem derzeitigen Kenntnisstand nicht ausgegangen werden. Dies liegt u.a. daran, dass WEA aufgrund der verursachten Turbulenzen Abstände zueinander einhalten müssen und daher die mögliche Dichte von WEA im Wald begrenzt ist. Des Weiteren nehmen WEA verhältnismäßig wenig Fläche direkt in Anspruch. In der Regel werden, wo möglich, vorhandene Wege verwendet. Generell können diese Fragen auch erst auf Projektebene geklärt werden, wenn Standorte für WEA geplant werden, da der RVBO nur Gebiete für Windenergieanlagen plant. Eine stärkere Zerschneidung der Flächen ist jedoch möglich. Aufgrund von § 2 EEG wird in der Abwägung beim genannten VRG Windenergie dennoch der Festlegung des VRG Windenergie trotz der Betroffenheit von Wald gegenüber der Nicht-Festlegung der Vorrang eingeräumt. Die weitere Berücksichtigung auf</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>
<p>Konflikte mit Moor (Hochmoor), Konflikt mit angrenzenden Moorflächen, Konflikt mit ehemaligen Moorflächen</p> <p>Hinweis, dass sich Erweiterungsfläche im Bereich von schützenswerten Moorflächen befindet, Hinweis das Gebiet sei laut LUBW ein Hochmoor – Erweiterungsfläche wird abgelehnt</p> <p>Widerspruch zur Moorschutzstrategie des Landes, nationales Moorkonzept, Widerspruch zu EU-Renaturierungsgesetz</p>	<p>Bezüglich Vorsorgeabständen zu Mooren bzw. möglichen künftigen Vorhaben der Wiedervernäsung: Moorböden gemäß Moorkataster der LUBW wurden im Planungsprozess berücksichtigt. Zusätzlich zum 1. Offenlageentwurf werden im 2. Offenlageentwurf Niedermoorböden mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit ≥ 2 ha als sehr erheblicher Konflikt (K1) eingestuft und daher von Vorranggebieten Windenergie freigehalten. Der Regionalverband berücksichtigt Hochmoore und Niedermoores mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit als sehr erheblichen Konflikt (K1) aufgrund ihrer erheblichen landschaftsökologischen Bedeutung und ihres Beitrags zur Erhaltung gefährdeter Arten. Sie stellen einen aus naturschutzfachlicher Sicht wichtigen Lebensraum für die gefährdeten Arten dar und sind bedeutende Ökosysteme sowie zentrale Flächen des Biotopverbundsystems. Sie dienen zugleich als Co2-Speicherung und damit dem aktiven Klimaschutz. Diese Erwägungen rechtfertigen es im Rahmen der Abwägung, Hochmoore und Niedermoores mit hoher naturschutzfachlicher Wertigkeit größer gleich 2 ha von Windenergie freizuhalten. Jedoch ist eine solche Rechtfertigung sonstigen Niedermoores (im Kriterienkatalog sind sonstige Niedermoores größer gleich 2 ha als Konflikt – K3 – eingestuft), Anmoore und Flächen neben Moorböden, nicht gegeben. Bei diesen überwiegt regelmäßig das Interesse an der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie. Es wird zudem auf die Ausführungen zu einem möglichen Monitoring im Umweltbericht verwiesen.</p> <p>Bei Hoch- und Niedermoores < 2 ha sowie sonstige Moore: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Im genannten VRG Windenergie inkl. der kleinräumigen Erweiterung im 2. Offenlageentwurf liegen keine Moore vor, die auf regionalplanerischer Ebene Berücksichtigung finden müssten. Es wird auf das Planungskonzept (Begründung zu PS 4.2.1) sowie der Kriterienkatalog und die Erläuterungen der Kriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung) sowie insgesamt auf den Textteil (Plansätze und Begründung) sowie die Raumnutzungskarte des 2. Offenlageentwurfs des Teilregionalplans Energie verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Zudem wird auf den Umweltbericht (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtliche Prüfung) verwiesen.</p> <p>Widersprüche zur Moorstrategie des Landes, zum Nationalen Moorkonzept und zum EU-Renaturierungsgesetz liegen damit nicht vor.</p>
Konflikt mit geplanter Wiedervernässung Winnismoos, Konflikt mit Wiedervernässungsgebiet Winnismoos	<p>Bezüglich der geplanten Wiedervernässung Winnismoos: Dieser Sachverhalt wurde im Zuge der Abwägung der Stellungnahmen nochmals geprüft. Hierfür wurde Kontakt zur Organisation „Naturvielfalt Westallgäu“ aufgenommen. Im Ergebnis überlagern sich die geplanten bzw. angedachten Wiedervernässungsflächen nicht oder nur sehr geringfügig mit dem VRG Windenergie. Im Umweltbericht wurden Umweltauswirkungen ab einer Flächengröße von 0,5 ha betrachtet, im Kriterienkatalog i.d.R. ab 2 ha (genauere Erläuterungen s. Planunterlagen). Die Überlagerungen des VRG Windenergie mit den geplanten bzw. angedachten Wiedervernässungsflächen sind deutlich kleiner als 0,5 ha. Die Überlagerungen liegen damit im Bereich der planerischen Unschärfe und werden auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.</p>
Beeinträchtigung Kur- und Erholungsort Isny im Allgäu	<p>Es wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.</p>
Beeinträchtigung Landschaftsbild (Allgäu-Landschaft), Erholung, Erholungswald und Tourismus	<p>Es wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Beeinträchtigung von Kulturlandschaft	Es wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 zu Landschaftsbild, Erholung verwiesen. Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie und den Sachverhalt Kulturlandschaft gleichermaßen.
Konflikt mit Landschaftsschutzgebiet	Es wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.
Konflikt aufgrund Lage im Vorranggebiet für besondere Waldfunktionen	Es wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.1 (Kritik an Überlagerung Vorranggebiete Windenergie mit Vorranggebieten für besondere Waldfunktionen (Zielkonflikte, fehlende Vereinbarkeit)) verwiesen. Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.
Gemäß dem im Auftrag des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben erstellten Fachgutachten zur "Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft" weist das Taufach Fetzachmoos mit den Urseen bei Beuren eine "herausragende Eigenart" auf. Das Fachgutachten kommt zu dem Schluss, dass das Taufach von Windkraftanlagen freigehalten werden sollte.	Das in der Anregung erwähnte Fachgutachten wurde in die Abwägung eingestellt. Das Vorranggebiet Windenergie liegt aber nicht im Taufach-Fetzachmoos, sondern angrenzend. Daher wird im Abwägungsergebnis der Windenergienutzung der Vorrang eingeräumt.
Negative Auswirkungen auf Center Parcs in Leutkirch	Der Center Parcs ist über 4 km vom Vorranggebiet Windenergie gelegen. Eine Streichung oder Verkleinerung des Vorranggebiets Windenergie wegen des Center Parcs wird daher nicht als erforderlich angesehen, die Entfernung ist groß genug.

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Gefährdung der Wasserversorgung/des Grundwasservorkommens	Es wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage Teil B.4 verwiesen. Diese Abwägung gilt für die neue Gebietsabgrenzung im 2. Offenlageentwurf Teilregionalplan Energie gleichermaßen.
Gefährdung von Oberflächengewässer (Badsee)	Natürliche stehende Gewässer größer gleich mitsamt eines Vorsorgeabstands von 50 m wurden von Vorranggebieten Windenergie freigehalten. Dies gilt auch für das Vorranggebiet WEA 436-013. Von einer Beeinträchtigung des Badsees durch die Festlegung des Vorranggebiets Windenergie wird nicht ausgegangen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
Konflikte mit Bodenschutz, neg. Auswirkungen auf Bodenökosysteme	Zum Thema Bodenschutz: Es wird auf den Umweltbericht sowie die Ergebnisse der vertieften Umweltprüfungen zu den einzelnen Vorranggebieten Windenergie (Steckbriefe, Anlage 1 zum Umweltbericht zur 2. Offenlage Entwurf Teilregionalplan Energie) verwiesen. Im Ergebnis der Abwägung stehen beim in der Anregung genannten Vorranggebiet Belange des Bodenschutzes nicht einer Festlegung als Vorranggebiet Windenergie entgegen. Die maßgeblichen Betroffenheiten ergeben sich im Rahmen der Standortplanung, wenn Standorte für künftige WEA feststehen und der Bau einzelner WEA geplant wird. Die weitere Berücksichtigung der Belange des Bodenschutzes und Auswirkungen auf Bodenökosysteme auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

WEA-436-022 Fleischwangen-Nord

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Zerstörung Waldgebiet	<p>Aufgrund der Verteilung der Ausschluss- und Konfliktkriterien sowie des Eignungskriteriums Windleistungsdichte (s. Planungskonzept zur Festlegung VRG Windenergie, Begründung zu PS 4.2.1 und Kriterienkatalog Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) liegen für VRG Windenergie geeignete Flächen in der Region häufig im Wald (s. auch Anlage zur Synopse Teil B.1 zur 1. Offenlage). Dabei erfolgt auch eine Überlagerung großer Waldflächen mit VRG Windenergie. Von einer Zerstörung der betroffenen Wälder durch die Errichtung von WEA kann jedoch nach dem derzeitigen Kenntnisstand nicht ausgegangen werden. Dies liegt u.a. daran, dass WEA aufgrund der verursachten Turbulenzen Abstände zueinander einhalten müssen und daher die mögliche Dichte von WEA im Wald begrenzt ist. Des Weiteren nehmen WEA verhältnismäßig wenig Fläche direkt in Anspruch. In der Regel werden, wo möglich, vorhandene Wege verwendet. Generell können diese Fragen auch erst auf Projektebene geklärt werden, wenn Standorte für WEA geplant werden, da der RVBO nur Gebiete für Windenergieanlagen plant. Eine stärkere Zerschneidung der Flächen ist jedoch möglich. Aufgrund von § 2 EEG wird in der Abwägung beim genannten VRG Windenergie dennoch der Festlegung des VRG Windenergie trotz der Betroffenheit von Wald gegenüber der Nicht-Festlegung der Vorrang eingeräumt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Siehe auch Anlage zur Synopse Teil B.1 1. Offenlage</p>
Zerstörung der Bodenbeschaffenheit der Ackerflächen zwischen den Anlagen	<p>Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen sowie Fragen zu den verwendeten Baustoffen und Betriebsmitteln werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Erdrückende Wirkung durch große WEA	Es wird auf die Ausführungen zur optisch bedrängenden Wirkung in der Anlage B.1 zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen.
Durch den Bau und die Vibrationen des riesigen Stahlbetonfundamentes beim Betreiben der Anlagen sind Veränderungen in den wasserführenden Schichten zu erwarten, Gefahr Havarie	Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage
Gefährdung von Kindern	Die Belange Mensch, menschliche Gesundheit haben im Planungsprozess Berücksichtigung gefunden: Über den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (Anlage zur Begründung Entwurf Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und die Strategische Umweltprüfung (Schutzgut Mensch, Menschliche Gesundheit, s. Umweltbericht zum Entwurf Satzungsbeschluss). Im in der Anregung genannten Vorranggebiet hat der Belang des Schutzes von Kindern auf der regionalen Planungsebene ausreichend Berücksichtigung gefunden. Der RVBO plant Gebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windkraftanlagen, nicht die Standorte selbst. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage
Außerdem hat die viel zu geringe Nähe der Anlagen untereinander zur Folge, dass die Anlagen sich gegenseitig den Wind nehmen.	Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen sowie Fragen zu den verwendeten Baustoffen und Betriebsmitteln werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
Konflikte VRG Windenergie mit Vogelzug, Zugvögeln (z.B. Kranichen)	<p>Bezüglich des Themas Vogelzug und Zugkonzentrationskorridore sowie Rastgebiete werden im Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie (LUBW, 2022) entscheidende Hinweise gegeben. Der Fachbeitrag betrachtet bei den nach den bestehenden Landeshinweisen und nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) windenergiesensiblen Vogelarten ausschließlich den Brutzeitaspekt. Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögeln u. a. mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen sowie Zugkonzentrationskorridore von Vögeln wurden vom Fachbeitrag nicht umfasst. Ein Zugkonzentrationskorridor ist anzunehmen, wenn über mehrere Jahre bestätigte Verdichtungsräume des Vogelzuges vorliegen oder ein nachvollziehbar begründeter Verdacht auf einen Verdichtungsraum besteht. Betrachtungsrelevant sind regional oder überregional bedeutende Zugkonzentrationskorridore, bei denen Windenergieanlagen zu einer signifikanten Erhöhung des Tötungs- oder Verletzungsrisikos oder zu einer erheblichen Scheuchwirkung führen können. Die Naturschutzbehörden haben den Planungsträgern in einigen Fällen Daten zu Rast- und Überwinterungsgebieten von Zugvögeln mit internationaler und nationaler Bedeutung, Schlafplatzansammlungen oder Zugkonzentrationskorridoren zur Verfügung gestellt. Diese Daten wurden zusätzlich zum Fachbeitrag in die Planungen eingestellt (s. Umweltbericht). Die Relevanz dieser Informationen wurden vom Planungsträger in Abstimmung mit den Fachbehörden geprüft. Im Falle des in der Anregung genannten Vorranggebiets wurde dem Regionalverband kein Zugkonzentrationskorridor oder Rastgebiet, der den im Fachbeitrag Artenschutz erläuterten Kriterien entspricht, gemeldet. Im BNatSchG wird nicht der Umgang mit der betriebsbedingten Kollisionsgefährdung von Ansammlungen bzw. während der Zeiten des Vogelzuges geregelt. § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG findet keine Anwendung für die Prüfung des artenschutzrechtlichen Tötungs- und Verletzungsrisikos bei Betroffenheit von Ansammlungen (insbesondere Kolonien, bedeutende Brut- und Rastgebiete sowie Schlafplatzansammlungen).</p>

WEA-437-025 Wald

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Nicht ausreichend Windleistungsdichte / Windhöffigkeit für die Errichtung von WEA	Es wird auf die Anlage E.2 zur Synopse 2. Offenlage verwiesen.
Planung für Biotop im Wald	Bereits kartierte Gesetzlich geschützte Biotope und Waldbiotope ≥ 2 ha wurden im Planungskonzept als sehr erheblicher Konflikt (K1) berücksichtigt. In den VRG Windenergie befinden sich daher keine gesetzlich geschützten Biotope und Waldbiotope größer gleich 2 ha. Ebenso wurden gesetzlich geschützte Biotope inkl. Waldbiotope $> 0,5$ ha in der Umweltprüfung berücksichtigt. Bei gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen < 2 ha und bei VRG Windenergie angrenzend zu gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen gilt: Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das Erfordernis, die Abgrenzung des VRG Windenergie wegen Betroffenheit von gesetzlich geschützten Biotopen inkl. Waldbiotopen zu reduzieren, besteht daher nicht. Bezüglich der Qualität der Biotopkartierungen wird auf die Anlage B.3 zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen.
Konflikt mit ehemaligem Kloster der Gemeinde Wald	Beim ehemaligen Kloster der Gemeinde Wald handelt es sich nicht um ein im höchsten Maße raumwirksames Kulturdenkmal. Es wird auf die Abwägung zu Berücksichtigung von Umgebungs-schutz bei nicht im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen in der Anlage zur Synopse B.1 1. Offenlage verwiesen. Gegenüber den in den Stellungnahmen geschilderten landschaftliche und religiöse Bedeutung wird in der Abwägung der Nutzung der Windenergie der Vorrang eingeräumt. Eine Zerstörung des Klosters durch das VRG Windenergie findet nicht statt, die Entfernung zwischen VRG Windenergie und Kloster wird als ausreichend erachtet, um erhebliche Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Eingriff in Orts- und Landschaftsbild der Gemeinde Wald und deren naturnahe und behutsame Entwicklung, gefährdet Attraktivität der Gemeinde für sanften Tourismus und Naherholung	<p>Die Aspekte Landschaftsbild, Landschaft sind im Planungskonzept berücksichtigt (im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, s. Anlage zur Begründung des Teilregionalplans sowie durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für Windenergienutzung sowie der Vermeidung einer Überlastung bzw. Umzingelung, s. Begründung zu Plansatz 4.2.1 des Teilregionalplans Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss). Für jedes Vorranggebiet für Windenergienutzung wurden anhand des Fachgutachtens zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft und weiterer Parameter zudem die erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie Entwurf zum Satzungsbeschluss). Diese Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Beim genannten VRG Windenergie wurde im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung und unter Berücksichtigung von § 2 EEG der Windenergienutzung gegenüber dem Schutz des Orts- und Landschaftsbilds der Vorrang eingeräumt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung (Schutzgüter Mensch und Landschaft) sowie die Belange des Tourismus (mittelbar z.B. über Kurgebiete, störungsempfindliche Grün- und Erholungsflächen, in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale) wurden im Planungsverfahren über das eigens für den Teilregionalplan Energie Bodensee-Oberschwaben erstellte Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion sowohl über den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie (s. Anlage zur Begründung Entwurf Teilregionalplan Energie) als auch in der Strategischen Umweltprüfung in der Abwägung berücksichtigt. Sie wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 und § 2 EEG einbezogen. Im VRG Windenergie überwiegt im Ergebnis der regionalplanerischen Abwägung der Belang des Ausbaus der erneuerbaren Energien gegenüber dem Belang des Tourismus und der Erholungsnutzung.</p>
Forderung nach Ausgleichsmaßnahmen	<p>Für die Planung, Anordnung und Durchführung von Ausgleichsmaßnahmen ist der RVBO nicht zuständig. Das aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Anhörung.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
Vorschlag von Maßnahmen, wie Finanzierung regionaler Renaturierungsprojekte, Naturschutzfonds, Umweltbildung, Bereitstellung Kompensationsflächen, gemeinwohlorientierte Investitionen	Für diese Maßnahmen ist der RVBO nicht zuständig. Die aufgeführten Themen sind nicht Gegenstand der Anhörung.

Vorranggebiete Windenergie im Raum Gammertingen, Hettingen, Bingen:
WEA-437-026 Kettenacker-Ost
WEA-437-020 Inneringen Nordost²
WEA-437-014 Bingen-Nord

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Kritik an unzureichender Vermeidung von lokaler und teilräumlicher Überlastung und Umzingelung von Ortslagen durch die vorgenommenen Änderungen an der Flächenkulisse der Gebiete WEA-437-026, WEA-437-020 und WEA-437-014 nach der 1. Offenlage (Kritik an Flächenaufnahme im Norden des Gebiets WEA-437-026)</p> <p>Kritik an unzureichender Berücksichtigung der Vorranggebiete Windenergie der Nachbarregionen bei der planerischen Verhinderung einer Umzingelungs- bzw. Überlastungswirkung</p> <p>Kritik an fehlender transparenter Darlegung, ob und inwieweit eine unzumutbare Umzingelung der vorhandenen Siedlungsbebauung von Gemeinden/Ortschaften in Nachbarregion ausgeschlossen werden kann</p> <p>In den Planunterlagen ist nicht ersichtlich, dass überhaupt eine Methodik angewandt</p>	<p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben stimmt sich bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik mit den Nachbarregionen ab. Dabei ist zu beachten, dass die Planungsstände und die der Planung zugrunde liegende Konzeption von Region zu Region aufgrund unterschiedlicher zeitlicher und räumlicher Voraussetzungen variiert und dies die Erstellung von vergleichbaren grenzüberschreitenden Karten erschwert. Trotzdem streben die benachbarten Regionalverbände bei grenzüberschreitenden Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik eine Harmonisierung der jeweiligen Planungen an.</p> <p>Das Planungskonzept zur Ermittlung von geeigneten und gleichzeitig konfliktarmen Gebieten, inkl. der Vorgehensweise zur Vermeidung von lokalen und teilräumlichen Überlastungen (z.B. Umzingelung, Kumulation, räumliche Verteilung) ist in der Begründung zum Teilregionalplan Energie (Entwurf zum Satzungsbeschluss) erläutert und dokumentiert.</p> <p>Der teilräumlich hohen lokalen Belastung von Siedlungen und wohngenutzten Einzelgebäuden durch Windenergieanlagen wurde im 2. Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie verstärkt Rechnung getragen. Unter Berücksichtigung der Größe der Vorranggebiete Windenergie und des Umzingelungsgrads kamen höhere Orientierungswerte für die Vorsorgeabstände zu Siedlungen und wohngenutzten Gebäuden zur Anwendung. Dies betrifft auch die genannten Vorranggebiete. Es wird darauf hingewiesen, dass bei diesen erhöhten Siedlungsvorsorgeabständen bei starker lokaler Belastung von Siedlungen durch Vorranggebiete Windenergie (Orientierungswerte / Einzelfallbetrachtung) (s. Tab. B 2 der Begründung zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie) gem. Fußnote 6 auch angrenzende Vorranggebiete in benachbarten Regionen in die Größe des</p>

² Neue Bezeichnung im Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss: WEA-437-020_1 Inneringen - Nordost_1

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>wurde, mit der eine unzumutbare Umzingelungswirkung auf vorhandene Siedlungsbebauung in der Region selbst und in Nachbarregionen vermieden werden sollte.</p>	<p>Vorranggebiets einberechnet und somit bei den erhöhten Siedlungsabständen berücksichtigt werden.</p> <p>Die Flächenkulisse der 2. Anhörung entspricht dem o.g. Planungskonzept und es liegt – trotz kleinflächiger Erweiterung des Gebiets „Kettenacker-Ost“ und unter Berücksichtigung der Planungen der Nachbarregionen – gem. der im Planungskonzept dargelegten Kriterien keine Überlastung bzw. Umzingelung in diesem Bereich vor.</p> <p>Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Dadurch wird die teilräumliche Belastung in diesem Bereich weiter verringert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen.</p> <p>Nachrichtlich wird auf das Planungskonzept zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie des Regionalverbands Donau-Iller verwiesen.</p>
<p>Belange des Landschaftsschutzes und Gesundheitsschutzes werden durch die geplanten Gebiete WEA-437-026, WEA-437-020 und WEA-437-014 in Zusammenschau mit den geplanten Vorranggebieten Windenergie in den Nachbarregionen unverhältnismäßig zurückgestellt</p> <p>Kritik an fehlender ganzheitlicher Betrachtung der Belastung - sowohl landschaftlich als auch immissionsschutzrechtlich</p>	<p>Es wird auf die Gesamtplanbetrachtung (Kap. 9) und die Betrachtung kumulativer Wirkungen (Kap. 9.2) im Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Zum Thema „Gesundheitsschutz/Immissionsschutz“:</p> <p>Bei der Festlegung der Kriterien zu Vorsorgeabständen zu Siedlungen und wohngenutzten Gebäuden im Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie wurden die gesetzlichen Vorgaben (insb. § 249 Abs. 10 BauGB zur optisch bedrängenden Wirkung sowie Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm)) berücksichtigt. Die tatsächliche Einhaltung der Immissionsschutzwerte wird auf Ebene des immissionsschutzrechtlichen Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) behandelt, wenn mit einer Projektplanung Angaben zur Anzahl, zu Standorten und Anlagentypen bekannt sind. Der Betreiber muss hierbei den Nachweis führen, dass die Grenzwerte der TA Lärm eingehalten werden und damit eine Gesundheitsgefährdung ausgeschlossen wird. Berücksichtigt werden müssen dabei nach 2.3/4 und 3.2.1 der TA Lärm auch Vorbelastungen. Hierunter fallen auch Vorbelastungen außerhalb der Region.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Bzgl. Immissionsschutz wird zudem auf die vorangegangene Abwägung zu erhöhten Siedlungsvorsorgeabständen bei starker lokaler Belastung von Siedlungen durch Vorranggebiete Windenergie gem. Tab. B 2 der Begründung zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie sowie auf die Anlagen zur Synopse zur 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie, insbesondere Teil B1, verwiesen.</p> <p>Zum Thema „Landschaftsbild“:</p> <p>Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie, s. Anlage zur Begründung des Teilregionalplans sowie durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für Windenergienutzung sowie der Vermeidung einer Überlastung bzw. Umzingelung, s. Begründung zu Plansatz 4.2.1 des Entwurfs des Teilregionalplans Energie zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Der Regionalverband hat das Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft speziell für den Teilregionalplan Energie beauftragt (s. Umweltbericht sowie zweckdienliche Unterlagen zum 2. Offenlageentwurf des Teilregionalplans Energie). Hierbei wurde bei den Sichtbarkeitsanalysen neben der Region selbst auch ein 10 km breiter Streifen um die Region betrachtet.</p> <p>Dabei ist zu beachten, dass die Planungsstände und die der Planung zugrunde liegende Konzeption von Region zu Region aufgrund unterschiedlicher zeitlicher und räumlicher Voraussetzungen variiert und dies die Erstellung von vergleichbaren grenzüberschreitenden Karten erschwert. Trotzdem streben die benachbarten Regionalverbände bei grenzüberschreitenden Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik eine Harmonisierung der jeweiligen Planungen an.</p> <p>Die Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Bei den in den in der Anregung genannten Vorranggebieten Windenergie wurde im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung, auch unter Berücksichtigung der Planungen der Nachbarregionen und der oben genannten Aspekte, der Windenergienutzung gegenüber dem Schutz des Orts- und Landschaftsbilds der Vorrang eingeräumt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Belange des Landschafts- und Gesundheitsschutzes wurden in der Zusammenschau mit den geplanten Vorranggebieten Windenergie in den Nachbarregionen demnach hinreichend in die Abwägung eigestellt und nicht unverhältnismäßig zurückgestellt.</p>
<p>Kritik an Verstoß gegen das interregionale Abstimmungsgebot aufgrund von im Raum stehenden unzumutbaren Umzingelungswirkungen (bezogen auf alle in dieser Anlage genannten Vorranggebiete)</p>	<p>Es wird auf die Abwägung zum Thema Umzingelung/Überlastung in dieser Anlage verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben stimmt sich bei der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik mit den Nachbarregionen ab. Dabei ist zu beachten, dass die Planungsstände und die der Planung zugrunde liegende Konzeption von Region zu Region aufgrund unterschiedlicher zeitlicher und räumlicher Voraussetzungen variiert. Trotzdem streben die benachbarten Regionalverbände bei grenzüberschreitenden Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik eine Harmonisierung der jeweiligen Planungen an.</p> <p>In der Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie wird an mehreren Stellen bereits die interregionale Abstimmung dargelegt bzw. die Berücksichtigung der Windenergieplanungen angrenzender Regionalverbände beschrieben.</p> <p>Bei den erhöhten Siedlungsvorsorgeabständen bei starker lokaler Belastung von Siedlungen durch Vorranggebiete Windenergie (Orientierungswerte/Einzelfallbetrachtung) (s. Tab. B 2 der Begründung) werden gem. Fußnote 6 auch angrenzende Vorranggebiete in benachbarten Regionen in die Größe des Vorranggebiets einberechnet und somit bei den erhöhten Siedlungsabständen berücksichtigt.</p> <p>Gem. Begründung erfolgten zudem in verschiedenen Planungsphasen Abstimmungsgespräche mit den benachbarten Regionalverbänden im Hinblick auf die Harmonisierung der Planungen.</p> <p>Es wird hierzu auf die Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Der Regionalverband hat die benachbarten Regionalverbände auch förmlich im Rahmen der Behördenbeteiligungen an der Aufstellung des Teilregionalplans Energie beteiligt und deren Belange in der Abwägung gemäß den Vorgaben des § 7 Abs. 2 S. 1 ROG berücksichtigt. Hierzu wird auf die Stellungnahmen der genannten benachbarten Regionalverbände (II.402 (RV Neckar-Alb), II.401 (RV Donau-Iller)) und die entsprechende Abwägung der 1. und 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Insofern ist der Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie gem. § 7 Abs. 2 Satz 3 ROG mit benachbarten Planungsräumen abgestimmt.</p>
<p>Kritik an Aufnahme einer Teilfläche im Norden vom Gebiet WEA-427-026, wodurch sich der zugesagte Abstand von 1000 Metern zur nächsten Wohnbebauung auf 700 Meter reduzieren würde</p>	<p>Bei der Festlegung der Kriterien zu Vorsorgeabständen zu Siedlungen sowie zu wohngenutzten Gebäuden im Anhörungsentwurf zum Teilregionalplan Energie wurden die gesetzlichen Vorgaben (insb. § 249 Abs. 10 BauGB zur optisch bedrängenden Wirkung sowie Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (kurz TA Lärm)) berücksichtigt. Bei der Festlegung des genannten Vorranggebiets wurden die gem. Kriterienkatalog erforderlichen Abstände eingehalten. Es wird auf den Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie verwiesen (s. Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie).</p> <p>Zudem sind die erhöhten Siedlungsabstände bei starker lokaler Belastung von Siedlungen durch Vorranggebiete Windenergie gem. Tab. B2 der Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie eingehalten.</p>
<p>Militärische Belange werden nicht hinreichend berücksichtigt</p>	<p>Teilweise Berücksichtigung - Das Vorranggebiet Windenergie WEA-437-020 Inneringen-Nordost wurde gegenüber dem 2. Anhörungsentwurf des Teilregionalplans Energie aufgrund von Belangen der Bundeswehr verkleinert. Die neue Abgrenzung des Vorranggebiets ist der Raumnutzungskarte des Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie zu entnehmen; die Ergebnisse der Umweltprüfung sind der Anlage 1 zum Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie zu entnehmen.</p> <p>Bezüglich der Gebiete WEA-437-014 und WEA-437-026: Auch bei der Festlegung dieser VRG Windenergie sind militärische Belange ausreichend berücksichtigt worden. In der 2. Offenlage wurden zu den VRG Windenergie 437-014 und 437-026 keine Bedenken vonseiten der Bundeswehr</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	vorgebracht, welche der Festlegung als VRG Windenergie entgegenstehen (s. Stellungnahme der Bundeswehr zur 2. Offenlage, Az. II.580).

Anlage F: Häufige Anregungen zu Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik im Raum Leibertingen

**WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen
FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost
FFPV-437-028 Leibertingen-Süd
FFPV-437-029 Thalheim-Nord 1
FFPV-437-037 Altheim
FFPV-437-082 Lengenfeld
FFPV-437-083 Hohe Pfaffental**

Inhaltsverzeichnis

Gesetzliche Grundlagen und Planungsverfahren.....	5
Widerspruch zu bestehenden Flächennutzungs- und Landschaftsplänen / Missachtung der kommunalen Planungshoheit / Prinzip der dezentralen Konzentration / Überlastung / Gegenstromprinzip / nachhaltige Raumentwicklung	7
Schutzgut Mensch / Gesundheit / Lärm / Siedlungsabstand / Umzingelung / optische Bedrängung / Infraschall / Schattenschlag / Nächtliches Blinklicht / Schadstoffe	14
Natur- und Artenschutz.....	25
Denkmalschutz.....	31
Landschaftsbild, Erholung, Tourismus	33
Land- und Forstwirtschaft	36
Sparsamer Umgang mit Grund und Boden	38
Veralteter Flächennutzungsplan - Pflicht zur erneuten Umweltprüfung (§ 2 Abs. 4 BauGB, UVPG).....	39
Unverhältnismäßige Flächeninanspruchnahme durch Freiflächen-PV – Konflikt mit Landwirtschaft, Artenvielfalt und Kulturlandschaft.....	40
Mangelnde vertragliche Absicherung der Betreiberpflichten	42
Wertverlust von Immobilien	43
Fehlende Wirtschaftlichkeit und Windhöffigkeit.....	43
Umwelt- und Sicherheitsbelange / Brandschutz.....	44
Waldverlust.....	45
FFPV tragen zur Erderwärmung bei	46

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
--------------------------	--------------------------

Gesetzliche Grundlagen und Planungsverfahren	
Umgang mit Massenstellungnahmen Keine Rückmeldung zur Stellungnahme aus der 1. Offenlage	S. Anlage D „Gesetzliche Grundlagen und Planungsverfahren“ zur Synopse zur 2. Offenlage des Teilregionalplan Energie sowie Anlage A und B.1 zur Synopse zur 1. Offenlage des Teilregionalplans Energie. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die rechtlichen Vorgaben.
Demokratische Defizite und intransparente Beteiligung <ul style="list-style-type: none"> • Betroffene Kommunen und Bürger wurden zu spät, unzureichend und überwiegend formal beteiligt • Naturschutzfachliche Gutachten sind veraltet oder fehlen ganz • Alternativenprüfungen und Standortvergleiche wurden nicht nachvollziehbar offengelegt Ein solches Verfahren widerspricht dem Beteiligungsanspruch der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB sowie den Grundsätzen von Transparenz, Verhältnismäßigkeit und Rechtsstaatlichkeit.	
Echte Mitsprache für Betroffene Keine rein formalen Anhörungen wie diese, zumal im Vorfeld bereits nur technokratisch abgewickelt.	
Verstoß gegen Art. 6 Abs. 4 GG Als Mutter beziehe ich mich auf Artikel 6, Absatz (4): Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft. Ihre Vorhaben sind weit fern dieses Schutzes und dieser Fürsorge, denn Sie greifen mich und meine Familie an. Fürsorgliches und verantwortliches Handeln beinhaltet Rücksichtnahme und die Anerkennung von nachgewiesenen gesundheitsschädigenden Fakten und Fakten, die zur Destabilisierung und Benachteiligung meiner selbst führen (vgl. auch Ausführungen im Absatz zu Artikel 2).	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Fehlende Voraussetzungen gemäß § 35 BauGB / entgegenstehende öffentliche Belange</p> <p>Fehlende Voraussetzungen gemäß § 35 BauGB</p> <p>Laut § 35 Baugesetzbuch (BauGB) sind Windkraftanlagen nur im Außenbereich zulässig, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Vorliegend bestehen gewichtige entgegenstehende Belange, u. a.: erhebliche Beeinträchtigung der natürlichen Eigenart der Landschaft (§ 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB), mögliche Gefährdung der Wasserwirtschaft infolge potenzieller PFAS-Kontamination (§ 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 BauGB),</p> <p>Konsequenz: Herausnahme der Fläche aus der Planung</p> <p>Die benannten Mängel sind gravierend und rechtlich nicht heilbar im Rahmen des aktuellen Planverfahrens. Ich fordere daher die vollständige Herausnahme der Fläche Leibertingen aus dem Teilregionalplan Energie des RVBO.</p> <p>Zusammenfassung der maßgeblichen Rechtsgrundlagen: § 35 BauGB – Bauen im Außenbereich § 11 BauGB – städtebauliche Verträge</p> <p>Forderung:</p> <p>Auf Grundlage der obenstehenden Baurechtlichen Belange fordere ich: - die vollständige Streichung des betroffenen Vorranggebietes</p>	<p>Es wird auf die Ausführungen in der Anlage zur Synopse Teil D zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Der Bezug zu Städtebaulichen Verträgen ist nicht nachvollziehbar und kann daher nicht abgewogen werden. Ein inhaltlicher Zusammenhang ist nicht erkennbar.</p> <p>Eine Streichung des in der Anregung genannten Vorranggebiets Windenergie erfolgt nicht.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
--------------------------	--------------------------

Widerspruch zu bestehenden Flächennutzungs- und Landschaftsplänen / Missachtung der kommunalen Planungshoheit / Prinzip der dezentralen Konzentration / Überlastung / Gegenstromprinzip / nachhaltige Raumentwicklung	
<p>Widerspruch zu bestehenden Regional- und Flächennutzungsplänen</p> <p>Alle vom RVBO geplanten Vorrangfläche stehen im Widerspruch zu bestehenden Flächennutzungs- bzw. Landschaftsplänen der Gemeinde Leibertingen. Diese sehen eine andere Nutzung oder eine Freihaltung der Flächen vor.</p> <p>Laut § 1 Abs. 4 BauGB sind kommunale Planungen zu berücksichtigen. Ich fordere die Überarbeitung der Planung und Streichung aller Vorbehaltsgebiete der betroffenen PV - Fläche.</p>	<p>Zum genannten Widerspruch zu bestehenden Flächennutzungs- / Landschaftsplänen und zur Missachtung der kommunalen Planungshoheit:</p> <p>Die Flächenziele von 1,8 % der Regionsfläche für Gebiete für Windenergieanlagen gemäß §§ 20 KlimaG BW und von 0,2 % der Regionsfläche für die Solarenergie gemäß § 21 KlimaG BW gelten für die Ebene der Regionen, nicht für einzelne Kommunen oder die Landkreise</p> <p>Die bisherigen kommunalen Konzentrationsplanungen für Windenergie gehen auf einen grundsätzlich anders gestalteten planungsrechtlichen Rahmen zurück, insbesondere gab es kein gesetzlich normiertes Flächenziel und das betrachtete Plangebiet war kommunal und nicht gesamtregional. Die unter diesem Rahmen gefundenen Gebietsgrenzen können nicht ungeprüft 1:1 in die regionalplanerische Steuerung nach neuem Rechtsrahmen übernommen werden.</p> <p>Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Die Vorranggebiete Windenergie und die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik wurden somit nach umfassender Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG und unter Berücksichtigung der Klimaschutzziele auf Bundes- und Landesebene einschließlich § 2 EEG als Ziele der Raumordnung festgelegt. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamt-räumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten. Zur Umsetzung des Flächenziels wurde die gesamte Region auf Potenziale für</p>
<p>Kommunale Planungshoheit</p> <p>Übermäßige Flächeninanspruchnahme – Missachtung der kommunalen Planungshoheit</p> <p>Die Gemeinde Leibertingen hat durch eigene Beschlüsse bereits Photovoltaikflächen im Umfang von ca. 1,0 % der Gemarkungsfläche planerisch gesichert. Die zusätzliche Festlegung der Flächen durch den Regionalverband verletzt die kommunale Planungshoheit nach § 1 Abs. 4 BauGB, wonach Regionalplanungen an die Ziele der kommunalen Bauleitplanung anzupassen sind.</p>	
<p>Kommunale FFPV</p> <p>Die aktuelle Planung überschreitet in unverhältnismäßiger Weise die Belastbarkeit der verfügbaren Gemeindeflächen und lässt eine hinreichende Berücksichtigung bereits bestehender kommunaler Planungen vermissen. Die Gemeinde Leibertingen hat im Rahmen eines strukturierten Prozesses eine eigene Photovoltaik-Strategie verabschiedet, welche konkret rund 37,7 Hektar Fläche für die Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen vorsieht davon sind bereits 15 ha mit FFPV im Bestand, was</p>	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>gesamthaft 0,8 % der Fläche, also das 4 fache des gesetzlich vorgeschriebenen, ausmacht. Der vorliegende Entwurf des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben konterkariert diesen Grundsatz diametral, indem er eine offenkundige punktuelle Überfrachtung weniger Gemeinden - insbesondere Leibertingen - betreibt, während andere Räume vollständig verschont bleiben. Dies stellt eine räumlich unausgewogene Lastenverteilung dar, die weder sachlich begründet noch rechtlich tragfähig ist. Ein solches Vorgehen ist nicht nur planerisch unvertretbar, sondern auch rechtlich anfechtbar, da es gegen die Grundpflicht zur gerechten Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sowie gegen das Gegenstromprinzip (§ 1 Abs. 3 ROG, § 1 Abs. 4 BauGB) verstößt. Hinzu kommt ein Verstoß gegen das LplG, wonach Raumordnungspläne nach dem Prinzip der nachhaltigen Raumentwicklung und unter Wahrung der Belange der Gemeinden aufzustellen sind. Es ist daher nicht nachvollziehbar, dass diese gemeindeeigene Strategie im Regionalplan bislang keine Berücksichtigung findet, während gleichzeitig andere Flächen ohne Bezug zu den kommunalen Zielsetzungen als Vorbehaltsgebiete vorgesehen werden. Diese Vorgehensweise widerspricht dem Grundsatz der kommunalen Planungshoheit sowie dem Erfordernis der frühzeitigen und substantiierten Beteiligung und Berücksichtigung der Gemeinden im Rahmen der Regionalplanung. Die Ausweisung dieser Flächen im Regionalplan verstößt nach meiner Auffassung in mehrfacher Hinsicht gegen geltende gesetzliche Vorgaben und planerische Grundsätze: Verletzung der kommunalen Planungshoheit gemäß Art. 28 Abs. 2 GG Die Gemeinde Leibertingen hat in einem ordnungsgemäßen kommunalen Verfahren eine eigene Photovoltaik-Strategie verabschiedet, welche ca. 37,7 ha für Freiflächen-PV vorsieht. 15 ha davon sind bereits umgesetzt, was rund 0,8 % der Gemeindefläche entspricht - ein Vielfaches des gesetzlichen Mindestwertes gemäß § 2 EEG 2023 i.V.m. LplG BW. Die Nichtberücksichtigung dieser Strategie durch den Regionalverband stellt eine substantielle Missachtung der kommunalen Planungshoheit dar.</p>	<p>Windenergieanlagen und Freiflächen-Photovoltaik untersucht, um möglichst geeignete und konfliktarme Flächen für die Nutzung der Wind- und Solarenergie zu identifizieren und als Vorranggebiete Windenergie bzw. Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festzulegen. Zur Ermittlung geeigneter Flächen kamen im Planungsprozess schrittweise Ausschluss-, Konflikt- und Eignungskriterien zur Anwendung. Die Kriterien sind in den Anlagen zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie aufgezählt und erläutert. Zudem wurde eine Umweltprüfung (s. Umweltbericht, Entwurf zum Satzungsbeschluss) durchgeführt. Die Vorgehensweise ist in der Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans sowie im Umweltbericht dokumentiert.</p> <p>Bestehende und genehmigte Windenergieanlagen, bestehende und bauplanungsrechtlich gesicherte Solaranlagen, im Flächennutzungsplanverfahren befindliche Solarflächen und raumverträgliche Vorplanungen sowie weitere relevante Vorplanungen von Wind- und Solarenergieanlagen stellen gem. Kriterienkatalog Eignungskriterien zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik dar und wurden somit im Flächenauswahlprozess berücksichtigt. Zudem wurden Darstellungen rechtskräftiger Flächennutzungspläne oder im Verfahren befindliche Planungen von kommunalen Bauleitplänen (z.B. Siedlungsflächen) im Planungskonzept als Ausschluss- oder Konfliktkriterien aufgenommen.</p> <p>Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben und geschilderten Vorgehensweise ist es aus Sicht des Regionalverbands jedoch nicht geboten, die Vorranggebiete für Windenergie und die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik überwiegend an der Abgrenzung bestehender Konzentrationszonen, vorgeschlagenen interessensgebieten, Darstellungen im Flächennutzungsplan oder Vorplanungen zu orientieren. Vielmehr ist es zum einen erforderlich, bei vorliegenden Ausschlussgründen, Konflikten oder nicht gegebener Eignung auf (Teil-)Flächen von Konzentrationszonen, Interessensgebieten Darstellungen im Flächennutzungsplan oder Vorplanungen zu verzichten und zum anderen zusätzliche Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festzulegen, wenn sich das aus der</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Ich fordere daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die vollständige Aufnahme der in der gemeindlichen PV-Strategie Leibertingens kumuliert ausgewiesenen Flächen in den Regionalplan als Vorbehaltsgebiete für Photovoltaikanlagen. 2. Die vollständige Streichung der vom RVBO bislang im Gemeindegebiet vorgesehenen Flächen für Vorbehaltsgebiete-Photovoltaik, sofern sie nicht Teil der gemeindlichen Strategie sind. 3. Die Kumulation und Priorisierung der von der Gemeinde vorgesehenen Flächen gegenüber den vom RVBO bislang ohne kommunale Grundlage geplanten Flächen. <p>Die Berücksichtigung kommunaler Entwicklungskonzepte ist unerlässlich, um Akzeptanz vor Ort zu sichern, Ressourcen verantwortungsvoll zu nutzen und die raumordnerischen Ziele im Einklang mit den Interessen der betroffenen Kommunen zu gestalten.</p>	<p>Plankonzeption ergibt. Denn auch außerhalb der Konzentrationszonen, Interessensgebiete, Darstellungen im Flächennutzungsplan oder Vorplanungen finden sich für die Wind- und Solarenergienutzung geeignete Gebiete mit wenigen Konflikten und diese tragen dazu bei, eine möglichst große Fläche in der Region als Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festzulegen und die gesetzlichen Flächenziele zu erreichen.</p> <p>Die im Flächennutzungsplan der VVG Meßkirch dargestellten Konzentrationszonen wurden dementsprechend in Teilen und unter Hinzunahme gem. o.g. Planungskonzept geeigneter angrenzender Flächen als Vorranggebiet Windenergie festgelegt.</p>
<p>Überlastung WEA-Flächen</p> <p>Mit dieser Erklärung widerspreche ich der derzeitigen Planung des Regionalverbands hinsichtlich der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie im Gemeindegebiet Leibertingen sowie im angrenzenden Raum. Der Regionalplan verstößt in eklatanter Weise gegen das raumordnerische Prinzip der dezentralen Konzentration, dass der Planung solcher Anlagen im Interesse der gerechten Lastenverteilung und Raumverträglichkeit zwingend zugrunde zu legen ist.</p> <p>Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 6 Raumordnungsgesetz (ROG) sind bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen Gebiete für die Nutzung der Windenergie so festzulegen, dass eine ausgewogene und flächenhaft verteilte Entwicklung ermöglicht und eine Überlastung einzelner Gemeinden vermieden wird. Dieses sogenannte Prinzip der dezentralen Konzentration ist in der Fachliteratur und Planrechtsprechung als verbindliches Steuerungsprinzip anerkannt (vgl. Battis/Krautzberger/Löhr, § 2 ROG Rn. 41 ff.).</p>	<p>Die von der Gemeinde Leibertingen im Zuge der 1. Offenlage gemeldeten FFPV-Flächen aus der Flächennutzungsplanung der Gemeinde wurden geprüft und teilweise als Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in den Teilregionalplan Energie aufgenommen. Einige Flächen konnten auf Grund bestehender Ausschlusskriterien und erheblicher Konflikte sowie zu geringer Flächengröße (Mindestgröße 5 ha für Vorbehaltsgebiete Photovoltaik) jedoch nicht in den Teilregionalplan aufgenommen werden. Wir verweisen hierzu auf die die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere auf die Abwägung zur Stellungnahme II.141.</p> <p>Gem. den Erläuterungen zu den Kriterien für die Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik (Textteil Teilregionalplan Energie) sind Flächen dann für die Festlegung als Vorbehaltsgebiete Photovoltaik geeignet, wenn diese aufgrund ihrer Größe zur Konzentration der Solaranlagen in geeigneten Teilräumen beitragen und auf diese Weise andere hochwertige bzw. schützenswerte Teilräume der Region von Freiflächen-Photovoltaikanlagen freigehalten werden können. Die Kumulation von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik, die nicht im direkten räumlichen Zusammenhang liegen, ist dabei nicht vorgesehen und entspricht demnach nicht dem Planungskonzept.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Der vorliegende Entwurf des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben konterkariert diesen Grundsatz diametral, indem er eine offenkundige punktuelle Überfrachtung weniger Gemeinden – insbesondere Leibertingen – betreibt, während andere Räume vollständig verschont bleiben. Dies stellt eine räumlich unausgewogene Lastenverteilung dar, die weder sachlich begründet noch rechtlich tragfähig ist.</p> <p>Ein solches Vorgehen ist nicht nur planerisch unvertretbar, sondern auch rechtlich anfechtbar, da es gegen die Grundpflicht zur gerechten Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB sowie gegen das Gegenstromprinzip (§ 1 Abs. 3 ROG, § 1 Abs. 4 BauGB) verstößt. Hinzu kommt ein Verstoß gegen das LplG, wonach Raumordnungspläne nach dem Prinzip der nachhaltigen Raumentwicklung und unter Wahrung der Belange der Gemeinden aufzustellen sind.</p> <p>Statt eine raumordnerisch tragfähige Verteilung der Windkraftflächen vorzunehmen, betreibt der Regionalverband eine politisch opportunistische Flächenabschiebung auf ohnehin stark belastete Gebiete. Damit wird die Akzeptanz vor Ort sehenden Auges zerstört, was im direkten Widerspruch zu den Zielen des Klimaschutzes steht.</p> <p>Ich fordere daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die sofortige Überarbeitung des Regionalplanentwurfs unter Berücksichtigung der vorgenannten Punkte und des Prinzips der dezentralen Konzentration. 2. Die komplette Rücknahme der punktuellen Konzentration von Windkraftvorrangflächen im Raum Leibertingen und Umgebung bzw. WEA 437-011. 3. Die regionale Umverteilung der Flächenlast, sodass ein gleichmäßiger Beitrag aller Planungsräume des RVBO gewährleistet ist. <p>Die aktuelle Planung stellt einen eklatanten Verstoß gegen fundamentale Prinzipien der Raumordnung dar und wird in dieser Form keine rechtliche Bestandskraft erlangen.</p>	<p>Die bestehenden kommunalen Planungen für Wind- und Solarenergie sind damit ausreichend berücksichtigt. Die Abgrenzung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete ist der Raumnutzungskarte zum Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss, zu entnehmen.</p> <p>Zudem wird auf Folgendes hingewiesen: Vorbehaltsgebiete gehören zu den Grundsätzen der Raumordnung nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 ROG. Sie sind als öffentlicher Belang in die Abwägungs- und Ermessensentscheidungen mit dem notwendigen Gewicht einzustellen, können dort jedoch ggf. auch "weggewogen" werden. Aus der regionalplanerischen Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik ergibt sich zudem keine bindende Realisierungspflicht und auch keine Ausschlusswirkung anderer, mit den Zielen der Raumordnung vereinbarer Flächen (s. auch Kommentar zum Landesplanungsrecht in Baden-Württemberg (Hager, Hrsg., 2021)). Es besteht daher keine grundsätzliche Notwendigkeit, die in der Anregung genannten Vorbehaltsgebiete zu reduzieren oder zu streichen.</p> <p>Wir weisen zudem darauf hin, dass gem. § 1 Abs. 4 BauGB die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen sind.</p> <p>Bzgl. § 28 Abs. 2 GG und der Bedenken bzgl. einer Einschränkung der Eigen- bzw. Selbständigkeit der Kommunen durch die Festlegungen des Teilregionalplans Energie wird auf die Abwägung hierzu in der Anlage Teil A zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Weiterhin wird insgesamt auf die Abwägung der Stellungnahmen zur 1. Offenlage (inkl. Anlagen), das Planungskonzept (Entwurf zum Satzungsbeschluss Textteil Teilregionalplan Energie und Umweltbericht) sowie auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zur Anregung zur dezentralen Konzentration, Überlastung einzelner Gemeinden und gerechten Lastenverteilung:</p> <p>Gem. Planungskonzept (s. Begründung und Kriterienkataloge zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik, Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) wurde das Prinzip der dezentralen Konzentration bei der Aufstellung des</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Teilregionalplans Energie umfangreich berücksichtigt und dem Flächenauswahlprozess zugrunde gelegt. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Wind- und Solarenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten.</p> <p>Die schrittweise Anwendung von Ausschluss- Konflikt- und Eignungskriterien, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration und der Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umzingelung / Umfassung) führen dazu, dass die geeigneten Gebiete (Suchräume) nicht gleichmäßig in der Region verteilt sind. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete Windenergie und der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilträumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Es wird zur Forderung nach gerechter Verteilung zudem auf die Abwägung hierzu in den Anlagen Teil B1 und C1 zur Synopse der 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Zum genannten Verstoß gegen § 1 Abs. 7 BauGB (gerechte Abwägung):</p> <p>Die genannte Norm bezieht sich auf die Aufstellung von Bauleitplänen und ist somit nicht für das gegenständliche Verfahren anzuwenden. Im Rahmen der mehrstufigen Methodik zur Auswahl der Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik fand eine Abwägung aller auf regionalplanerischer Ebene erkennbaren schützenswerten Belange gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG statt. Bei der planerischen Abwägung im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik wurde das Gewicht jedes Belangs</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Erläuterung der Abwägung Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Im Großteil des Verbandsgebiets war die Windenergie- oder Solarnutzung nicht möglich oder andere Belange/schutzbedürftige Interessen hatten in der Abwägung ein höheres Gewicht. An den Stellen in der Region, an denen nun Vorranggebiete Windenergie und Vorranggebiete Photovoltaik festgelegt werden, überwiegt das überragende öffentliche Interesse an der Wind- bzw. Solarenergienutzung gegenüber den anderen Belangen.</p> <p>Zum genannten Verstoß gegen das Gegenstromprinzip und den Bedenken einer unzureichenden Beteiligung der Kommunen bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie:</p> <p>Der Teilregionalplan Energie als übergeordnete Planungsebene setzt den Rahmen für nachgeordnete kommunale Planungen und orientiert sich an den rechtlichen und fachlichen Vorgaben. Bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wird § 2 Abs. 2 Landesplanungsgesetz BW sowie § 1 Abs. 3 Raumordnungsgesetz entsprochen (Gegenstromprinzip):</p> <p>Kommunale Belange sind bereits im Planungskonzept berücksichtigt worden, indem kommunale Planungen wie die Darstellungen im Flächennutzungsplan als Ausschluss- und Konfliktkriterien im Kriterienkatalog zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie aufgegriffen wurden.</p> <p>Vor Beginn der formellen Anhörungsverfahren wurden bereits informelle Flächenkulissen mit den VVGs, GVVs und Einheitsgemeinden der Region abgestimmt. Im Sinne des Gegenstromprinzips erfolgte somit bereits im Vorfeld des förmlichen Anhörungsverfahrens eine Auseinandersetzung mit den Belangen der kommunalen Planungsebene, die im Anschluss aufgearbeitet und in die Flächenkulissen eingearbeitet wurden. Die kommunale Planungsebene wurde in den förmlichen</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Beteiligungsverfahren gem. der gesetzlichen Vorgaben beteiligt und die vorgebrachten Anregungen und Bedenken wurden sorgfältig geprüft, sachgerecht abgewogen und haben z.T. auch zu Anpassungen der Gebietskulissen geführt.</p> <p>Die Festlegungen im Teilregionalplan Energie erfolgen zudem im Einklang mit den Zielen des Landesentwicklungsplans.</p> <p>Zum genannten Verstoß gegen das Prinzip einer nachhaltigen Raumentwicklung unter Wahrung der Belange der Gemeinde:</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 2 ROG und § 2 Abs. 1 LPiG ist eine nachhaltige Raumentwicklung Leitvorstellung der Raumordnung. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben und hat bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie ökologische, wirtschaftliche und soziale Belange entsprechend der Vorgaben des § 7 Abs. 2 ROG abgewogen. Um beispielsweise ökologischen Nachhaltigkeitszielen gerecht zu werden, ist es in der Teilfortschreibung des Regionalplans verpflichtend, für jedes Vorranggebiet Windenergie sowie Vorbehaltsgebiet Photovoltaik und Alternativflächen (nach der Alternativenprüfung nicht weiterverfolgte Flächen) die erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter Mensch, Flora, Fauna und biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Klima, Landschaft sowie Kultur- und Sachgüter in der Strategischen Umweltprüfung zu ermitteln und in Steckbriefen zu dokumentieren. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind.</p> <p>Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
--------------------------	--------------------------

	öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. § 2 EEG).
--	--

Schutzgut Mensch / Gesundheit / Lärm / Siedlungsabstand / Umzingelung / optische Bedrängung / Infraschall / Schattenschlag / Nächtliches Blinklicht / Schadstoffe	
<p>Gesunde Wohnverhältnisse</p> <p>Artikel 2 GG garantiert das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Artikel 14 schützt Eigentum. Windkraftanlagen & FFPV Felder in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung bedrohen beides.</p> <p>Denn gesundes Wohnen heißt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ruhe und Erholung • Unverbaute Sichtachsen • Unverbaute und friedvolle Landschaften • Schutz vor Dauerlärm, Stress und psychischer Belastung • Windräder in der Nähe von Häusern zerstören diese Qualitäten – und das nicht symbolisch, sondern ganz real. • Artenvielfalt welche wir aktiv beobachten können und an die nächste Generation weitergeben können <p>Windkraftanlagen gefährden unsere gesunden und ländlichen Wohnverhältnisse durch</p> <p>Lärm & Infraschall</p> <ul style="list-style-type: none"> • Tieffrequenter Schall dringt durch Wände, stört den Schlaf, verursacht Kopfschmerzen, Herzrasen, Konzentrationsstörungen. • Auch wenn er nicht immer hörbar ist, ist er wirksam – das zeigen Berichte von Betroffenen und zunehmend auch wissenschaftliche Studien. 	<p>Zum Vorranggebiet WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen:</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf mehrere Sachverhalte, welche so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen.</p> <p>Zur Außerbetriebnahme der WEA Baiereck verweisen wir zudem auf die Anlage E.1 „VRG Wind – nicht gebietsbezogene und allgemeine Anregungen“ zur Synopse zur 2. Offenlage des Teilregionalplans Energie.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Optische Dominanz, psychische Bedrängung / Belastung & dauerhafte Schädigung der Landschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • Windräder sind bis zu 250 Meter hoch – so groß wie Wolkenkratzer mitten auf dem Land. • Sie sind ständig sichtbar, drehen sich permanent, blinken nachts – das ist psychisch belastend, erzeugt Dauerstress. • Viele Menschen empfinden das als Überwachung, Eingeschlossenensein, Ohnmacht. • Außerdem werden die Rotoren ständige sich drehende Schatten werfen • Die überdimensional großen Solarflächen führen zu einer Überbauung und stark eingeschränkten Wahrnehmung. Die optische Dominanz der geplanten „schwarzen Wiesen und Felder“ und die nachgewiesenen entstehenden gesundheitlichen Belastungen durch den Windpark sowie der Blick auf die rund 290 Meter hohen überdimensionierten Tower führen zu psychischen Erkrankungen, welche nachgewiesener Maßen mittel- bis langfristig sich auch organisch negativ auswirken. Diese Faktoren beeinträchtigen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und auf ein gesundes Wohnumfeld. • FFPV Felder wirken wie schwarze Wüsten wo vormals freie Grünflächen und grüne Landschaft war. • Die psychische Belastung durch das Gefühl der Hoffnungslosigkeit, des Im-Stich-Gelassen-Werdens durch den Gesetzgeber, des Nicht-Wahrgenommen-Werdens und des Weniger-Wert-Seins gegenüber anderer Menschen im RVBO-Gebiet ist enorm. Ich bin ohnmächtig und hilflos angesichts der Ignoranz, die man mir und meiner Familie entgegen bringt. • Ihre Vorhaben tangieren meine psychische sowie körperliche Unversehrtheit und machen krank. Sie schränken mich in meiner Freiheit ein! 	<p>Zu den genannten Vorbehaltsgebieten Photovoltaik:</p> <p>Die Anregung bezieht sich überwiegend auf Sachverhalte, welche so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse Photovoltaik, inkl. der neu aufgenommenen Vorbehaltsgebiete FFPV-437-082 Lengenfeld und FFPV-437-083 Hohe Pfaffental ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange.</p> <p>Die genannten Aspekte der Schutzgüter „Mensch/menschliche Gesundheit, Erholung“, inkl. Wohnumfeld und "Landschaft" einschließlich des planerischen Leitprinzips der dezentralen Konzentration sowie der Vermeidung einer Überlastung bzw. Umzingelung sind im Planungskonzept berücksichtigt (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie und Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie). Für jedes Vorbehaltsgebiet Photovoltaik wurden zudem die erheblichen Umweltauswirkungen auf Ebene der Regionalplanung ermittelt und im Umweltbericht, inkl. Natura 2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtlicher Prüfung sowie in Steckbriefen bewertet und dokumentiert (s. Umweltbericht Entwurfs zum Satzungsbeschluss zum Teilregionalplan Energie). Diese Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Verlust an Naherholungsräumen</p> <ul style="list-style-type: none"> • auch Naherholungsräume verschwinden. <p>Windkraft als Gesundheitsrisiko? Ja, wenn falsch geplant.</p> <p>Windenergie ist nicht per se schlecht. Aber:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Standorte sind entscheidend. • Was in Industrie- oder unbewohnten Gebieten sinnvoll ist, wird im Wohnumfeld zur Belastung. • Viele Anlagen stehen zu nah an Häusern, ohne echte Prüfung gesundheitlicher Auswirkungen, daher Verbot von Windkraftanlagen im Umkreis von mindestens 2500 Metern zu Wohnhäusern. • Gesundheitliche Schutzstandards für Lärm, Infraschall und visuelle Belastung. • Einführung eines bundesweiten Schutzgesetzes für gesunde Wohnverhältnisse. • Umgehende Rückbaupflicht für Anlagen, die zu massiven Beschwerden führen. <p>Fazit:</p> <p>JA zu Energie aus nachhaltigen Quellen – aber NEIN zu gesundheitlichen Schäden, psychischer Dauerbelastung und rücksichtsloser Industrialisierung des ländlichen Raums.</p> <p>Gesundes Wohnen ist kein Luxus. Es ist ein Grundrecht. Und es darf nicht den Interessen großer Projektierer geopfert werden.</p>	<p>Im Umweltbericht wurden zudem die möglichen kumulativen Belastungen von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik geprüft und haben bereits im Vorfeld zum 1. Offenlageentwurf des Teilregionalplans Energie zu einer Reduktion der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik im Leibertingen geführt. Im Entwurf zum Satzungsbeschluss liegen keine auf regionaler Planungsebene erkennbaren unzumutbaren kumulativen Belastungen durch die Kumulation von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik vor.</p> <p>Die Belange der Schutzgüter "Mensch/menschliche Gesundheit, Erholung", „Landschaft“ inkl. der Belange Überlastung und Umzingelung wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik angemessen berücksichtigt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Weiterhin wird auf die Abwägung der Stellungnahmen zur 1. Offenlage (inkl. Anlagen), das Planungskonzept (Entwurf zum Satzungsbeschluss Textteil Teilregionalplan Energie und Entwurf zum Satzungsbeschluss Umweltbericht) sowie auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>
<p>Optische Bedrängung</p> <p>Vorbemerkung</p> <p>Der Ausbau der Windenergie und FFPV erfolgt rücksichtslos und auf Kosten der Lebensqualität der ländlichen Bevölkerung. Was als „Energie-wende“ verkauft wird, bedeutet für viele Bürger faktisch: Entwertung des eigenen Wohnumfelds, psychischer Dauerstress und ein Gefühl der Ver-einnahmung durch industrielle Großstrukturen, sie es im Bereich FFPV</p>	<p>Eine Herausnahme oder (weitere) Reduzierung der genannten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete erfolgt nicht.</p> <p>Der Bezug auf städtebauliche Verträge ist auch hier nicht nachvollziehbar.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>oder Windkraft. Die Umzingelungswirkung durch Windkraftanlagen und FFPV ist kein abstraktes Gefühl – sie ist eine reale, tägliche Belastung für Betroffene.</p> <p>Was passiert konkret?</p> <p>In vielen Planungsregionen werden Dörfer nicht punktuell, sondern flächendeckend mit Windrädern und FFPV umstellt.</p> <p>Die Folge: Dauerhafte visuelle Präsenz riesiger, rotierender Bauwerke, schwarzglänzende Felder statt schönem Grün– oft in alle Himmelsrichtungen sichtbar.</p> <p>Die einst offene, natürliche Landschaft wird zum Industriepark mit 250-Meter-Maschinen und gigantischen FFPV Feldern, die alles überragen und verdecken: Häuser, Wälder, Kirchen, Landschaft und ganze Ortsbilder.</p> <p>Optische Bedrängung: Die unterschätzte Gesundheitsgefahr</p> <p>a) Gefühl der Machtlosigkeit</p> <p>Menschen empfinden die ständig sichtbaren Windräder und FFPV-Felder als übermächtig, dominant und nicht kontrollierbar. Besonders psychisch belastend ist das Gefühl: „Wir können uns dem nicht entziehen, wir sind machtlos ausgeliefert.“</p> <p>b) Zwang zur Akzeptanz</p> <p>Der Blick auf Windkraftanlagen und FFPV-Felder ist unvermeidbar – selbst in der eigenen Wohnung, im Garten oder beim Spaziergang. Der Rückzugsraum „Zuhause“ wird zum Ort ständiger Reizung und Störung.</p> <p>c) Gesundheitliche und emotionale Folgen</p> <p>Studien belegen, dass ständige visuelle Reize durch überdimensionierte technische Bauwerke wie sie die Windkraftanlagen und FFPV-Felder darstellen, Stresshormone erhöhen und zu psychosomatischen Symptomen führen können (Unruhe, Schlafstörungen, Gereiztheit bis hin zum Suizid). Das Gefühl, eingekreist und bedrängt zu sein, kann langfristig zur sozialen Isolation und Resignation führen.</p>	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Politisches Versagen und Planungsirrsinn</p> <p>Genehmigungsbehörden und Projektierer blenden diese Problematik systematisch aus – oder stufen sie als „subjektiv“ ab. Es gibt keine verbindlichen Grenzwerte für visuelle Belastung oder Umzingelung. Stattdessen werden immer neue Anlagen durchgedrückt, während Bürger mit Worthülsen und angeblichen Ausgleichsmaßnahmen getröstet werden.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gerade wegen der vorgenannten Punkte bedarf es wesentlich größere Abstände der Windkraftanlagen, auch auf die Gefahr hin, dass weniger Anlagen gebaut werden können. Die derzeitigen Regelungen sind unzureichend, 2000-3000 Meter sind als Minimum anzusetzen. 2. Deckelung der Anlagenanzahl pro Gemeinde, um „Windkraft-Ghettos“ und FFPV-Wüsten zu verhindern. 3. Verpflichtende Sichtfeldanalysen: Wer von mehr als 180° Windräder sieht, lebt in Umzingelung. Wenn dann noch FFPV-Wüsten hinzukommen ist der Sichtwinkel ohne Windkraftanlagen zu vergrößern. 4. Einführung eines gesetzlichen Schutzkonzepts für „optische Lebensqualität“ im Bau- und Planungsrecht. <p>Fazit</p> <p>Die Bevölkerung im ländlichen Raum wird mit Windkraftanlagen und FFPV-Feldern überrollt – ohne Rücksicht auf ihr Bedürfnis nach Ruhe, Heimat, Sichtachsen und Lebensqualität. Die Umzingelung durch Windräder und FFPV-Feldern ist kein notwendiges Übel, sondern eine Folge von Planungsversagen und technokratischer Ignoranz.</p> <p>Wer die Energiewende will, muss sie mit und nicht gegen die Menschen machen – sonst kippt nicht nur die Stimmung, sondern auch die Demokratie im ländlichen Raum.</p>	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Menschliche Gesundheit</p> <p>Während einige behaupten, dass Infraschall von Windrädern keine negativen Auswirkungen auf die Gesundheit haben kann, gibt es auch Forschungsergebnisse, die dies widerlegen.</p> <p>Bisherige Studien haben sich größtenteils auf die hörbaren Geräusche von Windparks konzentriert. Der Infraschall der Windräder wurde aber kaum erforscht. Obwohl diese Schallemissionen vom Menschen nicht gehört werden können, behaupten Kritiker der Windräder, dass Infraschall einen negativen Einfluss beispielsweise auf den Schlaf haben könnte.</p> <p>Bei wahrnehmbarem Infraschall mit sehr hohen Pegeln können verschiedene Organsysteme reagieren. Zu nennen sind hier zum Beispiel das Gehör, das Gleichgewichtsorgan im Innenohr oder Herzmuskelzellen. Auch das Herz-Kreislauf-System könnte möglicherweise beeinflusst werden. Berichtet werden auch Ermüdung, Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit, Benommenheit, Schwingungsgefühl und Abnahme der Atemfrequenz, Beeinträchtigung des Schlafes und erhöhte Morgenmüdigkeit. Wie bei Hörschall sind sogar Gehörschäden möglich. Derzeit laufen aufgrund der Unsicherheit und Wahrscheinlichkeit von Schäden bei Mensch und Gesundheit mehrere Studien.</p> <p>Rund 30 Prozent der Bevölkerung reagiert besonders sensibel auf Infraschall. Die Unsichtbarkeit der Schallquelle macht die Belastung zusätzlich belastend.</p> <p>Die Reichweite des Infraschalls besonders bei den neuen Windrädern ist extrem hoch, die alten Berechnungen reichen für moderne Anlagen nicht mehr aus. Ein effektiver Schutz gegen Infraschall existiert nicht. Weder Schallschutzfenster noch Lärmschutzwände helfen da Infraschall alles durchdringt. Nur ausreichender Abstand zur Wohnbebauung hilft wahrscheinlich. Daher ist der Mindestabstand von 2.500 Metern einzuhalten, was die derzeitige Planung nicht hergibt.</p> <p>Der ungebremste und massive Ausbau ohne Rücksicht auf mögliche Gesundheitsrisiken ist unverantwortlich und leichtfertig und zum jetzigen Zeitpunkt in denen die Gefahren von einer technokratischen</p>	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Planungsebene abgetan und von Investoren belächelt wird. Aber der massive Zubau so nahe an der Wohnbebauung ist grobfahrlässig und daher strafwürdig.</p> <p>Möglicherweise ist Infraschall, wie es von den Windkraftanlagen ausgeht, das Asbest des 21. Jahrhunderts. Dafür werden die heute Verantwortlichen zu gegebener Zeit zur Verantwortung gezogen.</p>	
<p>Schadstoffimmissionen und Beeinträchtigung des Wohlbefindens</p> <p>Beeinträchtigung des menschlichen Wohlbefindens</p> <p>Tieffrequenter Schall und Infraschall (unter 20 Hz) werden zwar nicht immer bewusst wahrgenommen, können jedoch laut Studien zu Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Schwindel, innerer Unruhe und Konzentrationsproblemen führen. Selbst bei Einhaltung gesetzlicher Grenzwerte empfinden viele Anwohner die Anlagen als dauerhafte Lärmquelle, insbesondere in der Nacht. Studien (z. B. WHO 2018: *Environmental Noise Guidelines for the European Region*) belegen den Zusammenhang zwischen Dauerlärm und erhöhter Krankheitslast (z. B. Bluthochdruck, Herz-Kreislauf-Erkrankungen).</p> <p>Psychosoziale Belastung</p> <p>Die ständige Sichtbarkeit und das Rotieren der Rotoren wirken für viele Menschen psychisch belastend. Das Gefühl von Kontrollverlust über die eigene Wohnumgebung sowie unzureichender Bürgerbeteiligung verschärfen das Unbehagen. In Interviews und Umfragen schildern Betroffene Gefühle von „Heimatverlust“, „Belagerung“ oder „Dauerstress“.</p> <p>Schadstoffimmissionen durch Windkraftanlagen</p> <p>Beim Bau von Windkraftanlagen entstehen erhebliche Umweltbelastungen, auch für die Menschen die in der Nähe wohnen. Der Einsatz von Verbundmaterialien (GFK, CFK) in Rotorblättern erschwert das Recycling und kann bei Bruchereignissen zur Freisetzung toxischer Stäube über weite Strecken führen.</p>	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Gerade wegen der vorgenannten Punkte bedarf es wesentlich größere Abstände, auch auf die Gefahr hin, dass weniger Anlagen gebaut werden können. Die derzeitigen Regelungen sind unzureichend, 2000-3000 Meter sind als Minimum anzusetzen.</p>	
<p>Lärmschutz, Infraschall und Gesundheitsgefährdung</p> <p>Windenergieanlagen erzeugen dauerhaft tieffrequenten Schall (Infraschall), periodische Schlagschatten, Blinklichter bei Nacht und turbinenbedingte Geräuschemissionen. Dies beeinträchtigt die Lebensqualität und stellt ein Risiko für die Gesundheit dar – insbesondere bei empfindlichen Personengruppen.</p> <p>Die Planung widerspricht dem Vorsorgeprinzip nach § 1 Abs. 1 und § 50 BImSchG sowie dem allgemeinen Gesundheitsschutz gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB.</p> <p>Forderung:</p> <p>Auf Grundlage der obenstehenden rechtlichen, ökologischen, gesundheitlichen, kulturellen und touristischen Belange fordere ich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die vollständige Streichung der betroffenen Vorranggebiete auch im Umfeld der Gemeinde Leibertingen und des Oberen Donautals - die Berücksichtigung der Schutzgüter Mensch, Gesundheit, Erholung, Natur, Landschaft und Kultur nach Maßgabe der genannten Vorschriften 	
<p>Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsbelange</p> <p>Die Ausweisung ist aus mehreren rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht haltbar und verletzt höherrangige Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsbelange.</p> <p>Gesundheits- und Umweltrisiken durch PFAS-haltige Komponenten</p> <p>Windkraftanlagen enthalten erfahrungsgemäß Bauteile, die per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) beinhalten, etwa in Dichtungen, Kabelummantelungen oder Schmiermitteln. Diese Substanzen gelten gemäß der REACH-Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 sowie laut Einschätzung der</p>	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) als besonders besorgniserregende Stoffe (SVHC). Der Nachweis über die PFAS-Freiheit bzw. ein Konzept zur umweltgerechten Handhabung wurde im Rahmen der Ausweisung nicht erbracht.</p> <p>Zusammenfassung der maßgeblichen Rechtsgrundlagen:</p> <p>§ 35 BauGB – Bauen im Außenbereich § 17 Abs. 3 LBO BW – Brandschutz § 11 BauGB – städtebauliche Verträge REACH-VO (EG) Nr. 1907/2006 – Umweltchemikalien Art. 28 Abs. 2 GG – kommunale Selbstverwaltung</p>	
<p>Psychologische Belastung</p> <p>Für viele Menschen stellen Windräder eine ständige visuelle Erinnerung an eine ungewollte Umweltveränderung dar, was zu permanentem Unwohlsein oder „gefühlter Entwertung“ des Lebensraums führt und in Depressionen bis hin zum Suizid münden kann. Diese psychologische Belastung ist nicht hinnehmbar!</p> <p>Akustische Beeinträchtigung</p> <p>Hörbarer Schall</p> <p>Je nach Windstärke und Anlagentyp entstehen Windgeräusche, Rotorenbrummen oder rhythmische Wummern, wie z.B. in Baierreck.</p> <p>Besonders in ruhigen, ländlichen Regionen wie unsere, wird dies als erhebliche Störung empfunden – vor allem nachts.</p> <p>Abstand zur Wohnbebauung</p> <p>Gerade wegen der vorgenannten Punkte bedarf es wesentlich größere Abstände, auch auf die Gefahr hin, dass weniger Anlagen gebaut werden können. Die derzeitigen Regelungen sind unzureichend, 2000-3000 Meter sind als Minimum anzusetzen.</p>	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Wohnumfeld</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Beeinflussung der Lebensqualität des Menschen manifestiert sich in der Qualität der Wohnungssituation sowie in der Erholungs-Situation natürlicher Lebensräume.</p> <p>Bei erheblichen Einschränkungen wie diese die durch die o.g. Planung des RVBO getätigt werden, sind negative Folgen für die körperliche und gesundheitliche Unversehrtheit des Menschen und Störungen des psychischen und sozialen Wohlbefindens zu erwarten, da die natürliche Lebensgrundlage erheblich gestört wird.</p> <p>Das Wohnumfeld ist mehr als ein Ort – es ist Lebensqualität</p> <p>Ein gesundes, intaktes Wohnumfeld bedeutet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ruhe, Rückzugsorte, Schutz vor Dauerreizen - Naturverbundenheit, Heimatgefühl, kulturelle Identität - Verträglichkeit von Umwelt, Architektur und Landschaft <p>Windkraftanlagen im Nahbereich von Wohngebieten bedrohen diese Grundlagen massiv. Windräder verursachen Dauerschall: Wummern, Brummen, pulsierender Tieffrequenzlärm, siehe Baiereck. Die dortigen Windräder lösten eine Beschwerdeflut der Einwohner aus. Die Windräder wurden über die Köpfe der Bevölkerung hinweg genehmigt (lt. Leserbrief der Südwestpresse); wie wurde hier demokratisches Miteinander interpretiert, frage ich mich.</p> <p>Besonders nachts wirkt dieser Lärm wie eine permanente Störung – unsichtbar, aber spürbar.</p> <p>Windräder mit 250+ Metern Höhe dominieren das gesamte Blickfeld – egal ob vom Garten, vom Fenster oder beim Spaziergang. Dazu kommen die FFPV-Felder als schwarze Wüsten.</p> <p>Das Wohnumfeld verliert seinen natürlichen Maßstab – aus Dörfern werden Kulissen unter Industrieanlagen.</p>	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Die Hinderniskennzeichnung (rotes Blinken) wirkt wie ein visuelles Alarmsignal, das jede Nacht die Dunkelheit durchbricht.</p> <p>Der Charakter einer ruhigen, dunklen Wohnregion verschwindet – das beeinflusst das Wohlbefinden erheblich.</p> <p>Viele Betroffene sprechen vom Gefühl, die Kontrolle über ihr Umfeld zu verlieren:</p> <p>„Früher war das unser Zuhause – jetzt ist es eine Windkraftzone mit Schwarzfeldern.“</p> <p>Wenn Windkraftanlagen sich um Ortschaften herum aufstellen, entsteht das Gefühl von Vereinnahmung und Umzingelung.</p> <p>Das alles macht krank.</p>	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
--------------------------	--------------------------

Natur- und Artenschutz	
<p>Natur- und Artenschutzgebiete, Dichtezentrum Rotmilan, geschützte Biotope gem. § 30 BNatSchG, Natura 2000</p> <p>Die geplante vergrößerte Ausweisung der Windvorrangfläche [WEA 437-011 Meßkirch-Leibertingen] steht in direktem Konflikt mit bestehenden Natur- und Artenschutzgebieten. Diese Fläche grenzt unmittelbar an das Schutzgebiet auf der Ortsgemarkung Thalheim und Ortsgemarkung Heudorf an bzw. liegt innerhalb eines Gebiets mit ökologisch sensibler Flora und Fauna. In diesem Gebiet bestehen erheblichen Bedenken Aufgrund nachgewiesenem Dichtezentrum für Rotmilan und anderen sensibler gefährdeten Arten der Roten Liste wie im §44 Bundesnaturschutzgesetz geregelt.</p> <p>Der allgemeine Artenschutz gilt für alle wildlebenden Tiere und Pflanzen. So ist es unter anderem verboten, wildlebende Pflanzen- und Tierarten ohne vernünftigen Grund ihrem Standort zu entnehmen, sie zu schädigen, zu fangen, zu töten oder ihre Lebensstätten ohne vernünftigen Grund zu beeinträchtigen oder zu zerstören. Diese Schutzbestimmungen sind § 39 des Bundesnaturschutzgesetzes zu entnehmen.</p> <p>Gemäß § 30 BNatSchG sowie den Vorgaben der FFH- und Vogelschutzrichtlinie fordere ich die Rücknahme bzw. Reduzierung der geplanten Windvorrangfläche. Die Planung verstößt gegen die Erhaltungspflicht für diese Schutzgebiete und stellt eine erhebliche Beeinträchtigung des ökologischen Netzes dar.</p> <p>Ich fordere den RVBO aus den aufgeführten Gründen auf die Rücknahme der Erweiterung der Windvorrangfläche in diesem Gebiet nachdrücklich auf. Ebenfalls fordere ich dazu auf durch ein aktuelles Naturschutzgutachten nachzuweisen, dass eine Erweiterung im Sinne der geltenden EU,- und Bundesgesetze dennoch möglich sein soll, ein solches aktuelle Gutachten wurde nicht erstellt und liegt nicht vor.</p>	<p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben. Im Rahmen der Aufstellung des Teilregionalplans Energie wurden die gem. der EU-Richtlinie 2001/42/EG (SUP-Richtlinie) und § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG erforderliche strategische Umweltprüfung sowie auf Grundlage von § 34 BNatSchG eine Einschätzung der Verträglichkeit der Festlegungen im Hinblick auf die Natura 2000 - Kulisse auf Ebene der Regionalplanung (Natura 2000 - Vorabprüfung) und eine artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 und 45 BNatSchG durchgeführt und im Umweltbericht dokumentiert. Dabei wurden die möglichen erheblichen Auswirkungen der Planung auf die Schutzgüter frühzeitig ermittelt, beschrieben und bewertet. Besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna (inkl. der Schutzgebiete und gesetzlich geschützten Biotope gem. § 30 BNatSchG) sowie artenschutzfachliche Belange sind im Planungskonzept über Ausschluss- und Konfliktkriterien (s. Kriterienkataloge zur Festlegung von Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik, Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie, sowie die Begründung zu Plansatz 4.2.1 und 4.2.3 des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) sowie in der strategischen Umweltprüfung, der Natura-2000-Vorabprüfung und der artenschutzrechtlichen Prüfung (s. Umweltbericht Entwurf zum Satzungsbeschluss) berücksichtigt. Für jedes Vorranggebiet Windenergie und jedes Vorbehaltsgebiet Photovoltaik wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Flora, Fauna und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung, inkl. Natura 2000-Vorabprüfung und artenschutzrechtlicher Prüfung sowie in Steckbriefen bewertet und dokumentiert (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss). Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Im zweiten Part möchte ich auf unsere Besonderheit als Weltdichtzentrum des Rotmilans sowie auf den unverhältnismäßigen Eingriff in Natur- und Artenschutzgebiete eingehen. So befinden sich in der Region der Schwäbischen Alb nachgewiesenermaßen mehr als 4.500 Rotmilanpaare (Stand 2024) und damit ein Viertel der deutschen Population und rund 12 Prozent des europäischen Bestandes. Wir sind Teil dieser Region und als Naturparadies ein Rückzugsort der Rotmilane, von denen hier mindestens 300 Horste gezählt wurden. Diese Population gilt es zu schützen. Doch das von Ihnen ausgewiesene Vorranggebiet für Windkraft WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen würde diese Population stark zurückdrängen und verletzt Naturschutz- und Artenschutzrechte.</p> <p>Zudem haben Sie die Pflicht eine aktualisierte Umweltprüfung nachzuweisen, insbesondere hinsichtlich des Rotmilan-Dichtezentrums und anderer geschützter Greifvögel, welche hier zahlreich sind. Durch Ihren geplanten Bau von Windkraftanlagen zerstören Sie deren Lebensraum und töten diese Art. Sie kommen damit Ihrer Verantwortung des Schutzes der Population nicht nach und verstoßen damit gegen das Tötungsverbot bei einem Rotmilan-Dichtezentrum (§ 44 BNatSchG).</p> <p>Die geplante Ausweisung von Wind- und Solarflächen (u.a. WEA-437-011, FFPV-437-025 bis -083) betrifft zudem ökologisch hochsensible Gebiete, in denen zahlreiche gefährdete Arten leben. Die Planung widerspricht von daher dem Bundesnaturschutzgesetz (vgl. § 39) sowie europäischen Richtlinien und gefährdet das ökologische Netzwerk der Region. Zudem würden Brut-, Nahrungs- und Fluggebiete geschützter Arten wie die des Rotmilans, Schwarzstorchs und vorhandener Fledermauspopulationen durch die Windkraftanlagen massiv beeinträchtigt. Der Schutzstatus gemäß § 44 BNatSchG wird Ihrerseits missachtet.</p> <p>Ich fordere deshalb in diesem Zusammenhang eine Aussetzung der Planung, bis erforderliche aktuelle Prüfungen und Umweltberichte von unabhängigen Einrichtungen vorliegen sowie die Streichung der WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen und der FFPV-437-025 bis -083 aus Ihrem Planungsentwurf.</p>	<p>definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind.</p> <p>Zu möglicherweise betroffenen Schutzgebieten:</p> <p>Im oder im Umfeld des genannten Vorranggebietes und der genannten Vorbehaltsgebiete befinden sich keine Natura 2000-, Natur- oder Landschaftsschutzgebiete.</p> <p>Zum Artenschutz Vorranggebiet WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen:</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf mehrere Sachverhalte, welche so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen (Hinweis: beim Schwarzstorch handelt es sich um eine Sonderstatusart).</p> <p>Zum Artenschutz sowie der Beeinträchtigung natürlicher Lebensräume bzgl. der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik wird auf die Anlage zu Synopse zur 2. Offenlage, Teil C1, verweisen. Auch hinsichtlich der</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Unverhältnismäßiger Eingriff in Natur- und Artenschutzgebiete</p> <p>Die vorgesehene Windvorrangfläche [WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen] liegt in einem bekannten Brut-, Nahrungs- und Fluggebiet geschützter Arten wie z. B. Rotmilan, Schwarzstorch und verschiedener Fledermausarten.</p> <p>Gemäß § 44 BNatSchG sind erhebliche Störungen sowie Tötung und Verletzung besonders geschützter Arten unzulässig. Ich fordere daher eine Herausnahme dieser Fläche aus der Planung.</p>	<p>geänderten Flächenkulisse Photovoltaik, inkl. der neu aufgenommenen Vorbehaltsgebiete FFPV-437-082 Lengenfeld und FFPV-437-083 Hohe Pfaffental ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange. Die Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin bzw. gleichermaßen auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Es kann daher vollständig auf den Wortlaut der Abwägung aus der 1. Offenlage verwiesen werden.</p>
<p>Eingriff in Natur und Umwelt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Massive Fundamente, Rodungen, Zufahrtsstraßen, schwarze Wüsten – die grüne Technik zerstört grüne Räume und Wohnraum von Tieren und Pflanzen. • Beeinträchtigung von Tierwelt, Insekten, Vögeln 	<p>Zu Hinweisen auf Artvorkommen im Umfeld der Vorranggebiete Windenergie und/oder der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik:</p> <p>Neben den o.g. Umweltprüfungen wurden die im Anhörungsverfahren eingegangenen Unterlagen zu Artvorkommen und Arthinweisen zu Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik in Hinblick auf die Relevanz für die regionale Planungsebene geprüft. Zu den genannten Artvorkommen sowie dem Hinweis auf ein (Wald-)Dichtezentrum des Rotmilans verweisen wir neben den obigen Aussagen auf die in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Teil B3) hierzu getroffene Abwägung, die auch für das in den Anregungen genannte Vorranggebiet Windenergie zutrifft. Belastbare Hinweise auf geschützte Arten (inkl. Sonderstatusarten Vögel und Fledermäuse), welche eine Reduktion des Vorranggebiets Windenergie oder der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erforderlich machen würden (Anforderungen an Gutachten oder Arthinweise s. Teil B.3 Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage und Teil D Anlage zur Synopse 2. Offenlage), liegen im oder im Umfeld des genannten Vorranggebiets Windenergie und der genannten Vorbehaltsgebiete Photovoltaik nicht vor. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegungen ist auch bei Berücksichtigung der genannten Vorkommen gegeben. Die weitergehende Prüfung möglicher Beeinträchtigung geschützter Arten ist häufig erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte für Windenergieanlagen oder Freiflächen-Photovoltaikanlagen möglich.</p>
<p>Die Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt sind absolut verheerend und inakzeptabel!</p> <p>Habitatzerstörung und Vogelschlag: Windkraftanlagen reißen Lebensräume in Stücke und sind eine tödliche Bedrohung für Vögel, die nachweislich von den Rotoren zerfetzt werden. Diese brutale Zerstörung der Natur darf nicht weiter hingenommen werden!</p>	
<p>Beeinträchtigung naturnaher Strukturen und gesetzlich geschützter Feuchtgebiete</p> <p>Die genannten Flächen berühren bzw. umfassen Bereiche mit Feuchtestellen, Drainagezonen, strukturreichem Grünland und ökologisch wertvollen Übergangsbiotopen. Diese stehen nach § 30 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) unter besonderem Schutz. Ein Eingriff in diese Strukturen durch großflächige Solarfelder widerspricht dem</p>	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Veränderungsverbot für Biotope und dem Grundsatz des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen nach Art. 20a Grundgesetz (GG).</p> <p>Artenschutzrechtlicher Konflikt – Verstoß gegen § 44 BNatSchG</p> <p>Nach den vorliegenden ornithologischen Kartierungen und örtlicher Beobachtungen befinden sich innerhalb und angrenzend an die Flächen Brut- und Nahrungshabitate geschützter Arten (z. B. Feldlerche, Neuntöter, Schlingnatter). Die Zerstörung oder erhebliche Störung dieser Arten bzw. ihrer Fortpflanzungs- und Ruhestätten ist gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG ausdrücklich verboten. Der Planentwurf enthält keine belastbare artenschutzrechtliche Prüfung.</p> <p>Die geplante Aufstellung des Flächennutzungsplans „Windenergie“ in der Gemarkung Leibertingen / Thalheim – Verletzung von Naturschutzrecht, Artenschutz und Pflicht zur Umweltprüfung.</p> <p>Der Plan verletzt in mehreren Punkten geltendes Recht und basiert auf nicht mehr aktuellen umweltrechtlichen Grundlagen. Besonders betroffen sind naturschutzrechtlich sensible Bereiche mit nachgewiesenem Vorkommen streng geschützter Arten (u. a. Rotmilan) und einem Dichtezentrum geschützter Greifvögel, die durch die geplante Windenergienutzung in ihrer Lebensraumfunktion erheblich gestört, verdrängt oder getötet würden.</p> <p>Verstoß gegen § 44 BNatSchG – Tötungsverbot bei Rotmilan-Dichtezentrum</p> <p>Die betroffene Fläche liegt nachweislich innerhalb eines Dichtezentrums des Rotmilans (<i>Milvus milvus</i>) – einer streng geschützten Art nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG i.V.m. Anhang I der EU-Vogelschutzrichtlinie. Die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb dieses Dichtezentrums führt zu einem signifikant erhöhten Kollisionsrisiko und ist daher nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) rechtswidrig. Bereits die Möglichkeit der Kollision mit nur einem Individuum genügt zur Verwirklichung des Tatbestands – eine populationsbezogene Betrachtung ist nicht erforderlich (vgl. BVerwG, Urteil vom 18.03.2009 – 9 A 39.07).</p>	<p>Zu Natura 2000:</p> <p>Für jedes Vorranggebiet Windenergie und jedes Vorbehaltsgebiet Photovoltaik wurden auf Ebene der Regionalplanung die erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter ermittelt sowie eine Natura 2000 - Vorabprüfung und eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt. In der Natura 2000 Vorabprüfung ist zu beurteilen, ob die Festlegungen des Regionalplans die Natura 2000-Gebiete angesichts der für sie festgelegten Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigen könnten und ob die Kohärenz des Netzwerkes Natura 2000 gefährdet sein könnte. Aus Sicht des Regionalverbands sind die in der Anregung genannten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete von den in der Anregung genannten Natura-2000-Gebieten ausreichend weit genug entfernt, um erhebliche Beeinträchtigungen auf die in der Anregung genannten Fallgruppen auszuschließen. In der Natura-2000-Vorabprüfung des Regionalplans erfolgt auf Basis einer überschlägigen Prognose eine Beurteilung, ob es für die spezifischen Erhaltungsziele des Natura-2000-Gebietes durch die jeweilige Planfestlegung erhebliche Beeinträchtigungen geben könnte oder ob sich diese offensichtlich ausschließen lassen. Kommt die Natura 2000-Vorabprüfung zu dem Ergebnis, dass erhebliche Beeinträchtigungen ausgeschlossen werden können, bedarf es keiner weiteren Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung (vertiefende Prüfung der Erheblichkeit) auf Ebene der Regionalplanung mehr. (vgl. Kap. 8.1 Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss). Dies ist in den in der Anregung genannten Vorranggebieten Windenergie und Vorbehaltsgebieten Photovoltaik der Fall. Aufgrund der obigen Ausführungen ist eine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung nach derzeitigem Kenntnisstand nicht erforderlich. Da keine erheblichen Beeinträchtigungen prognostiziert werden, wird auch nicht auf die Festlegung der in der Anregung genannten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete verzichtet. Die Natura 2000-Vorabprüfung ist ohne Kenntnis des Typs, der Zahl und der Ausführung der Anlagen, der konkreten Standorte, baubedingter Erschließungsmaßnahmen sowie des möglichen Zeitpunkts der Realisierung durchgeführt worden. Exakte Standorte bzw. Ausführungsformen werden erst auf der nachgelagerten</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Eine solche Planung ist somit unvereinbar mit dem Bundesnaturschutzgesetz und hätte in einem Genehmigungsverfahren keine Bestandskraft.</p> <p>Lebensraumverlust, Störung und Zerschneidung – § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB / Art. 4 EU-Vogelschutzrichtlinie</p> <p>Windkraftanlagen in dem betroffenen Raum beeinträchtigen erheblich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Brut-, Jagd- und Rückzugsverhalten betroffener Arten, - das ökologische Gefüge der umliegenden Wald- und Offenflächen, sowie die landschaftliche Durchlässigkeit für geschützte Großvögel und Fledermäuse. <p>Solche Stör- und Verdrängungseffekte sind im derzeitigen Plan nicht ausreichend berücksichtigt oder kompensiert. Das verstößt gegen das Abwägungsgebot nach § 1 Abs. 7 BauGB sowie gegen die Prüfungspflichten nach Art. 4 Abs. 4 der Vogelschutzrichtlinie.</p> <p>Forderung Ich fordere daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Streichung der Flächen in Leibertingen / Thalheim aus dem Planentwurf 2. die vollständige Aktualisierung des Umweltberichts, insbesondere in Bezug auf Artenschutz und Raumwiderstand 3. die Durchführung einer artenschutzrechtlichen Einzelfallprüfung, die das Dichtezentrum des Rotmilans rechtlich berücksichtigt 4. die Aussetzung des Planverfahrens bis zur Vorlage vollständiger, aktueller und rechtskonformer Unterlagen 	<p>Planungs- bzw. Genehmigungsebene bestimmbar, wenn das jeweilige Vorhaben räumlich und inhaltlich konkretisiert wird und damit auch die einzelnen Wirkungen des Vorhabens konkreter abgeschätzt werden können. Das Erfordernis von Natura-2000-Verträglichkeitsprüfungen auf Ebene der Regionalplanung ist nicht erkennbar.</p> <p>Die Prüfungsergebnisse der strategischen Umweltprüfung, der Natura 2000 – Vorabprüfung sowie der artenschutzrechtlichen Prüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Dabei wurde das Gewicht jedes Belangs angemessen berücksichtigt, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien aufgrund des normierten überragenden öffentlichen Interesses an deren Ausbau ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.</p> <p>Wir weisen zudem drauf hin, dass für die Regionalplanung (Raumordnungsplan gem. § 13 ROG) nicht das Abwägungsgebot gem. § 1 Abs. 7 BauGB (anzuwenden für Bauleitpläne gem. § 1 Abs. 2 BauGB) sondern nach § 7 Abs. 2 ROG maßgeblich ist.</p> <p>Die Ergebnisse der Umweltprüfung, der Natura 2000-Vorabprüfung und der Artenschutzrechtlichen Prüfung sowie die planerische Abwägung sind für jedes Vorranggebiet Windenergie und jedes Vorbehaltsgebiet Photovoltaik in den Steckbriefen (s. Anlagen 1 und 2 zum Umweltbericht, Entwurf zum Satzungsbeschluss) nachvollziehbar dokumentiert.</p>
<p>Beeinträchtigung ökologisch sensibler Gebiete und Arten</p> <p>Das Obere Donautal ist als FFH- und Vogelschutzgebiet Teil des europäischen Natura-2000-Netzes. Es beherbergt geschützte Arten, die durch Rotorenschlag und Lebensraumverlust gefährdet sind. Eine geplante Ausweisung ohne FFH-Verträglichkeitsprüfung (§ 34 BNatSchG) und UVP gemäß § 7 UVPG ist rechtswidrig.</p>	<p>Die Belange des Schutzgutes „Flora, Fauna und biologische Vielfalt“ der Natura 2000-Richtlinien sowie die artenschutzrechtlichen Belange wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie und der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik angemessen berücksichtigt.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Forderung:</p> <p>Auf Grundlage der obenstehenden rechtlichen, ökologischen, gesundheitlichen, kulturellen und touristischen Belange fordere ich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die vollständige Streichung der betroffenen Vorranggebiete auch im Umfeld der Gemeinde Leibertingen und des Oberen Donautals - die Durchführung einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung mit FFH-Verträglichkeitsprüfung - die Anerkennung des Oberen Donautals als besonders schutzwürdiger Raum, - die Berücksichtigung der Schutzgüter Mensch, Gesundheit, Erholung, Natur, Landschaft und Kultur nach Maßgabe der genannten Vorschriften 	<p>Die Strategische Umweltprüfung, die artenschutzrechtliche Prüfung und die Natura-2000-Vorabprüfung erfüllen die gesetzlichen Anforderungen, u.a. bezüglich § 8 Abs. 1 ROG i.V.m. § 2a LplG, § 7 Abs. 2 ROG und § 2 EEG und es erfolgte eine für die regionale Planungsebene ausreichende Prüfung von entgegenstehenden Belangen und ausreichende Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Umweltprüfung. Auf den Umweltbericht zum Entwurf des Teilregionalplans Energie wird verwiesen.</p> <p>Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen sowie Fragen zu den verwendeten Baustoffen und Betriebsmitteln werden im Rahmen nachgelagerter Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren geprüft, wenn die konkreten Standorte bzw. Flächen der Windenergie- oder Photovoltaikanlagen bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.</p> <p>Es besteht keine Notwendigkeit, das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie oder die genannten Vorbehaltsgebiete Photovoltaik aus den in den Anregungen genannten Gründen in seiner Größe zu verkleinern oder ganz zu streichen.</p> <p>Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung.</p> <p>Hinsichtlich der Aktualität der Umweltprüfung inkl. Natura 2000 -Vorabprüfung und artenschutzrechtlicher Prüfung wird auf die Anlage D „Gesetzliche Grundlagen und Planungsverfahren“ zur Synopse zur 2. Offenlage des Teilregionalplan Energie verwiesen.</p> <p>Es wird zudem auf den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss), sowie die Ausführungen zur Natura 2000 – Vorprüfung sowie zur artenschutzrechtlichen Prüfung im Umweltbericht sowie die Anlage 3 zum Umweltbericht verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Ansonsten wird auf die Abwägung der Stellungnahmen zur 1. Offenlage (inkl. Anlagen), das Planungskonzept (Entwurf zum Satzungsbeschluss Textteil Teilregionalplan Energie und Umweltbericht) sowie auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Eine artenschutzrechtliche Einzelfallprüfung, Verkleinerung bzw. Streichung der genannten Vorbehaltsgebiete und des genannten Vorranggebiets sowie eine Aussetzung des Verfahrens erfolgen aus den o.g. Gründen nicht.</p>

Denkmalschutz	
<p>Beeinträchtigung historischer und kultureller Stätten</p> <p>Die geplante Windvorrangfläche WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen beeinträchtigt die Sichtbeziehungen und das Umfeld historischer Bauwerke wie Burg Wildenstein, Schloss Meßkirch, örtliche Kirchengebäude in Thalheim, Meßkirch, Leibertingen, Kreenheinstetten und Altheim.</p> <p>Gemäß § 8 DSchG BW sowie § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB sind Belange des Denkmalschutzes zu wahren.</p> <p>Aber vor allem zerstört sie das einmalige Projekt „Campus Galli“. Hier wird nach einem 800 Jahre alten Klosterplan, mit mittelalterlichen Methoden eine mittelalterliche Klosterstadt erbaut. Ein in Europa einmaliges Projekt.</p> <p>Ich fordere daher die Herausnahme der Fläche WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen aus der Windkraftplanung des RVBO.</p>	<p>Alle in der Anregung genannten Bauwerke sind keine in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale.</p> <p>Zu sonstigen Kulturdenkmälern im Umfeld des in der Anregung genannten Vorranggebiets Windenergie (Burg Wildenstein, Schloß Meßkirch, Kirchengebäude) wird auf die Ausführungen zu „Berücksichtigung von Umgebungsschutz bei nicht im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen“ in Teil B.1 der Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Beim "Campus Galli" handelt es sich nicht um ein Kulturdenkmal, sondern um ein Freilichtmuseum.</p> <p>Die Aspekte der Schutzgüter "Landschaft" und "Mensch/Erholung" sind im Planungskonzept berücksichtigt (s. Begründung zu PS 4.2.1 sowie Kriterienkatalog und Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie in der Anlage zur Begründung Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Der Regionalverband hat dazu das Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft speziell für den Teilregionalplan Energie beauftragt (s. Umweltbericht sowie zweckdienliche Unterlagen zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie). Das</p>
<p>Schutz des Kulturdenkmals Burg Wildenstein</p> <p>Die Burg Wildenstein stellt ein bedeutendes Kulturdenkmal nach § 2 DSchG BW dar. Sie wird zudem als Jugendherberge und Bildungsstätte genutzt – insbesondere für Schulklassen, Familienfreizeiten und</p>	

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Bildungsaufenthalte junger Menschen. Die Errichtung von Windenergieanlagen im direkten Blickfeld beeinträchtigt die Wahrnehmung und historische Wirkung der Anlage wesentlich, was gemäß § 15 DSchG BW (Schutzwirkung des Umfelds von Kulturdenkmälern) nicht zulässig ist.</p> <p>Forderung:</p> <p>Auf Grundlage der obenstehenden rechtlichen, ökologischen, gesundheitlichen, kulturellen und touristischen Belange fordere ich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die vollständige Streichung der betroffenen Vorranggebiete auch im Umfeld der Gemeinde Leibertingen und des Oberen Donautals - die Berücksichtigung der Schutzgüter Mensch, Gesundheit, Erholung, Natur, Landschaft und Kultur nach Maßgabe der genannten Vorschriften 	<p>Freiluftmuseum Campus Galli wurde dort als regional bedeutsames landschaftsgebundenes Ausflugsziel berücksichtigt. Aus Sicht des RVBO ist der Detaillierungsgrad des Gutachtens aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung ausreichend.</p> <p>Für jedes Vorranggebiet Windenergie wurde anhand des o.g. Gutachtens und weiterer Parameter zudem die erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter „Landschaft“ und "Mensch/Erholung" auf Ebene der Regionalplanung ermittelt und im Umweltbericht sowie in Steckbriefen bewertet und dokumentiert (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss).</p> <p>Diese Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Bei dem in der Anregung genannten Vorranggebiet Windenergie wurde im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung und unter Berücksichtigung der oben genannten Aspekte der Windenergienutzung aufgrund von § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (überragendes öffentliches Interesse erneuerbarer Energien, Gewichtungsvorrang) gegenüber den Aspekten "Landschaft" sowie "Mensch/Erholung" der Vorrang eingeräumt.</p> <p>Die Belange der Schutzgüter „Landschaft“ und "Mensch/Erholung" wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen angemessen berücksichtigt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Eine Herausnahme oder (weitere) Reduzierung des genannten Vorranggebiets erfolgt nicht.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
--------------------------	--------------------------

Landschaftsbild, Erholung, Tourismus	
<p>Landschaftsbild, Erholung</p> <p>Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Fortschreibung des Regionalplans Bodensee-Oberschwaben, Teilbereich Windenergie, erhebe ich hiermit form- und fristgerecht Widerspruch gegen die geplante Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen auf der Gemarkung der Gemeinde, insbesondere unter Berücksichtigung des Schutzgebietsstatus des Oberen Donautals, der kulturellen, ökologischen und touristischen Bedeutung der Region sowie der gesetzlichen Verpflichtung zum Schutz von Mensch und Umwelt.</p> <p>Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Kulturlandschaft</p> <p>Die geplanten Vorrangflächen für Windenergieanlagen liegen im sensiblen Naturraum des Oberen Donautals, einem der herausragendsten Mittelgebirgsräume Süddeutschlands mit überregionalem Erholungswert. Eine herrliche Aussicht auf die Alpenkette, insbesondere das Alpsteingebiet mit dem markanten Säntis ist wohltuend für Körper und Seele. Dies wird auf diversen Tourismusmessen vorgestellt und beworben. Durch immens hohe Windräder werden solche Anstrengungen jedoch zunichte gemacht. Durch die Aufstellung großtechnischer Windkraftanlagen mit Höhen über 285 m wird das Landschaftsbild dauerhaft und tiefgreifend verändert – entgegen den Vorgaben aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> - § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB: Schutz des Landschaftsbildes und der Kulturlandschaft - § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG: Raumordnerische Verpflichtung zur Erhaltung landschaftlicher Vielfalt - § 1 Abs. 1 BNatSchG: Schutz von Natur und Landschaft als Lebensgrundlage und Erholungsraum <p>Erholungswert und Schutzgut "Erholung"</p> <p>Leibertingen liegt im Naturpark Obere Donau, dessen Satzung den Schutz der Landschaft, der Artenvielfalt und des sanften Tourismus</p>	<p>Die Aspekte der Schutzgüter "Mensch/Erholung/menschliche Gesundheit", inkl. Tourismus, „Landschaft“ und „Kultur- und Sachgüter“ einschließlich des planerischen Leitprinzips der dezentralen Konzentration sowie der Vermeidung einer Überlastung bzw. Umzingelung sind im Planungskonzept und in der strategischen Umweltprüfung berücksichtigt (s. Begründung zu PS 4.2.1 und 4.2.3 sowie Kriterienkataloge und Erläuterungen zu den Kriterien zur Festlegung der Vorranggebiete Windenergie und der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung sowie im Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss). Der Regionalverband hat dazu zudem das Fachgutachten zur Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft speziell für den Teilregionalplan Energie beauftragt. Ziel dieses Fachbeitrags „Bewertung von Landschaftsbild und Erholungsfunktion der Landschaft“ (PAN Planungsbüro für angewandten Naturschutz GmbH, 2023) war eine nachvollziehbare, objektive und reproduzierbare Analyse für die ganze Region. Diese Bewertung wurde eingriffsbezogen durchgeführt, d.h. es wurden explizit die Konfliktintensität von Landschaftsbild und Erholung in Bezug auf Wind- und Solarenergie in der Region beurteilt.</p> <p>Im Gutachten und in der strategischen Umweltprüfung wurden auch die wertvollen Erholungsbereiche innerhalb des Naturparks Obere Donau durch ihre hohe Landschaftsbildbewertung und durch die Einbeziehung der regional bedeutsamen Rad- und Wanderwege sowie Aussichtspunkte und Kulturdenkmäler berücksichtigt. Zudem geht der Naturpark als Schutzbelang des Schutzgutes Landschaft in die strategische Umweltprüfung ein (s. Umweltbericht sowie zweckdienliche Unterlagen zum Entwurf zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie). Aus Sicht des RVBO ist der Detaillierungsgrad aufgrund des Maßstabs der Regionalplanung ausreichend.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>explizit festschreibt. Die Region ist geprägt durch ein Naturbad, einen Campingplatz, ein Segelfluggelände, vielfältige Wander- und Radwege, Fischgewässer sowie naturnahe Bildungsorte wie Burg Wildenstein.</p> <p>Diese Strukturen sind Teil der übergeordneten Schutzgüter "Landschaft" und "Erholung" gem. § 2 Abs. 1 UVPG, § 1 Abs. 1 BNatSchG, § 50 BIm-SchG sowie § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 BauGB.</p> <p>Beeinträchtigung des Tourismus und wirtschaftlicher Strukturen</p> <p>Der Tourismus in Leibertingen und dem Oberen Donautal basiert auf der Natur- und Kulturlandschaft. Windenergieanlagen führen erfahrungsgemäß zu einem Rückgang des Übernachtungs- und Tagestourismus. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> - § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG (Schutz des Menschen und seiner wirtschaftlichen Grundlagen), - Zielen des Naturparks Obere Donau, - Raumordnungsfunktion des ländlichen Raums zur Förderung von Erholung, Kultur und Tourismus. <p>Forderung:</p> <p>Auf Grundlage der obenstehenden rechtlichen, ökologischen, gesundheitlichen, kulturellen und touristischen Belange fordere ich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die vollständige Streichung der betroffenen Vorranggebiete auch im Umfeld der Gemeinde Leibertingen und des Oberen Donautals - die Durchführung einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung mit FFH-Verträglichkeitsprüfung - die Anerkennung des Oberen Donautals als besonders schutzwürdiger Raum, - die Berücksichtigung der Schutzgüter Mensch, Gesundheit, Erholung, Natur, Landschaft und Kultur nach Maßgabe der genannten Vorschriften 	<p>Für die Region gesamt sowie für jedes Vorranggebiet Windenergie und jedes Vorbehaltsgebiet Photovoltaik wurden anhand des o.g. Gutachtens und weiterer Parameter zudem die erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter „Landschaft“ und „Mensch/Erholung“ auf Ebene der Regionalplanung ermittelt und im Umweltbericht sowie in Steckbriefen bewertet und dokumentiert (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie).</p> <p>Diese Prüfergebnisse wurden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG).</p> <p>Die Belange der genannten Schutzgüter sowie die Belange des Landschaftsraums „Oberes Donautal“ wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie und der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik angemessen berücksichtigt. Im Umweltbericht sowie in den Steckbriefen wird zudem auf die Notwendigkeit der Vermeidung/Minimierung von Beeinträchtigungen durch eine konfliktarme Ausgestaltung bei der Planung von Windenergie- und Photovoltaikanlagen und Festlegung geeigneter Maßnahmen im Rahmen der konkreten Projektplanung hingewiesen. Die tatsächlichen Betroffenheiten und Auswirkungen ergeben sich maßgeblich aus der Projektausgestaltung.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Es besteht keine Notwendigkeit, die in der Anregung genannten Vorranggebiete Windenergie und die genannten Vorbehaltsgebiete Photovoltaik</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Landschaftsbild und Ästhetik</p> <p>Windräder und FFPV-Anlagen in der geplanten Menge werden das natürliche Landschaftsbild drastisch und unwiderruflich verändern – insbesondere bei uns im ländlichen Raum.</p> <p>So konnte die Stadt Friedrichshafen eine 10 ha FFPV-Fläche in der Nähe einer Bundesstraße mit der Begründung „Verschandelung der Landschaft“ ablehnen. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen, unsere Landschaft ist unberührter und wird dadurch erheblicher verschandelt.</p> <p>Höhe und Sichtbarkeit</p> <p>Die geplanten Windräder sind über 250 Meter hoch und aus großer Entfernung sichtbar, auch nachts durch blinkende Hindernisbefeuerung (rote Lichter). Auch bei dichter Bepflanzung oder Bewaldung sind sie nicht zu verdecken. Auch tagsüber reduzieren/beeinträchtigen Sie das Landschaftsbild erheblich.</p>	<p>aus den in der Anregung genannten Gründen in ihrer Größe zu verkleinern oder ganz zu streichen. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p> <p>Zur Forderung einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung wird auf die Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Teile B3, C1) verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
--------------------------	--------------------------

Land- und Forstwirtschaft	
<p>Konflikte mit Landwirtschaft und Forstwirtschaft</p> <p>Bei der ausgewiesenen Windvorrangfläche [WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen] und den ausgewiesenen Vorbehaltsgebieten für PV-Nutzung FFPV-437-025 Kreenheinstetten-Nord-Ost; FFPV-437-028 Thalheim-Nord Kreuzen; FFPV-437-029 Leibertingen-Süd [Name anonymisiert] ; FFPV-437-037 Altheim, FFPV-437-082 Lengenfeld, FFPV-437-083 Hohe Pfaffental handelt es sich um wertvolle land- bzw. forstwirtschaftlich genutzte Flächen.</p> <p>Eine Bebauung würde bestehende Nutzungen erheblich einschränken ja sogar unmöglich machen.</p> <p>Wenn immer noch mehr Landwirtschaftliche Flächen für PV Anlagen genutzt werden ist es für den Landwirt immer noch schwieriger Lebensmittel wirtschaftlich anzubauen. Die Pachtpreise werden damit immer weiter nach oben gehen. Somit wird das Bauernsterben deutlich beschleunigt. Aus meinem Persönlichen Umfeld sehe ich die Schwierigkeit in der heutigen Zeit mit den wenigen Landwirten die noch den Beruf ausüben weitere wertvolle Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden.</p> <p>Es ist weitläufig bekannt, dass nicht nur die riesigen, gerodeten Flächen selbst zerstört werden, sondern auch weitläufige, angrenzende Waldflächen. Dadurch wird Waldboden verstärkt ausgetrocknet, was wiederum die Anfälligkeit des Waldbestandes für Krankheiten und Käferbefall verstärkt. Gerade als Privatwaldbesitzer fühle ich mich hier direkt betroffen.</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 5 und 6 BauGB ist der Landwirtschaft Vorrang einzuräumen, insbesondere in strukturschwachen Regionen. Ich fordere daher die vollständige Herausnahme der PV-Fläche, sowie die Zurücknahme der Flächenvergrößerung der Windvorrangfläche gegenüber den bestehenden FNP's.</p>	<p>Zum Vorranggebiet WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen:</p> <p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere Teil B1 sowie auf das Planungskonzept (Textteil Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen.</p> <p>Zu den genannten Vorbehaltsgebieten Photovoltaik:</p> <p>Von den genannten Vorbehaltsgebieten sind keine Waldflächen betroffen.</p> <p>Zu den Belangen der Landwirtschaft: Die Ermittlung und Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss des Teilregionalplans Energie sowie im Umweltbericht dokumentiert (s. Begründung zu PS 4.2.3 sowie Kriterienkatalog und Erläuterung</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>auch mit den präsentierten Planungen der aktuellen, zweiten Offenlage wird der Land- und Forstwirtschaft übermäßig Fläche für die Nahrungsmittelproduktion entzogen, zumal der Umfang der Flächen deutlich über dem vom Bund an den Regionalverband ausgegebenen Zielen liegt. Es findet als Luxus- und Vorratshaltungskonsum an unserer Fläche statt. Die Argumentation, dass in der Raumschaft um unsere Gemeinde Leibertingen herum "minderwertige" Bodenverhältnisse und Anbaumöglichkeiten vorherrschten ist nicht stichhaltig, denn dann müsste dies ja auch für die Erzeugung Erneuerbarer Energien gelten, die an anderen Stellen deutlich mehr Ertrag bringen, als hier. Also kann dies keine Begründung sein. Sie zeugt außerdem von fachlicher Unkenntnis. Gleichzeitig ist die Erzeugung von Lebensmitteln eine der herausragenden Fragen unserer Zeit, die der des Klimaschutzes gleichkommt. In Zeiten des Klimawandels kann in Gunstregionen wie der unseren in Mitteleuropa, die für die globale Lebensmittelversorgung enorm wichtig ist, nicht so verschwenderisch mit landwirtschaftlichen Anbauflächen umgegangen werden. Das ist sowohl im nationalen als auch im globalen Kontext unverantwortlich.</p> <p>Daher lehne ich die aktuelle Planung ab und fordere den RVBO auf, den Flächenumfang mindestens auch das vom Bund ausgegebene Ziel zu reduzieren, dabei die schon seitens der Gemeinde ausgewiesenen Flächen zu berücksichtigen und keinen Luxuskonsum an unserer Fläche zu betreiben!</p>	<p>zu den Kriterien zur Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in der Anlage zur Begründung und Umweltbericht des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie). Dabei wurden auch die genannten Belange der Landwirtschaft angemessen berücksichtigt.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in Teilräumen der Region mit weit überwiegend schlechter Wertigkeit der Böden (v.a. in Teilen des Landkreises Sigmaringen) berücksichtigt wurde, dass hier die Vorbehaltsflur II (Flurbilanz 2022) die regional höchste Wertigkeit besitzt. Daher wurden die Vorbehaltsgebiete Photovoltaik in diesen Gebieten überwiegend auf (Unter-)Grenzfluren festgelegt. In begründeten Fällen wurden allerdings auch Flächen der Vorbehaltsflur II in diesen Gebieten in die Kulisse der Vorbehaltsgebiete Photovoltaik aufgenommen. Aufgrund des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) wird im Teilregionalplan Energie kein genereller Ausschluss für Freiflächensolaranlagen in Vorbehaltsgebieten I und II im Landkreis Sigmaringen und / oder auf Albstandorten definiert.</p> <p>Im Umweltbericht wird zudem auf die Notwendigkeit der Vermeidung/Minimierung von Beeinträchtigungen sowie durch Festlegung geeigneter Maßnahmen im Zuge der nachgelagerten Planungs- und Zulassungsverfahren hingewiesen. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Es wird zudem auf die Anlage C1 der Synopse zur 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Eine Herausnahme der in der Anregung genannten Vorbehaltsgebiete aus der Flächenkulisse erfolgt nicht.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
--------------------------	--------------------------

Sparsamer Umgang mit Grund und Boden	
<p>Verletzung des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden (§ 1a Abs. 2 BauGB)</p> <p>Der Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Boden wird durch die Ausweisung großflächiger technischer Nutzungen auf Landwirtschaftsflächen verletzt.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich überwiegend auf Sachverhalte, welche so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse Photovoltaik, inkl. der neu aufgenommenen Vorbehaltsgebiete FFPV-437-082 Lengenfeld und FFPV-437-083 Hohe Pfaffental ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange.</p> <p>Die genannten Aspekte der Schutzgüter „Fläche“, „Boden“ inkl. Landwirtschaft sind im Planungskonzept berücksichtigt (s. Begründung sowie Kriterienkataloge und Erläuterungen zu den Kriterien in der Anlage zur Begründung des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie und Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss). Für jedes Vorranggebiet Windenergie und jedes Vorbehaltsgebiet Photovoltaik wurden zudem die erheblichen Umweltauswirkungen auf Ebene der Regionalplanung ermittelt und im Umweltbericht sowie in Steckbriefen bewertet und dokumentiert (s. Umweltbericht zum Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss). Die Aspekte wurden in die regionalplanerische Abwägung für alle Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik (inkl. der Änderungen zur 2. Offenlage) gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Belange der Schutzgüter „Fläche“, „Boden“ inkl. Landwirtschaft wurden bei der regionalplanerischen Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie und Vorbehaltsgebiete Photovoltaik angemessen berücksichtigt. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Der Regionalverband hält sich bei seiner Planung an die rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Zu den in der Anregung genannten Belangen der Landwirtschaft wird zudem auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Weiterhin wird auf die Abwägung der Stellungnahmen zur 1. Offenlage (inkl. Anlagen), das Planungskonzept (Textteil Teilregionalplan Energie und Umweltbericht, Entwurf zum Satzungsbeschluss) sowie auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Eine Herausnahme oder (weitere) Reduzierung der genannten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete erfolgt nicht.</p>

Veralteter Flächennutzungsplan - Pflicht zur erneuten Umweltprüfung (§ 2 Abs. 4 BauGB, UVPG)	
<p>Der zugrundeliegende Flächennutzungsplan stammt aus dem Jahr 2017 und ist damit nicht mehr aktuell. Laut Rechtsprechung und Verwaltungspraxis muss eine erneute Umweltprüfung erfolgen, wenn sich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - naturschutzfachliche Grundlagen, - das Artenspektrum, - klimatische oder landschaftliche Bedingungen - oder die rechtliche Lage (z. B. FFH-Gebietsstatus) seitdem wesentlich verändert haben. <p>Die Nichtaktualisierung der Umweltprüfung verstößt gegen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - § 2 Abs. 4 BauGB, - §§ 6 ff. UVPG, - sowie das europarechtliche Vorsorgeprinzip gemäß Art. 6 Abs. 3 FFH-Richtlinie. <p>Ohne aktuelle Bewertung ist der Plan nicht rechtssicher beschlussfähig.</p> <p>Forderung</p> <p>Ich fordere daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Streichung der Flächen in Leibertingen / Thalheim aus dem Planentwurf 2. die vollständige Aktualisierung des Umweltberichts, insbesondere in Bezug auf Artenschutz und Raumwiderstand 	<p>Hierzu verweisen wir auf die in der Anlage zur Synopse der 1. Offenlage (Teile A, B3, C1) zum selben Aspekt getroffenen Aussagen, die auch für das genannte Vorranggebiet Windenergie und die geänderte Flächenkulisse Photovoltaik, inkl. der neu aufgenommenen Vorbehaltsgebiete FFPV-437-082 Lengenfeld und FFPV-437-083 Hohe Pfaffental zutreffen. Auch hinsichtlich der geänderten Flächenkulisse Photovoltaik ergeben sich durch die Anregung keine neuen oder stärker betroffenen Belange.</p> <p>Hinsichtlich der Aktualität der naturschutzfachlichen Grundlagen und der Umweltprüfung verweisen wir zudem auf die Anlage D „Gesetzliche Grundlagen und Planungsverfahren“ zur Synopse zur 2. Offenlage des Teilregionalplans Energie. Wir weisen zudem darauf hin, dass der Umweltbericht, inkl. Artenschutzrechtlicher Prüfung und Natura 2000-Vorabprüfung zum Teilregionalplan Energie zum 2. Offenlageentwurf aktualisiert wurde.</p> <p>Bezüglich der Berücksichtigung kommunaler Planungen sowie artenschutzrechtlicher Belange und des Dichtezentrums des Rotmilans wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>3. die Durchführung einer artenschutzrechtlichen Einzelfallprüfung, die das Dichtezentrum des Rotmilans rechtlich berücksichtigt</p> <p>4. die Aussetzung des Planverfahrens bis zur Vorlage vollständiger, aktueller und rechtskonformer Unterlagen</p>	<p>Zudem wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil Teilregionalplan Energie, Entwurf zum Satzungsbeschluss) und den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) sowie auf die Anlagen zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hält sich bei seiner Planung an die zum Planungszeitpunkt geltenden rechtlichen Vorgaben.</p> <p>Es besteht keine Notwendigkeit, das in der Anregung genannte Vorranggebiet Windenergie oder die genannten Vorbehaltsgebiete Photovoltaik aus den in der Anregung genannten Gründen in seiner Größe zu verkleinern oder ganz zu streichen. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.</p>

Unverhältnismäßige Flächeninanspruchnahme durch Freiflächen-PV – Konflikt mit Landwirtschaft, Artenvielfalt und Kulturlandschaft	
<p>Unverhältnismäßige Flächeninanspruchnahme durch Freiflächen-PV – Konflikt mit Landwirtschaft, Artenvielfalt und Kulturlandschaft</p> <p>Die geplanten Solarflächen in den Bereichen FFPV-437-025 (Kreenheinstetten-Nord-Ost), FFPV-437-028 (Thalheim-Nord Kreuzen), FFPV-437-029 (Leibertingen-Süd [Name anonymisiert]), FFPV-437-037 (Altheim), FFPV-437-082 (Lengenfeld) sowie FFPV-437-083 (Hohe Pfaffental) stehen exemplarisch für eine verfehlte Planung hinsichtlich Flächeneffizienz und Umweltverträglichkeit.</p> <p>Diese Photovoltaik-Großanlagen beanspruchen wertvolle landwirtschaftlich nutzbare Flächen, die sowohl für die regionale Nahrungsmittelproduktion als auch für den Erhalt der Biodiversität von Bedeutung sind. Der</p>	<p>Zu den in der Anregung genannten Belangen des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden, der Land- und Forstwirtschaft, Natur-, Artenschutz und Biodiversität sowie Landschaftsbild und Erholung wird auf die vorangegangenen Abwägungen zum gleichen Sachverhalt verwiesen.</p> <p>Eine Herausnahme der in der Anregung genannten Vorbehaltsgebiete aus der Flächenkulisse erfolgt nicht.</p> <p>Weiterhin (auch zur Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen) wird auf die Abwägung der Stellungnahmen zur 1. Offenlage (inkl. Anlagen), das Planungskonzept (Entwurf zum Satzungsbeschluss des Textteils Teilregionalplan Energie und Entwurf zum Satzungsbeschluss des</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>damit verbundene Verlust offener Feldlandschaften, Heckenstrukturen und Rückzugsräume für Feldvögel, Insekten und andere Arten gefährdet nicht nur die Artenvielfalt, sondern zerstört auch die gewachsene Kulturlandschaft, die für das Erscheinungsbild und die Identität der Region prägend ist.</p> <p>Zusätzlich führen solche Anlagen zu:</p> <ul style="list-style-type: none"> • einer erheblichen landschaftlichen Verunstaltung (sog. „Verspiegelung“ und „Flächenverödung“), • einer Zerschneidung ökologischer Korridore, • der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes in Erholungsräumen und touristisch genutzten Gebieten, • und der faktischen Versiegelung großer Bodenflächen durch Zaunanlagen, Trafostationen und Erschließungswege. <p>Vor allem aber widerspricht der Einsatz von FFPV in naturnahen oder landwirtschaftlich produktiven Regionen dem Gebot der sparsamen und schonenden Bodennutzung gemäß § 1a Abs. 2 BauGB sowie dem Prinzip der Doppelnutzung (z. B. Dachflächen- oder Agri-PV-Nutzung). Solche Freiflächenprojekte sind – insbesondere in ökologisch sensiblen Gebieten – weder energetisch effizient noch nachhaltig.</p> <p>Ich fordere daher die ersatzlose Streichung aller genannten FFPV-Vorbehaltsgebiete aus dem Teilregionalplan.</p>	<p>Umweltbericht) sowie auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
--------------------------	--------------------------

Mangelnde vertragliche Absicherung der Betreiberpflichten	
<p>Mangelnde vertragliche Absicherung der Betreiberpflichten nach § 11 BauGB</p> <p>Bislang ist unklar, inwiefern etwaige Auflagen zu Umwelt-, Gewässerschutz oder Brandschutz über städtebauliche Verträge oder Satzungsregelungen nach § 11 BauGB auf die künftigen Betreiber oder Investoren rechtssicher übertragen werden. Ohne diese Absicherung ist die Planung mit Blick auf die Anforderungen an die gemeindliche Planungshoheit (§§ 1, 2 BauGB; Art. 28 Abs. 2 GG) fehlerhaft.</p> <p>Konsequenz: Herausnahme der Fläche aus der Planung</p> <p>Die benannten Mängel sind gravierend und rechtlich nicht heilbar im Rahmen des aktuellen Planverfahrens. Ich fordere daher die vollständige Herausnahme der Fläche Leibertingen aus dem Teilregionalplan Energie des RVBO.</p> <p>Zusammenfassung der maßgeblichen Rechtsgrundlagen:</p> <p>§ 35 BauGB – Bauen im Außenbereich § 17 Abs. 3 LBO BW – Brandschutz § 11 BauGB – städtebauliche Verträge REACH-VO (EG) Nr. 1907/2006 – Umweltchemikalien Art. 28 Abs. 2 GG – kommunale Selbstverwaltung</p> <p>Forderung:</p> <p>Auf Grundlage der obenstehenden Baurechtlichen, Brandschutzrechtlichen, Städtebaurechtlichen, gesundheitlichen, kommunalrechtlichen Belange fordere ich:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die vollständige Streichung des betroffenen Vorranggebietes - die Durchführung aller erforderlichen -Gutachten und deren vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung mit FFH-Verträglichkeitsprüfung - die Berücksichtigung aller Schutzgüter Mensch, Gesundheit, Erholung, Natur, Landschaft und Kultur nach Maßgabe der genannten Vorschriften 	<p>Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich u.a. auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen sowie Fragen zu den verwendeten Baustoffen und Betriebsmitteln sowie zu Umweltauflagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Diese Fragen sind nicht Aufgabe der Regionalplanung.</p> <p>Hinsichtlich der naturschutzfachlichen Gutachten, Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Berücksichtigung der Schutzgüter wird auf die vorangegangene Abwägung verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
--------------------------	--------------------------

Wertverlust von Immobilien	
<p>d) Wertverlust von Immobilien</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wer in der Nähe von Windrädern wohnt, kann sein Haus oft nicht mehr verkaufen oder nur mit drastischem Preisabschlag. • Das trifft besonders Familien, Rentner, Menschen, die in ihr Zuhause investiert haben – es ist ein schleichender Enteignungsprozess. 	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird die Anregung an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis genommen und es wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen), insbesondere zum gleichen Sachverhalt auf Teil B.1 verwiesen.</p>
<p>Immobilienwert</p> <p>Es ist nachgewiesen, dass Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen erheblich an Wert verlieren, was auch mit der visuellen Präsenz zusammenhängt. Eine Kompensation ist in der Planung des RVBO nicht vorgesehen, was zu einer sozialen Ungleichheit führt.</p>	

Fehlende Wirtschaftlichkeit und Windhöffigkeit	
<p>Fehlende Wirtschaftlichkeit und Windhöffigkeit</p> <p>Bei der geplanten Windvorrangfläche WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen handelt es sich um ein Gebiet mit nachweislich geringer Windhöffigkeit (z. B. laut Windatlas BW). Die Errichtung von Windenergieanlagen ist hier ineffizient und mehr als wirtschaftlich fragwürdig. Eine Windmessung auf den SWR Sender Meßkirch-Rohrdorf ergab nachweislich nur 4,2m/s. Das Gutachten hatten die Kommunen Meßkirch, Leibertingen und Sauldorf gemeinsam in Auftrag gegeben und zur Einstellung des Projektierers ENBW geführt, da ein wirtschaftlicher Betrieb nicht dargestellt werden konnte.</p> <p>Zudem sind die Aussagen des Windatlas BW in ihrer Generalisierung methodisch nicht belastbar genug, um als alleinige Planungsgrundlage</p>	<p>Bezüglich der Windhöffigkeit wird auf die Anlage zur Synopse zur 2. Offenlage, Teil E.2 und die Anlage B.4 zur Synopse 1. Offenlage verwiesen.</p> <p>Die gesetzliche Ausgestaltung der Energiewende ist nicht Gegenstand der vorliegenden Aufstellung des Teilregionalplans Energie.</p> <p>Hinsichtlich der Energiepolitik und der fehlenden Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen wird zudem auf die Anlage zur Synopse zur 1. Offenlage, Teil A und B.1, verwiesen.</p> <p>Zum sparsamen Umgang mit Grund und Boden wird auf die vorangegangene Abwägung zum selben Sachverhalt verwiesen.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
--------------------------	--------------------------

<p>zu dienen. Die Planungsentscheidung auf Basis veralteter, nicht validierter Daten widerspricht dem Grundsatz der fachlich fundierten Entscheidungsfindung und dem Vorsorgeprinzip der Raumordnung.</p> <p>Gemäß § 1a Abs. 2 BauGB ist mit Grund und Boden sparsam und schonend umzugehen. Der Einsatz öffentlicher Ressourcen in ungeeigneten Gebieten unter Missachtung der Wirtschaftlichkeit stellt eine klare Verfehlung dieses Grundsatzes dar.</p> <p>Eine Nutzung solcher Flächen steht im Widerspruch zum Grundsatz der sparsamen Bodennutzung nach § 1a Abs. 2 BauGB und widerspricht dem Ziel einer effektiven Energiewende. Es sind immer mehr Wissenschaftler und Vertreter der Energiewirtschaft (wie zuletzt in einem Bericht der EnBW zu lesen), die bestätigen, dass die ideologische und teilweise tatsachenferne Politik der alten Bundesregierung zu massiven, wirtschaftlichen Schäden führt. Die schon vor Jahren vorausgesagten Probleme mit Strompreisen und der immer schlechter werdenden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sind ein Beweis dafür, dass diese Energiepolitik vollkommen fehlgeleitet ist.</p> <p>Ich fordere die Streichung der gesamten Vorrangfläche WEA-437-011 Meßkirch-Leibertingen</p>	
--	--

Umwelt- und Sicherheitsbelange / Brandschutz	
<p>Umwelt- und Sicherheitsbelange / Brandschutz</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Ausweisung ist aus mehreren rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht haltbar und verletzt höherrangige Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsbelange.</p> <p>Unzureichende Brandschutzmaßnahmen nach § 17 Abs. 3 LBO BW</p>	<p>Die aufgeworfenen Fragen und genannten Anregungen sind nicht Gegenstand des laufenden Planungsverfahrens, sondern beziehen sich auf technische Parameter unterschiedlicher Typen von Windenergieanlagen bzw. der Eindämmung von potenziellen Gefahren, die sich aus dem Betrieb von Windenergieanlagen ergeben könnten. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahrens für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R.</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
<p>Das ausgewiesene Gebiet befindet sich überwiegend im oder in unmittelbarer Nähe zu Waldflächen. Gemäß § 17 Abs. 3 Landesbauordnung Baden-Württemberg (LBO BW) sind bauliche Anlagen nur zulässig, wenn diese keine unzumutbare Brandlast darstellen und eine ausreichende Löschwasserversorgung sowie gesicherte Zufahrtswege für Rettungskräfte gewährleistet sind. Diese Voraussetzungen sind für die geplante Fläche bislang nicht belegt und kann auch nicht ohne weitere Natur Zerstörung hergestellt werden.</p> <p>Konsequenz: Herausnahme der Fläche aus der Planung</p> <p>Die benannten Mängel sind gravierend und rechtlich nicht heilbar im Rahmen des aktuellen Planverfahrens. Ich fordere daher die vollständige Herausnahme der Fläche Leibertingen aus dem Teilregionalplan Energie des RVBO.</p> <p>Zusammenfassung der maßgeblichen Rechtsgrundlagen:</p> <p>§ 35 BauGB – Bauen im Außenbereich § 17 Abs. 3 LBO BW – Brandschutz § 11 BauGB – städtebauliche Verträge REACH-VO (EG) Nr. 1907/2006 – Umweltchemikalien Art. 28 Abs. 2 GG – kommunale Selbstverwaltung</p>	<p>immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Ggf. wird der Genehmigungsbescheid mit Auflagen verknüpft.</p>

Waldverlust	
<p>Waldverlust</p> <p>Einerseits gilt der Wald als bester CO₂-Speicher; andererseits wird pro Windkraftanlage eine Hektargroße Fläche gerodet und nicht wieder aufgeforstet (was für ein Widerspruch). Jede Kiesabbaufirma wird zu Renaturierung verpflichtet.</p>	<p>Die Anregung bezieht sich auf einen Sachverhalt oder mehrere Sachverhalte, welche oder welcher so oder in ähnlicher Form bereits in der 1. Offenlage zum Teilregionalplan Energie abgewogen und abgehandelt wurde bzw. wurden bzw. im Planungskonzept berücksichtigt sind. Die Anregung bezieht sich auch nicht auf eine Änderung des 2. Offenlageentwurfs Teilregionalplan Energie. Gemäß öffentlicher Bekanntmachung bzw. Anschreiben an die Träger öffentlicher Belange kann in Bezug auf die Änderungen des Planentwurfs Stellung genommen werden. Dies ist</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
--------------------------	--------------------------

	in der vorliegenden Anregung nicht erfolgt und es werden auch keine neuen Belange vorgebracht. Die Prüfung und Abwägung zur 1. Offenlage trifft weiterhin auf die in der Anregung genannten Aspekte zu. Daher wird auf die Synopse der Abwägung der Stellungnahmen aus der 1. Offenlage (inkl. Anlagen) sowie auf das Planungskonzept (Textteil des Entwurfs zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie) und den Umweltbericht (Entwurf zum Satzungsbeschluss) verwiesen.
--	---

FFPV tragen zur Erderwärmung bei	
<p>Die FFPV Felder stellen schwarze Wüsten dar und bedecken dauerhaft derzeit freie Grünflächen und grüne Landschaften</p> <p>Für die FFPV-Flächen werden unverbaute Flächen verwendet, dies steht in dem Widerspruch, dass bebaute Flächen zur Erderwärmung beitragen</p>	<p>Die Aufstellung des Teilregionalplans Energie begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD), Europäisches Klimagesetz) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land - WindBG), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG.</p> <p>Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen.</p> <p>Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Der Regionalverband hält sich bei der Aufstellung des Teilregionalplans Energie an die gesetzlichen Vorgaben.</p> <p>Die Festlegung von Vorbehaltsgebieten Photovoltaik entspricht somit der Landesvorgabe gem. § 21 KlimaG BW, wonach in den Regionalplänen</p>

Einwendung/Themenbereich	Erläuterung der Abwägung
	<p>Gebiete in einer Größenordnung von mindestens 0,2 Prozent der jeweiligen Regionsfläche für die Nutzung von Photovoltaik auf Freiflächen festgelegt werden sollen.</p> <p>Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben hat sich zudem im Interesse von Versorgungssicherheit und Klimaschutz sowie der auf Grund der im deutschlandweiten Vergleich hohen Sonnenscheindauer und hohen jährlichen Globalstrahlung besonderen Eignung der Region für Photovoltaik, bewusst dafür entschieden, vorsorglich mehr als 0,2 % der Regionsfläche als Vorbehaltsgebiete Photovoltaik festzulegen (s. Begründung zu PS 4.2.3 Entwurf zum Satzungsbeschluss Teilregionalplan Energie).</p> <p>Durch das Planungskonzept stellt der Regionalverband jedoch sicher, dass die Inanspruchnahme von Freiflächen für die Solarenergienutzung raum- und umweltverträglich erfolgt.</p> <p>Die Versiegelung von unbebauten Flächen durch die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen beschränkt sich auf die Inanspruchnahme durch die Aufständigung der PV-Module sowie mögliche Nebenanlagen und Zuwegungen. Es gibt keine wissenschaftlichen Erkenntnisse dazu, dass FFPV-Anlagen die Erderwärmung beschleunigen. Zwar können durch die Absorption von Sonnenlicht lokale Erwärmungen im Umfeld von FFPV-Anlagen festgestellt werden, insgesamt überwiegt jedoch der durch die Reduzierung von Treibhausgasemissionen bedingte Beitrag zur Verringerung des Klimawandels (s. Miller und Keith, 2014 Frontiers in Environmental Science).</p>

Abkürzungsverzeichnis

A	Autobahn
a. B.	Am Bodensee
AG	Arbeitsgemeinschaft
Abs.	Absatz
A. k. M.	Am kalten Markt
ALKIS	Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem
AROK	Automatisiertes Raumordnungskataster
ATKIS	Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem
Art.	Artikel
ARTIS	Arteninformationssystem
ASP	Artenschutzprogramm
AWGN	Amtliches Digitales Wasserwirtschaftliches Gewässernetz
AwSV	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
B	Bundesstraße
BA	Bauabschnitt
BauGB	Baugesetzbuch
BayDSchG	Bayerisches Denkmalschutzgesetz
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BBergG	Bundesberggesetz
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BK	Bodenkarte
BK 50	Bodenkarte von Baden-Württemberg im Maßstab 1 : 50.000
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
B+R	Bike and Ride
BRPH	Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz
BSK	Bodenseekreis
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BVWP	Bundesverkehrswegeplan
BW	Baden-Württemberg
BWaldG	Bundeswaldgesetz
CEF	Continuous Ecological Functionality-measures, Übersetzung etwa: Maßnahmen für die dauerhafte ökologische Funktion
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
DGM	Digitales Geländemodell
DLM	Digitales Landschaftsmodell
dLSG	dienende Landschaftsschutzgebiete

DSchG	Denkmalschutzgesetz
DSchG BW	Denkmalschutzgesetz Baden-Württemberg
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EU	Europäische Union
EW	Einwohner
FFH	Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie)
FFH-RL	Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie
FFPV	Freiflächen-Photovoltaik
fND	flächenhaftes Naturdenkmal
FNP	Flächennutzungsplan
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
FVA	Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg
G	Grundsatz
GG	Grundgesetz
GIS	Geographisches Informationssystem
GVP	Generalverkehrsplan
GW	Gigawatt
GWP	Generalwildwegeplan
ha	Hektar
HQ-100	Hundertjährliches Hochwasserereignis
HQ-extrem	Extremhochwasser
i.A.	im Allgäu
i.e.S.	Im engeren Sinne
IBK	Internationale Bodensee-Konferenz
IKG	Interkommunales Gewerbegebiet
JWMG	Jagd- und Wildtiermanagementgesetz
K	Kreisstraße
Kap.	Kapitel
Kat.	Kategorie
KlimaG	Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz
KMR	Karte mineralischer Rohstoffe
KNE	Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KSG	Klimaschutzgesetz
kWh/m²	Kilowattstunden pro Quadratmeter
L	Landstraße
LAbfG	Landesabfallgesetz
LAD	Landesamt für Denkmalpflege
LEisenbG	Landeseisenbahngesetz
LEL	Landesanstalt für Landwirtschaft, Ernährung und Ländlichen Raum
LEP	Landesentwicklungsplan
LGL	Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg
LGRB	Landesamt für Geologie, Bergbau und Rohstoffe
LK	Landkreis

LLG	Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz
LLG BW	Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz Baden-Württemberg
LplG	Landesplanungsgesetz
LRT	Lebensraumtyp
LS	Lebensstätte
LSG	Landschaftsschutzgebiet
LUBW	Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LuftVO	Luftverkehrs-Ordnung
LWaldG	Landeswaldgesetz
MLW	Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen
MW	Megawatt
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NABU	Naturschutzbund Deutschland
NatSchG	Naturschutzgesetz
NfL	Nachrichten für Luftfahrer
Nr.	Nummer
NSG	Naturschutzgebiet
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OU	Ortsumfahrung
P+R	Park and Ride
PS	Plansatz
PV	Photovoltaik
REKLIBO	Regionale Klimaanalyse Bodensee-Oberschwaben
RIPS	Räumliches Informations- und Planungssystem der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
RISBO	Rauminformationssystem des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben
ROG	Raumordnungsgesetz
RV	Landkreis Ravensburg
RVBO	Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
SIG	Landkreis Sigmaringen
SO	Sondergebiet
SPA	Special Protection Area – Europäisches Vogelschutzgebiet
SPNV	Schienenpersonenverkehr
Stala	Statistisches Landesamt
StrG BW	Straßengesetz für Baden-Württemberg
SUP	Strategische Umweltprüfung
Tab.	Tabelle
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm
TÖB	Träger öffentlicher Belange
UM	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (Umweltministerium)
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
VE	Ver- und Entsorgungsfläche

VBG	Vorbehaltsgebiet
VRG	Vorranggebiet
VRG Wasser	Vorranggebiet zur Sicherung von Wasservorkommen
VSG	Vogelschutzgebiet
VwV Regionalpläne	Verwaltungsvorschrift des Wirtschaftsministeriums über die Aufstellung von Regionalplänen und die Verwendung von Planzeichen
WaldSG	Waldschutzgebiete (Bann- und Schonwald)
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen
WEA	Windenergieanlage
WG	Wassergesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WindBG	Windenergieflächenbedarfsgesetz
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
WSG	Wasserschutzgebiet
WSG-Zone	Wasserschutzgebiets-Zone
Z	Ziel
ZAK	Zielartenkonzept
z. T.	zum Teil